

Geschlechterrollen im Bundestag – Partizipation und Reaktion

Eine quantitative Datenanalyse der Parlamentsdebatten und schriftlichen Fragen

Abschlussarbeit für den Masterstudiengang Politikwissenschaft
an der Freien Universität Berlin,
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

Erstprüfer: Dr. Christoph Nguyen
Zweitprüferin: Prof. Dr. Agnes Blome

Eingereicht von:

Franziska Spiecker
Tel Aviv, 02.12.2021

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Abbildungsverzeichnis | 3 |
| Tabellenverzeichnis | 5 |
| 1. Einleitung | 6 |
| 2. Theorie | 11 |
| 2.1 Theorie der sozialen Rollen..... | 11 |
| 2.2 Rollenkongruenztheorie | 14 |
| 3. Forschungsstand | 16 |
| 3.1 Redebeiträge als dominant wirkende parlamentarische Partizipation..... | 16 |
| 3.2 Reaktionen anderer Abgeordneter auf dominant wirkende Redebeiträge..... | 23 |
| 3.3 Schriftliche Fragen als nicht-dominant wirkende Partizipation..... | 27 |
| 4. Methode und Daten | 30 |
| 4.1 Fallauswahl..... | 31 |
| 4.2 Datengrundlage und Operationalisierung der zentralen Variablen | 33 |
| 5. Ergebnisse | 41 |
| 5.1 Redebeiträge..... | 41 |
| 5.2 Reaktionen anderer Abgeordneter auf Redebeiträge | 54 |
| 5.3 Schriftliche Fragen | 64 |
| 6. Fazit | 71 |
| 6.1 Diskussion der Ergebnisse | 71 |
| 6.2 Limitationen und Ausblick..... | 75 |
| Literatur- und Datenverzeichnis | 78 |
| Anhang | 85 |

Abbildungsverzeichnis

| | |
|---|----|
| <i>Abbildung 1:</i> Anzahl gesprochener Wörtern pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode im achten bis 19. Deutschen Bundestag..... | 39 |
| <i>Abbildung 2:</i> Anzahl gestellter schriftlicher Fragen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode im achten bis 17. Deutschen Bundestag..... | 39 |
| <i>Abbildung 3:</i> Anzahl an erhaltenen negativen Reaktionen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode im achten bis 19. Deutschen Bundestag..... | 40 |
| <i>Abbildung 4:</i> Anzahl an erhaltenen positiven Reaktionen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode im achten bis 19. Deutschen Bundestag..... | 40 |
| <i>Abbildung 5:</i> Rede- und Sitzanteile von männlichen und weiblichen Abgeordneten..... | 42 |
| <i>Abbildung 6:</i> Rede- und Sitzanteile der männlichen und weiblichen SPD- und Unionsabgeordneten..... | 43 |
| <i>Abbildung 7:</i> Rede- und Sitzanteile der männlichen und weiblichen FDP- und Grünen- Abgeordneten..... | 44 |
| <i>Abbildung 8:</i> Rede- und Sitzanteile der männlichen und weiblichen Linken- und AfD- Abgeordneten..... | 44 |
| <i>Abbildung 9:</i> Rede- und Sitzanteile von männlichen und weiblichen Abgeordneten in unterschiedlicher Machtposition..... | 45 |
| <i>Abbildung 10:</i> Geschätzter Effekt des Geschlechts und der Kontrollvariablen auf die Anzahl an gesprochenen Wörtern pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode..... | 48 |
| <i>Abbildung 11:</i> Erwartete Anzahl an gesprochenen Wörtern von männlichen und weiblichen Abgeordneten in den verschiedenen Fraktionen..... | 49 |
| <i>Abbildung 12:</i> Geschätzter Effekt des Geschlechts und der Kontrollvariablen auf die Anzahl an gesprochenen Wörtern pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode..... | 51 |
| <i>Abbildung 13:</i> Erwartete Anzahl an gesprochenen Wörtern von männlichen und weiblichen Abgeordneten in unterschiedlicher Machtposition..... | 53 |
| <i>Abbildung 14:</i> Anteile an erhaltenen negativen Reaktionen und Redeanteile von männlichen und weiblichen Abgeordneten..... | 55 |
| <i>Abbildung 15:</i> Anteile an erhaltenen positiven Reaktionen und Redeanteile von männlichen und weiblichen Abgeordneten..... | 55 |
| <i>Abbildung 16:</i> Anteile an erhaltenem Beifall bzw. Zustimmung und Redeanteile von männlichen und weiblichen Abgeordneten..... | 57 |
| <i>Abbildung 17:</i> Anteile an erhaltener Heiterkeit bzw. erhaltenem Lachen und Redeanteile von männlichen und weiblichen Abgeordneten..... | 57 |

| | |
|--|----|
| <i>Abbildung 18:</i> Anteile an erhaltenem Widerspruch und Redeanteile von männlichen und weiblichen Abgeordneten..... | 58 |
| <i>Abbildung 19:</i> Geschätzter Effekt des Geschlechts und der Kontrollvariablen auf die Anzahl an erhaltenen negativen und positiven Reaktionen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode..... | 60 |
| <i>Abbildung 20:</i> Geschätzter Effekt des Geschlechts und der Kontrollvariablen auf die Anzahl verschiedener erhaltener Reaktionen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode..... | 63 |
| <i>Abbildung 21:</i> Schriftliche Frage- und gewichtete Sitzanteile von männlichen und weiblichen Abgeordneten. | 65 |
| <i>Abbildung 22:</i> Anzahl schriftliche Fragen stellender männlicher und weiblicher Oppositionsabgeordneter im Vergleich zu allen Oppositionsabgeordneten. | 67 |
| <i>Abbildung 23:</i> Anzahl schriftliche Fragen stellender männlicher und weiblicher Regierungsabgeordneter im Vergleich zu allen Regierungsabgeordneten. | 67 |
| <i>Abbildung 24:</i> Geschätzter Effekt des Geschlechts und der Kontrollvariablen auf die Anzahl gestellter schriftlicher Fragen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode. | 70 |
| <i>Abbildung 25:</i> Anzahl gestellter schriftlicher Fragen in der 18. Legislaturperiode. | 85 |
| <i>Abbildung 26:</i> Verteilung der Anzahl an Beifall, Heiterkeit, Zustimmung, Lachen und Widerspruch pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode im achten bis 19. Deutschen Bundestag..... | 86 |
| <i>Abbildung 27:</i> Rootogramme für die Anpassung meiner negativen Binomial- Regressionsmodelle an Reaktionsdaten mit exzessiven Nullen..... | 87 |
| <i>Abbildung 28:</i> Starker Effekt der AfD-Fraktion auf Anzahl erhaltener negativer Reaktionen. | 90 |
| <i>Abbildung 29:</i> Starker Effekt der AfD-Fraktion auf Anzahl an negativ konnotiertem Lachen und Widerspruch. | 90 |

Tabellenverzeichnis

| | |
|---|----|
| <i>Tabelle 1:</i> Parteienkonstellationen im achten bis 19. Deutschen Bundestag | 32 |
| <i>Tabelle 2:</i> Anzahl der gesprochenen Wörter, schriftlichen Fragen und Reaktionen. | 36 |
| <i>Tabelle 3:</i> Deskriptive Statistik der abhängigen Variablen..... | 40 |
| <i>Tabelle 4:</i> Effekt des Geschlechts auf die Anzahl gesprochener Wörter pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode..... | 48 |
| <i>Tabelle 5:</i> Effekt des Geschlechts nach Fraktionen auf die Anzahl gesprochener Wörter pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode..... | 51 |
| <i>Tabelle 6:</i> Interaktionseffekt des Geschlechts und eines potentiellen (Vize-)Fraktionsvorsitzes auf die Anzahl gesprochener Wörter pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode. | 53 |
| <i>Tabelle 7:</i> Effekt des Geschlechts auf die Anzahl an erhaltenen negativen und positiven Reaktionen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode. | 60 |
| <i>Tabelle 8:</i> Effekt des Geschlechts auf die Anzahl an erhaltenen Reaktionen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode..... | 63 |
| <i>Tabelle 9:</i> Effekt des Geschlechts auf die Anzahl an gestellten schriftlichen Fragen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode..... | 69 |
| <i>Tabelle 10:</i> Verteilung der schriftlichen Fragen auf Regierungs- und Oppositionsparteien. .. | 88 |
| <i>Tabelle 11:</i> Anzahl weiblicher und männlicher Fraktionsvorsitzender. | 88 |
| <i>Tabelle 12:</i> Effekt des Geschlechts auf die Anzahl an erhaltenen Reaktionen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode ohne Ausreißer. | 89 |

1. Einleitung

Geschlechtergleichheit und die Repräsentation von Frauen gewinnen als zentraler Bestandteil von Demokratien und als Maßstab für diese an Bedeutung (Bush & Zetterberg, 2021, S. 329). Als Herz der Demokratien richtet sich der Blick dabei nicht zuletzt auf Parlamente (Childs & Lovenduski, 2013, S. 12) und die Frage, wie viele Sitze dort auf Frauen entfallen. Im 2021 neu gewählten Bundestag fällt das Fazit dazu eher nüchtern aus: Der „Frauenanteil im Deutschen Bundestag stagniert seit über 20 Jahren bei einem Drittel“ (Blome & Müller, 2021, S. 712). Ein Trend, der insbesondere angesichts der globalen Entwicklung wie ein Stillstand wirkt: 1995 zählte Deutschland noch zu den zehn Ländern mit dem höchsten parlamentarischen Frauenanteil (Inter-Parliamentary Union, 2020, S. 2). 2020 ist der Bundestag hingegen weit von den führenden zehn Ländern entfernt, in denen der Frauenanteil zwischen rund 61 und 46 Prozent beträgt (ebd.).

Diese Stagnation wirft zunächst kein gutes Licht auf die deskriptive Repräsentation von Frauen im Bundestag, also das „Stehen für“ Frauen auf Basis gleicher Charakteristika (Pitkins, 1967, S. 60f.) – konkret des gleichen Geschlechts. Denn mit Blick auf Parlamente wird die deskriptive Repräsentation in der Regel als Anzahl der gewählten weiblichen Abgeordneten verstanden (vgl. u.a. Brunsbach, 2011, S. 3f.; Bush & Zetterberg, 2020, S. 331; Elsässer & Schäfer, 2018, S. 660; Taylor-Robinson, 2014, S. 6). Jedoch muss die deskriptive Repräsentation von Frauen in Parlamenten nicht ausschließlich an ihren Sitzanteil gebunden sein, sondern kann auch durch ihre Partizipation verbessert werden (Pearson & Dancey, 2011, S. 919f.): „By giving speeches on the House floor, congresswomen enhance women’s descriptive representation, as congresswomen are literally “standing for” women in a visible way“ (ebd., S. 920). Zudem ist die Partizipation von Frauen auch mit einer weiteren Dimension der Repräsentation nach Pitkins eng verbunden, mit dem „Handeln für“ bzw. im Interesse von Frauen (ebd., S. 919; Pitkins, 1967, S. 112f.). Mit Blick auf diese substantielle Ebene der Repräsentation (ebd., S. 114) können weibliche Abgeordnete Reden potentiell nutzen, um die heterogenen Interessen von Frauen¹ zu thematisieren bzw. Geschlechterunterschiede in den Auswirkungen politischer Maßnahmen sichtbar zu machen (Pearson & Dancey, 2011, S. 919).

¹ Ich spreche an dieser Stelle bewusst von heterogenen Interessen, da ich Frauen keineswegs als homogene Gruppe verstehe. Vielmehr folge ich dem Argument, dass eine gleichwertige Repräsentation von Frauen im Parlament bzw. in Reden eine Mindestvoraussetzung, wenngleich keine Garantie ist, um die diversen Interessen von Frauen in der Entscheidungsfindung zu berücksichtigen (Childs & Lovenduski, 2013, S. 5; Philipps, 1998, S. 19). Diese Interessen können trotz ihrer Vielfältigkeit durchaus geschlechtsspezifisch sein (ebd., S. 10). Beispielsweise ändern unterschiedliche Auffassungen unter Frauen zum Thema Abtreibung nichts an der Tatsache, dass Frauen in einer anderen Weise von diesem Thema betroffen sind als Männer (ebd.). Dies schließt zugleich aber nicht aus, dass Männer Bestrebungen von Frauen nicht auch teilen können (ebd.).

Diese positive Auslegung des Redens vor dem Plenum als eine Partizipation, die die Repräsentation von Frauen potentiell auf mehreren Ebenen verbessern kann, scheint angesichts der Charakterisierung von Redebeiträgen als hochrangige, prestigeträchtige Form parlamentarischer Partizipation (Murray, 2010, S. 113) nachvollziehbar. Angesichts der historischen Entwicklung von Parlamenten erscheint die Verwirklichung dieses Verbesserungspotentials aber zumindest nicht als Selbstläufer: So haben sich Parlamente in zahlreichen Regionen konstituiert, ohne dass Frauen über Wahlen Einfluss nehmen konnten; Männer stellten in Parlamenten lange Zeit die allermeisten Abgeordneten (Taylor-Robinson, 2014, S. 5) und prägten die Regeln des politischen Raums maßgeblich (Och, 2020, S. 392). Hinzu kommt, dass Frauen in der Politik insbesondere auf höheren Ebenen unterrepräsentiert sind (Bäck & Debus, 2019, S. 578). Strukturell betrachtet ist es somit nicht unwahrscheinlich, dass sich die historisch verankerte Dominanz von Männern in Parlamenten bzw. höheren politischen Positionen auch in einer niedrigeren Partizipation von Frauen in den als zentral angesehenen Plenarsitzungen niederschlagen könnte. Folglich könnte die Redepartizipation von Frauen auch eine verstärkende Wirkung auf ihre Unterrepräsentation in Parlamenten haben.

Zwar finden sich in der bisherigen Forschung keine einheitlichen Muster bezüglich etwaiger Geschlechterunterschiede in der Redepartizipation von Abgeordneten in verschiedenen Ländern (vgl. u.a. Kathlene, 1994, S. 567ff.; Konak Unal, 2020, S. 13f.; Murray, 2010, S. 93; 113f.; Vallejo Vera & Gómez Vidal, im Druck, S. 20f.). Jedoch zeigt die bislang umfangreichste komparative Studie zu diesem Thema, dass weibliche Abgeordnete signifikant weniger reden als männliche, wenn man sieben europäische Länder gemeinsam betrachtet (Bäck & Debus, 2019, S. 587f.; 592). Dieser Befund steht im Einklang mit der Rollenkongruenztheorie (Eagly & Karau, 2002), auf deren Grundlage Bäck & Debus (2019) erwartet haben, dass die Partizipationsform der Rede als dominant und somit inkongruent zur traditionellen weiblichen Geschlechterrolle wahrgenommen werden kann (S. 580). Aufgrund dieser Inkongruenz könnten Frauen demnach weniger an Reden teilnehmen, weil sie Vorurteile und herbere Reaktionen erwarten müssten (ebd.).

Wie aber steht es um andere Formen der Partizipation von Abgeordneten? Inwieweit zeigen sich auch dort Geschlechterunterschiede, die sich mit Geschlechterrollen erklären lassen könnten? Um das zu untersuchen, habe ich in einer früheren wissenschaftlichen Arbeit mit dem Titel „Laute Männer, leise Frauen?“ (Spiecker, 2020²) vergleichend zu Bäck & Debus (2019) die schriftlichen Einzelfragen im Bundestag analysiert. Denn diese

² Diese Hausarbeit ist nicht veröffentlicht, kann aber gerne zur Verfügung gestellt werden.

Partizipationsform dürfte als weniger dominant betrachtet werden, da sie anders als Redebeiträge nicht Teil öffentlicher Auseinandersetzungen zwischen Abgeordneten im Plenarsaal ist und in den Medien nur eine geringe Aufmerksamkeit erfährt (Spiecker, 2020, S. 9). Aus der Perspektive der Rollenkongruenztheorie ist sie folglich weniger inkongruent zur traditionellen weiblichen Geschlechterrolle und dürfte von Frauen deshalb auch nicht weniger genutzt werden als von Männern (ebd.). Im Einklang damit hat die deskriptive Analyse eines randomisierten Samples von mehr als 3500 schriftlichen Fragen der 17. Legislaturperiode ergeben, dass weibliche Abgeordnete diese tatsächlich nicht weniger, sondern relativ zu ihrem Sitzanteil sogar überproportional nutzen (ebd., S. 11; 14). Somit zeigt sich ein gegenteiliges Muster zu den deskriptiven Befunden, die Bäck & Debus (2019) für den gleichen Zeitraum im Bundestag bezüglich parlamentarischer Reden festgestellt haben (S. 583; 586).

Zusammen deuten diese beiden deskriptiven Analysen also daraufhin, dass sich traditionelle Geschlechterrollen im Bundestag in einem unterschiedlichen Partizipationsverhalten von weiblichen und männlichen Abgeordneten niederschlagen könnten. Hinsichtlich der Repräsentation von Frauen ist dies relevant, weil schriftliche Fragen anders als Redebeiträge nicht als prestigeträchtige Partizipationsform gelten (Murray, 2010, S. 113). Da sie nicht mit physischer Präsenz im Plenarsaal und größerer Präsenz in den Medien verbunden sind, liegt es vielmehr nahe, dass sie ein geringeres Potential bieten als Reden, sichtbar für Frauen zu stehen bzw. ihre Interessen sichtbar zu machen. Allerdings ist unklar, ob sich die mündliche und schriftliche Partizipation von männlichen und weiblichen Bundestagsabgeordneten auch grundsätzlich unterscheidet oder nur in der einen bislang untersuchten Legislaturperiode. Da schriftliche Fragen vor allem von der Opposition genutzt werden (Siefken, 2020, S. 180), ist beispielsweise die von mir festgestellte überproportionale Nutzung durch Frauen vor allem auf das Frageverhalten der damals in der Opposition vertretenen Grünen-, SPD- und Linken-Abgeordneten (Redaktion Datenhandbuch, 2018, S. 3) zurückzuführen. Unbeantwortet sind bisher die Fragen, inwieweit weibliche Abgeordnete schriftliche Fragen auch mehr nutzen, wenn andere Parteien in der Opposition vertreten sind, andere Zeiträume betrachtet werden und der Einfluss weiterer Faktoren wie etwa die Oppositions- bzw. Regierungszugehörigkeit kontrolliert wird. Hinzukommt, dass sich der deskriptiv festgestellte Geschlechterunterschied in der Redepartizipation im 17. Bundestag in einer multivariaten Regressionsanalyse unter Kontrolle anderer Faktoren nicht als signifikant erwiesen hat (Bäck & Debus, 2016, S. 101f.). Sprechen Frauen im Bundestag also überhaupt weniger als Männer?

Angesichts der Relevanz dieser Frage für die Repräsentation von Frauen knüpfe ich in

dieser Arbeit an Überlegungen meiner früheren Hausarbeit an, die sich folglich in der politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung verorten lässt. Konkret untersuche ich gestützt auf die Rollenkongruenztheorie neben der schriftlichen Partizipation nun auch die mündliche Partizipation von Bundestagsabgeordneten in einem Zeitraum von über 40 Jahren von der achten bis zur 18. bzw. zur 19. Legislaturperiode. Dabei handelt es sich meines Wissens um den bisher längsten untersuchten Zeitraum in diesem Themenbereich. Grundlage dafür sind zwei aktuelle und gleichzeitig umfassende, öffentlich verfügbare Datensätze über das deutsche Parlamentsgeschehen, die sogenannten *Open Discourse*-Daten von Richter et al. (2020) und die *Every Single Word*-Daten von Kroeber & Remschel (2020b). Basierend darauf führe ich sowohl deskriptive Analysen als auch multivariate Regressionsanalysen zur Partizipation durch. Zudem erweitere ich meine Analyse um die Untersuchung der Reaktionen auf Redebeiträge von Bundestagsabgeordneten, um die Erklärungskraft von Geschlechterrollen möglichst ganzheitlich zu überprüfen. Dabei steht die Frage im Fokus, inwiefern auf Frauen, wenn sie vor dem Plenum reden und sich somit potentiell geschlechterrolleninkongruent verhalten, tatsächlich negativer reagiert wird als auf Männer, bei denen eine solche Inkongruenz nicht besteht. Zwar gibt es bereits quantitative Untersuchungen zu der Frage, wie oft Frauen im Vergleich zu Männern in Parlamenten unterbrochen werden (vgl. Kathlene, 1994; Vallejo Vera & Gómez Vidal, im Druck). Es fehlen aber bisher Analysen, die sich auf die in Reaktionen enthaltenen Wertungen gegenüber Männern und Frauen fokussieren und längere Zeitfenster auf repräsentativer Datenbasis untersuchen. Um diese Forschungslücken hinsichtlich geschlechtsspezifischer Reaktions- und Partizipationsmuster zu schließen, widme ich mich in der vorliegenden Arbeit folgender übergeordneter Frage:

Inwieweit gibt es Geschlechterunterschiede in der Partizipation von Bundestagsabgeordneten und den Reaktionen auf diese Partizipation?

Hinsichtlich der mündlichen Partizipation differenziere ich bei der Analyse etwaiger Geschlechterunterschiede auch nach der Fraktion der Abgeordneten sowie einem potentiellen Amt als Fraktionsvorsitzende:r. Angesichts des Repräsentationspotentials von Redebeiträgen im Plenarsaal leistet diese Arbeit bezüglich dieser wichtigen Partizipationsform somit auch einen Beitrag dazu, die Rolle von Fraktionen und Macht im Zusammenspiel mit Geschlechterrollen genauer zu beleuchten. Mit dem Vergleich von Geschlechtermustern in Redebeiträgen und schriftlichen Fragen trägt meine Arbeit zudem auch zu einem besseren Verständnis der Relevanz von institutionellen Rahmenbedingungen für die Partizipation im Bundestag bei. Denn etwaige Geschlechterunterschiede bei Redebeiträgen sind anders als bei

schriftlichen Fragen nicht ausschließlich auf Individuen zurückzuführen (Ismayr, 2006, S. 345f.). Vielmehr sind sie im Kontext der Fraktionen zu verstehen, in denen vereinbart wird, wer zu welchem Thema wie lange redet (Strasser & Sobolewski, 2019, S. 64). Da die Redebeiträge außerdem im Kontext der positiven und negativen Reaktionen zu verstehen sind, die Redner:innen im Plenum seitens anderer Abgeordneter erfahren, trägt meine Analyse auch zum besseren Verständnis dieser Rahmenbedingung für die Repräsentation von Frauen durch Reden bei. Konkret werden die in den Plenarprotokollen vermerkten Reaktionen „Beifall“, „Zustimmung“, Heiterkeit“, „Lachen“, „Widerspruch“ und „Unruhe“ untersucht. Nicht berücksichtigt werden können im Rahmen dieser Arbeit etwaige Überschneidungen des Einflusses des Geschlechts der Abgeordneten mit weiteren soziodemografischen Merkmalen wie etwa Migrationsgeschichte, Religionszugehörigkeit oder soziale Herkunft. Hintergrund ist, dass dazu nur unvollständige Informationen vorliegen – so auch in den drei Datensätzen, die ich allein zur vollständigen Erfassung des Geschlechts der Abgeordneten benötige³.

Im nächsten Kapitel werde ich zunächst die *Social Role Theory* bzw. die darauf basierende *Role Congruity Theory* als forschungsleitende sozialpsychologische Theorien vorstellen (vgl. Kapitel 2). Anschließend werde ich den Forschungsstand sowie die institutionellen Rahmenbedingungen für Redebeiträge im Plenarsaal (vgl. Kapitel 3.1), die Reaktionen darauf (vgl. Kapitel 3.2) und die schriftlichen Fragen (vgl. Kapitel 3.3) im Bundestag herausarbeiten. Auf dieser Basis werde ich meine Hypothesen entwickeln (vgl. Kapitel 3.1; 3.2; 3.3). Im vierten Kapitel stelle ich meine Fallauswahl sowie meine Datengrundlage und Operationalisierung der zentralen Variablen vor, bevor ich die Ergebnisse der Deskriptiv- sowie der multivariaten Regressionsanalysen präsentiere (vgl. Kapitel 5). Zusammen bieten diese Analysen ein umfassendes Bild der geschlechtsspezifischen Partizipation und Reaktion im Bundestag, das ich im sechsten Kapitel zur Beantwortung der Forschungsfrage diskutiere und hinsichtlich Limitationen und Impulsen für zukünftige Forschung reflektiere.

³ Der Datensatz *BTVote MP Characteristics* (Bergmann et al., 2018a) enthält zu keinem der genannten Merkmale Auskünfte, obwohl er sich – wie der Name bereits sagt – den Charakteristika der Abgeordneten widmet. Die umfangreichsten Informationen liegen in den *Open Discourse*-Daten (Richter et al., 2020) noch bezüglich der Berufe der Abgeordneten vor, die jedoch aufgrund der Vielzahl an möglichen Berufen für eine gezieltere Analyse zunächst einmal in irgendeiner Form gruppiert werden müssten. Hinsichtlich der Religionszugehörigkeit fehlen in der *Comparative Legislator Database* (Göbel & Munzert, 2021) bei einem beachtlichen Anteil der Abgeordneten die Angaben, was noch einmal verstärkt für die Angaben über die Ethnizität der Abgeordneten gilt. Wie wenige Informationen über den Migrationshintergrund der Bundestagsabgeordneten erhoben werden, unterstreichen auch Recherchen des Mediendienstes Integration. Demnach haben 2017 alle und 2021 viele der Parteien bzw. Fraktionen auf Anfrage des Mediendienstes betont, „den Migrationshintergrund ihrer Kandidaten und Abgeordneten nicht systematisch zu erfassen“ (Mediendienst Integration, 2017, S. 2; ebd.; 2021, S. 2).

2. Theorie

Zur Erklärung potentieller Geschlechterunterschiede in der Partizipation von und der Reaktion auf Bundestagsabgeordnete greife ich auf die *Role Congruity Theory* (Eagly & Karau, 2002) sowie die ihr zugrunde liegende *Social Role Theory* (Eagly, 1987) zurück.

2.1 Theorie der sozialen Rollen

Woher stammen Geschlechterrollen und wie wirken sie sich auf das menschliche Verhalten aus? Bevor das aus der Perspektive der *Social Role Theory* von Eagly (1987) erklärt werden kann, soll zunächst beleuchtet werden, was diese unter Geschlechterrollen versteht. Der Begriff bezeichnet demnach zwei Formen von gesellschaftlich geteilten Erwartungen an Männer und Frauen: Erwartungen daran, welche Eigenschaften sie auszeichnen, und Erwartungen daran, welche Eigenschaften bzw. Verhaltensweisen sie auszeichnen sollten (ebd., S. 12f.; Eagly & Karau, 2002, S. 574). Im Unterschied zu der gebräuchlichen Verwendung des Begriffs der Stereotype beinhaltet der Begriff der (Geschlechter-)rollen also nicht nur Vorstellungen davon, was eine bestimmte Gruppe macht – sogenannte *descriptive norms* (vgl. Cialdini & Trost, 1998, S. 155ff.) – , sondern auch normative Erwartungshaltungen an das Verhalten dieser Gruppe – sogenannte *injunctive norms* (vgl. ebd., S. 157ff.; Eagly & Karau, 2002, S. 574)⁴. Zentral ist für den Begriff der Geschlechterrollen zudem, dass er eine „diffuse“ Art von Rollen bezeichnet, also eher Erwartungen zu allgemeinen geschlechtsspezifischen Eigenschaften umfasst (Eagly, 1987, S. 12f.). Das unterscheidet ihn unter anderem von beruflichen und familiären Rollen, die als „spezifisch“ charakterisiert werden und vorrangig mit Erwartungen an ein sehr konkretes Verhalten einhergehen (ebd., S. 13). So konzentrieren sich die unterschiedlichen gesellschaftlichen Vorstellungen von Frauen und Männern vor allem auf die Verbindung von Frauen mit sogenannten *communal qualities* und Männern mit sogenannten *agentic qualities* (vgl. Bakan, 1966; zit. n. Eagly, 1987, S. 16; ebd., S. 15f.). Aktivitäten und Eigenschaften wie sich um andere zu sorgen oder freundlich und sanft zu sein werden demnach zu einem größeren Ausmaß mit Frauen assoziiert bzw. bei ihnen für gutgeheißen (ebd., S. 16; Eagly &

⁴ Es gibt jedoch auch Kontexte, in denen der Begriff der Stereotype synonym zu der hier verwendeten Definition von Geschlechterrollen benutzt wird. So fasst Eckes (2004) unter den Begriff der Geschlechterstereotype in Abgrenzung zu etwa nationalen Stereotypen ebenfalls deskriptive und präskriptive, d.h. normative Erwartungen enthaltende Elemente (S. 165). Ihm zufolge wird wiederum der Begriff der Geschlechterrollen uneinheitlich verwendet und von manchen Autor:innen nur im präskriptiven Sinne genutzt (vgl. ebd.). In dieser Arbeit folge ich jedoch der Theorie der sozialen Rollen sowohl, was die Entscheidung für den Begriff der Geschlechterrollen statt -stereotypen angeht, als auch ihrem Verständnis davon als deskriptiv und präskriptiv.

Karau, 2002, S. 574). Männer hingegen sind vermehrt mit einer Zuschreibung bzw. Erwartungshaltung konfrontiert, die unter anderem Durchsetzungsvermögen, Aggressivität, Dominanz und die Tendenz anzuführen umfasst (ebd.). Zusammengefasst beinhalten Geschlechterrollen somit gesellschaftlich geteilte, eher allgemeine Erwartungen an Eigenschaften bzw. (normativ gewolltes) Verhalten von Männern und Frauen.

Die Theorie der sozialen Rollen geht dabei davon aus, dass diese Erwartungen auf den sozialen Rollen von Frauen und Männer in einer Gesellschaft basieren, konkret: auf ihren spezifischen Rollen in Familie und Beruf (Eagly & Wood, 2012, S. 2; 9):

To the extent that women more than men occupy roles that are facilitated by predominantly communal behaviors, domestic behaviors, or subordinate behaviors, corresponding attributes become stereotypic of women and part of the female gender role. To the extent that men more than women occupy roles that require predominantly agentic behaviors, resource acquisition behaviors, or dominant behaviors, the corresponding attributes become stereotypic of men and part of the male gender role (ebd., S. 9f.)

Es wird also davon ausgegangen, dass Menschen von dem Verhalten, das sie bei Frauen und Männern in ihren jeweiligen sozialen Rollen beobachten, auf geschlechtsspezifische Eigenschaften schließen (ebd., S. 2; 9). Diese Rollen unterscheiden sich auch in postindustriellen Gesellschaften: Während Männer häufiger erwerbstätig sind und insbesondere in Führungspositionen dominieren, verrichten Frauen sowohl im beruflichen als auch privaten Kontext häufiger Care-Arbeit (ebd., S. 2). Nichtsdestotrotz lässt sich aus dieser Definition von Geschlechterrollen als abhängig von sozialen Rollen auch die Möglichkeit für Wandel erkennen: Ändern sich die spezifischen beruflichen und familiären Aufgaben, die für Frauen und Männer typisch sind, so beeinflusst das auch, wie sie in der Gesellschaft wahrgenommen und mit welchen Erwartungen sie dort konfrontiert werden (ebd., S. 2; 4).

Wie aber lässt sich erklären, dass die beruflichen und familiären Rollen nicht nur gesellschaftliche Erwartungen an Geschlechter prägen, sondern über diese auch das Verhalten von Männern und Frauen? Dieser Teil der Theorie ist zur Beantwortung meiner Forschungsfrage zentral, weil er einen Erklärungsansatz für etwaiges unterschiedliches Verhalten von weiblichen und männlichen Abgeordneten bietet. Außerdem verdeutlicht er bereits, wovon die Reaktionen anderer Abgeordneter abhängen könnten, was im folgenden Kapitel noch ausführlicher theoretisiert wird. Gemäß der Theorie der sozialen Rollen können Geschlechterrollen über drei verschiedene Wege dazu beitragen, je nach Geschlecht divergierendes Verhalten hervorzubringen (ebd., S. 7; Wood & Eagly, 2012, S. 77). Erstens werden sie von Menschen in individuell unterschiedlichem Ausmaß als Geschlechteridentitäten internalisiert, die richtungsweisend für die Regulierung des eigenen Verhaltens sind (Eagly & Wood, 2012, S. 10; Wood & Eagly, 2012, S. 77; 81). Zweitens wird ein Verhalten, das den Geschlechterrollen entspricht, meistens von anderen belohnt, während

ein Verletzen der geschlechtsspezifischen Erwartungen keine positiven bzw. explizit negative Reaktionen hervorruft (Eagly & Wood, 2012, S. 11; Wood & Eagly, 2012, S. 77f.). Das Bewusstsein darüber, sei es implizit oder explizit, begünstigt wiederum, dass sich Männer und Frauen entsprechend ihrer Geschlechterrollen verhalten (ebd., S. 81). Während beide zuvor beschriebenen Prozesse sozialpsychologischer Natur sind, aktivieren Geschlechterrollen drittens aber auch biologische Prozesse⁵, die gemeinsam mit den erstgenannten Faktoren geschlechterrollenkonformes Verhalten und somit auch Geschlechterunterschiede im Verhalten stützen (Eagly & Wood, 2012, S. 10; Wood & Eagly, 2012, S. 77).

Für das Verhalten von Menschen, d.h. in dieser Arbeit Bundestagsabgeordneten, sind Geschlechterrollen jedoch nicht die einzigen relevanten Rollen. So werden gesellschaftlich geteilte Erwartungen an Individuen zum einen auch von anderen Faktoren geprägt, beispielsweise Rassifizierung, Alter und Parteizugehörigkeit (Schneider & Bos, 2019, S. 178). In Wechselwirkung mit Erwartungen auf der Grundlage des Geschlechts führen diese dazu, dass sich etwa Schwarze Frauen mit anderen Erwartungen konfrontiert sehen als weiße (Crenshaw, 1989, S. 155f.; Schneider & Bos, 2019, S. 178). Zum anderen betont die Theorie der sozialen Rollen, dass spezifische Rollen wie die beruflichen mit ihren konkreteren Erwartungen an ein bestimmtes Verhalten für dieses in beruflichen Kontexten oft relevanter sein können als die diffusen Geschlechterrollen (Eagly, 1987, S. 27; Eagly & Wood, 2012, S. 11). Bezogen auf meinen Untersuchungsgegenstand heißt das, dass auch die spezifische Rolle von Abgeordneten mit konkreten Erwartungshaltungen einhergeht, beispielsweise an eine aktive Partizipation im Parlament. Nichtsdestotrotz werden Menschen in ihrem jeweiligen Beruf – und somit auch Abgeordnete im Bundestag – auch auf der Grundlage ihres Geschlechts und den damit verbundenen Erwartungen wahrgenommen, die folglich einen Einfluss haben, selbst wenn sie von spezifischen Rollen überlagert werden (ebd., S. 11f.).

Welche Konsequenzen aber resultieren daraus, wenn Geschlechterrollen im Widerspruch zu anderen Rollen stehen? Antworten darauf liefert die Rollenkongruenztheorie von Eagly & Karau (2002), die nachfolgend dargelegt wird.

⁵ Für eine ausführlichere Darstellung dieser biologischen Prozesse, die nicht im Zentrum dieser sozialwissenschaftlichen Arbeit stehen, vgl. Wood & Eagly, 2012, S. 84-88. Die Erwähnung aller drei Mechanismen ist als Hintergrundinformation für die Frage nach etwaigen Geschlechterunterschieden bei der Partizipation relevant, ausführlicher überprüft wird in dieser Arbeit aber vor allem der zweitgenannte Aspekt: die Reaktionen auf Verhalten das (nicht) im Einklang mit Geschlechterrollen ist.

2.2 Rollenkongruenztheorie

Die *Role Congruity Theory of Prejudice Toward Female Leaders* befasst sich – wie ihr Name bereits andeutet – mit der Kongruenz von Geschlechterrollen und Führungsrollen (Eagly & Karau, 2002, S. 575). Als Gründe dafür, dass Frauen in Führungsrollen nach wie vor unterrepräsentiert sind, führen die Autor:innen Vorurteile an, die darauf beruhen, dass die weibliche Geschlechterrolle und Führungsrollen als inkongruent wahrgenommen werden (ebd., S. 573). Während die Erwartungen an Führungspositionen und an Männer typischerweise übereinstimmen und beide eng mit Eigenschaften bzw. Verhaltensweisen der Dominanz und Durchsetzungsfähigkeit verbunden werden, stehen die mit Freundlichkeit und Fürsorge verbundenen Erwartungen an Frauen in Kontrast dazu (ebd., S. 575). Dies führt laut Eagly & Karau (2002) konkret zu zwei Arten von Vorurteilen, die sie aus den zwei Arten von Erwartungen an die Geschlechter – den *descriptive* und *injunctive norms* (vgl. 2.1) – ableiten (S. 575f.). Erstens führen die Erwartungen daran, wie Frauen sind, dazu, dass ihre Eignung für Führungspositionen im Vergleich zu Männern negativer beurteilt wird (ebd.). Zweitens werden Frauen, die bereits in Führungspositionen sind und sich ähnlich wie Männer bzw. im Einklang mit Führungsrollen verhalten, negativer bewertet, weil sie den Erwartungen daran, wie Frauen sich verhalten sollten, nicht gerecht werden (ebd.). Letzteres schließt jedoch nicht aus, dass sie nicht auch zu einem gewissen Grad positiv bewertet werden mit Blick auf ihr Einhalten der Erwartungen an Führung (ebd., S. 576). Darin zeigt sich das Dilemma von Frauen in Führungspositionen: Sie verletzen mit ihrem Verhalten meist eine Erwartung – entweder die ihrer Geschlechter- oder die ihrer Führungsrolle (ebd.).

Insgesamt haben die von Eagly & Karau (2002) auf der Basis von Rolleninkongruenz abgeleiteten Vorurteile weitreichende Folgen: Sie schlagen sich in negativeren Einstellungen gegenüber potentiellen und tatsächlichen weiblichen Führungskräften nieder sowie in erschwerten Bedingungen für Frauen in Bezug auf ihren Zugang zu Führungspositionen und die Chance in diesen positiv, konkret als effektiv, wahrgenommen zu werden (S. 573; 576; 589). Auch empirische Befunde bekräftigen das (ebd., S. 573; 581; 585f.; 588f.) und belegen beispielsweise, dass auf selbstbewusst und durchsetzungsstark agierende Frauen negativer reagiert wird als auf entsprechend agierende Männer (ebd., S. 584f.; 589f.).

Diese Vorurteile und damit zusammenhängende Konsequenzen treten jedoch nicht in allen Situationen (gleich stark) auf, sondern variieren in Abhängigkeit von moderierenden Faktoren (ebd., S. 576). Grundsätzlich hängt das Vorhandensein bzw. Ausmaß der Inkongruenz zwischen Geschlechter- und Führungsrollen von deren jeweiligen Definition ab (ebd., S. 576f.). So existieren empirischen Befunden zufolge für Frauen im Hinblick auf

Führung besonders ausgeprägte Hürden, wenn Führungsrollen besonders maskulin definiert bzw. von Männern dominiert sind (ebd., S. 585f.; 588f.). Dies dürfte nicht nur auf exekutive Funktionen bzw. insbesondere die höchsten Führungsebenen zutreffen (ebd., S. 577; 589), sondern auch auf die jahrhundertlang männlich dominierte Politik (Och, 2020, S. 392). Umgekehrt sind auch Inkongruenzen zwischen eher feminin definierten Führungsrollen und der männlichen Geschlechterrolle denkbar, inklusive daraus erwachsender Vorurteile gegenüber männlichem Führungspersonal (Eagly & Karau, 2002, S. 576). Sie sind jedoch angesichts der Seltenheit solcher Führungsrollen nicht die Regel (ebd.). Relevant ist zudem, dass sich Rollendefinitionen und –kongruenzen sowie die darauf basierenden Vorurteile im Laufe der Zeit bzw. durch eine veränderte soziale Rollenverteilung (vgl. 2.1) ändern können (Eagly & Karau, 2002, S. 577f.; 590): Wenn sich etwa die deskriptiven Erwartungen an Frauen und Führungsposten annähern würden, dann dürften auch der Bewertung der Eignung von Frauen für Führungsposten weniger bzw. keine Vorurteile im Wege stehen (ebd., S. 576). Überträgt man dieses Argument zweitens auf die Bewertung des Führungsverhaltens von Frauen, die sich auf die normativen Erwartungen stützt (ebd.), so lassen sich auch hier weniger Vorurteile gegenüber Frauen ableiten, wenn sich das von Frauen und Führung erwartete Verhalten stärker überschneidet. Empirisch wird jedoch hinsichtlich der deskriptiven Vorstellungen über den Zeitraum von 1946 bis 2018 in den USA zumindest im Bereich der *agentic qualities* kein Annähern der Geschlechterrollen festgestellt und sogar eine verstärkte Auffassung von *communal qualities* als weiblich (Eagly, Nater, Miller, Kaufmann, & Sczesny, 2020, S. 301; 306; 310). Bezüglich der normativen Erwartungen von US-amerikanischen Studierenden zwischen 1970 und 1995 zeigt Twenges (1997) Meta-Analyse dagegen, dass die Einstellungen bezüglich Frauenrechten feministischer bzw. liberaler geworden sind und etwa das Recht auf gleiche Bildung und Arbeit zunehmend auch für Frauen als normativ wünschenswert erachtet wird (S. 35; 46).

Abgesehen von den jeweiligen Rollendefinitionen und etwaigen zeitlichen Veränderungen können aber auch individuelle Charakteristika der Betrachter:innen einen Einfluss auf die wahrgenommene Rolleninkongruenz nehmen (Eagly & Karau, 2002, S. 577): So zeigen empirische Studien, dass negative Einstellungen gegenüber weiblichen Führungskräften bei Männern mitunter ausgeprägter sind (ebd., S. 581) bzw. insbesondere Männer negativ auf durchsetzungsstarkes Verhalten bei Frauen reagieren (ebd., S. 589). Schließlich ist auch die persönliche Haltung zu traditionellen Erwartungen an die Geschlechter, d.h. ob man diese für gutheißt oder nicht, relevant dafür, inwieweit Individuen eine Rolleninkongruenz wahrnehmen (ebd., S. 578). Hinsichtlich meines

Untersuchungsgegenstands ist das zentral, weil sich solche Unterschiede in der Wahrnehmung von Rolleninkongruenzen etwa entlang gesellschaftspolitisch unterschiedlich traditionell eingestellten Parteien widerspiegeln könnten.

3. Forschungsstand

Die Relevanz der Theorie der sozialen Rollen bzw. der Rollenkongruenztheorie für die politikwissenschaftliche Geschlechterforschung wurde zuletzt ausführlich herausgearbeitet (vgl. Schneider & Bos, 2019) und spiegelt sich auch in aktuellen Studien zu Parlamentsdebatten wider. So wurden aus dieser theoretischen Perspektive bereits Annahmen über die Verteilung, das Themengebiet (vgl. Bäck & Debus, 2019, S. 580ff.) und den Stil der Reden (vgl. Hargrave & Blumenau, im Druck, S. 5-13) nach Geschlecht abgeleitet, genau wie über bestimmte Formen der Unterbrechungen von Abgeordneten (vgl. Och, 2020, S. 392-395) und Strategien, Unterbrechungen zu umgehen (vgl. Vallejo Vera & Gómez Vidal, im Druck, S. 3; 8f.). In der vorliegenden Arbeit knüpfe ich daran an und nehme gleichzeitig neue Aspekte der Partizipation und Reaktion von Abgeordneten in den Blick. So werde ich die Rollenkongruenztheorie nutzen, um am Ende der nachfolgenden Kapitel 3.1 bzw. 3.3 kontrastierende Erwartungen bezüglich der mündlichen und schriftlichen Partizipation zu formulieren, die sich ebenfalls auf die bisherigen Befunde und institutionellen Rahmenbedingungen im Bundestag stützen. In Kapitel 3.2 werde ich dasselbe für Reaktionen auf Redebeiträge von weiblichen und männlichen Abgeordneten seitens anderer Abgeordneter vornehmen, bei denen ich mich anders als die bisherigen Studien explizit auf die Einordnung der Reaktionen als positives oder negatives Signal fokussiere.

3.1 Redebeiträge als dominant wirkende parlamentarische Partizipation

Wer wie viel im Parlament redet, hängt aus der zuvor beschriebenen theoretischen Perspektive damit zusammen, wer für dominant und durchsetzungsstark gehalten bzw. bei wem dies gut geheißen wird. Denn eine im Vergleich zu anderen höhere Redebeteiligung innerhalb von Gruppen kann laut Brescoll (2012) potentiell als dominant bzw. aggressiv gelten, weshalb sie bei Frauen in Organisationen weniger anzutreffen sei (S. 625). Ein Argument, auf das sich auch Bäck und Debus (2019) für ihre Analyse verschiedener europäischer Parlamente stützen: Auf Basis der Rollenkongruenztheorie ordnen auch sie das Halten von Reden als dominant wirkende Aktivität ein, die nicht im Einklang mit der

traditionellen weiblichen Geschlechterrollen steht (S. 580ff.). Weibliche Abgeordnete müssten bezüglich dieser Aktivität folglich Vorurteile bzw. eine negativere Bewertung fürchten, weshalb sie im Parlament weniger reden würden als männliche Abgeordnete (ebd., S. 580f.).

Bisherige Befunde

In der Empirie findet sich einerseits Unterstützung für diese Argumentation: Demnach sprechen Frauen in Parlamenten in verschiedenen europäischen Ländern (Bäck, Debus & Müller, 2014, S. 504; 512; Bäck & Debus, 2019, S. 586ff.; 590; 592), in Ecuador (Vallejo Vera & Gómez Vidal, im Druck, S. 20f.) und bei Ausschussanhörungen im *Colorado State House* in den USA (Kathlene, 1994, S. 562; 567ff.) weniger als Männer. Eine deskriptive Analyse deutet bezüglich Schweden zudem daraufhin, dass das auch für die Mehrheit der dortigen Parteien gelten könnte: Zwar halten Frauen in den ideologisch links verorteten Parteien im Unterschied zu den mittig bzw. rechts eingestuften Parteien genauso bzw. beinahe so viele Reden wie Männer (Bäck & Debus, 2016, S. 83ff.). Verglichen mit ihrem Sitzanteil ist der Redeanteil der schwedischen Parlamentarierinnen aber in fünf von sieben untersuchten Parteien niedriger, inklusive der grünen, linken und sozialdemokratischen Partei (vgl. ebd., S. 84). Weitere Studien verweisen selbst dann auf eine geringe Redeaktivität weiblicher Abgeordneter, wenn diese Politikerinnen eine Machtposition innehaben: Brescoll (2012) findet in den USA im Senat nur für Männer einen signifikanten positiven Zusammenhang zwischen ihrer Macht und ihrer Redepartizipation (S. 628). Und Kathlene (1994) stellt fest, dass weibliche Ausschussvorsitzende eine geringere Redeaktivität aufweisen als männliche während Anhörungen im Ausschuss eines US-Bundesstaates (S. 562; 565). Geben diese Befunde keine Auskunft über die Gründe für das unterschiedliche Redeverhalten von mächtigen Männern und Frauen, so hat Brescoll (2012) Arbeitnehmer:innen in einem experimentellen Design auch dazu befragt (S. 622; 629f.). Dabei findet sie Unterstützung für die Annahme, dass sich Macht bei Frauen anders als bei Männern nicht positiv auf ihr Redemaß auswirkt, weil Frauen durch die Sorge vor einem Backlash beeinflusst sind, d.h. etwa einer negativen Bewertung (ebd., S. 622; 631ff.; 635f.). Dass weibliche Führungspersonen im Unterschied zu männlichen tatsächlich auch schlechter bewertet werden, wenn sie innerhalb einer Organisation viel reden, zeigt sich schließlich im dritten Teil der Studie von Brescoll: Unabhängig von ihrem eigenen Geschlecht halten die Befragten weibliche CEOs für kompetenter, die als wenig redend charakterisiert werden, während sie männlichen CEOs mehr Eignung zur Führung zusprechen, wenn diese viel reden (ebd., S.

634ff.). Die gegenteilige Erwartungshaltung an Männer und Frauen, die sich darin widerspiegelt, führt sogar soweit, dass wenig redende weibliche CEOs hinsichtlich ihrer Führungskompetenz ebenso positiv bewertet werden wie viel redende männliche (ebd., S. 635f.).

Verweisen die zuvor gelisteten Befunde auf ein geschlechterrollenkongruentes Verhalten bzw. Bewerten, so ist der Forschungsstand in dieser Hinsicht jedoch nicht eindeutig. Vallejo Vera & Gómez Vidal (im Druck) finden keine Unterschiede in der Redepartizipation von männlichen und weiblichen Ausschussvorsitzenden in Ecuador (S. 28) und Wang (2014) zeigt, dass in Uganda mächtige Parlamentarierinnen diejenigen sind, die am meisten sprechen (S. 371). Abgesehen von diesem Interaktionseffekt zwischen Macht und Geschlecht stellt sie mit Blick auf die allgemeine Redeaktivität männlicher und weiblicher Abgeordneter in Uganda keine signifikanten Unterschiede fest (ebd., S. 370f.) – wie auch Murray (2010) in Frankreich (S. 93; 113f.), Konak Unal (2020) in der Türkei (S. 13f.) und Bäck & Debus (2016) in Deutschland zwischen 2009 und 2013 (S. 81; 101). Für die USA belegen die Befunde verschiedener Autor:innen zudem für insgesamt drei verschiedene Legislaturperiode des Kongresses, dass Parlamentarierinnen mehr einminütige Reden halten als Parlamentarier (Akirav, 2020, S. 3; 5f.; Pearson & Dancey, 2011, S. 914; 918). Pearson & Dancey (2011) finden außerdem auch in zentralen Debatten der USA eine höhere Redebeteiligung von Frauen als von Männern, die sich noch konstanter als bei den einminütigen Reden durchwegs unabhängig von der Zugehörigkeit zur demokratischen oder republikanischen Partei zeigt (S. 914ff.; 918f.).

Existieren Geschlechterunterschiede in der Redeaktivität also weitestgehend unabhängig von der jeweiligen Parteizugehörigkeit, sofern es sie überhaupt in einem Land gibt? Der zuvor gelistete Forschungsstand bietet wenige Antworten auf diese Frage, lediglich Wang (2014) überprüft Interaktionen zwischen dem Geschlecht der ugandischen Abgeordneten und ihrer Partei, die jedoch nicht signifikant sind (S. 372). Eine deskriptive Gegenüberstellung verschiedener Fraktionen im Bundestag zeigt hingegen mitunter variierende Geschlechtermuster: So lag der Redeanteil weiblicher Abgeordneter dort zwischen 2009 und 2013 einzig bei der Union unter ihrem Sitzanteil, bei SPD, FDP, Linken und Grünen hingegen darüber (vgl. Bäck & Debus, 2016, S. 81; 84).

Zusammengefasst lässt sich mit Blick auf den bisherigen Forschungsstand resümieren, dass es von Land zu Land, aber auch in Abhängigkeit von der jeweiligen Macht sowie möglicherweise von Fraktion zu Fraktion variieren kann, ob Frauen in Parlamenten mehr, weniger oder gleich viel reden wie Männer. Auch wenn es schon einige Studien zu

geschlechtsspezifischem Redeverhalten in Parlamenten gibt, kommt einer umfassenden Untersuchung des Bundestags somit eine große Relevanz zu, die auch die Interaktion von Geschlecht und Macht bzw. Fraktion in den Blick nimmt. Schließlich spielen die Fraktionen in Deutschland auch mit Blick auf die institutionellen Rahmenbedingungen der Redepartizipation eine zentrale Rolle, wie nachfolgend dargestellt wird.

Institutionelle Rahmenbedingungen

Die Plenarzeit in Parlamenten gilt als begehrtes, knappes Gut (Bäck et al., 2014, S. 506; Proksch & Slapin, 2014, S. 85), das durch zwei Arten von Regeln verteilt wird: parlamentarische und parteiinterne (vgl. ebd., S. 77-99). Im Bundestag wird hauptsächlich über Parteilisten geregelt, wer redet. Zugleich gibt es aber auch einen gewissen Spielraum für Initiativen einzelner Abgeordneter (ebd., S. 79; 83). Konkret wird für jede Legislaturperiode zu Beginn ein fester Verteilungsschlüssel beschlossen, der regelt wie viel Redezeit pro Debatte auf die einzelnen Fraktionen entfällt (Deutscher Bundestag, 2020, Abs. 8; Strasser & Sobolewski, 2019, S. 64). Ausschlaggebend dafür ist in erster Linie die Größe, d.h. Stärke, der Fraktion, aber auch andere Aspekte können in den Verteilungsschlüssel einfließen, der folglich als “politisch” und nicht als “mathematisch” charakterisiert wird (Deutscher Bundestag, 2020, Abs. 8; Strasser & Sobolewski, 2019, S. 64)⁶. Ausgehend von diesem Zeitkontingent obliegt es den Fraktionen, Listen mit Redner:innen aufzustellen (Proksch & Slapin, 2014, S. 63) und somit festzulegen, wer zu welcher Angelegenheit wie lange sprechen darf (Strasser & Sobolewski, 2019, S. 64). Diese Regel erleichtert es den Parteiführungen zwar zu kontrollieren, inwiefern abweichende Positionen im Plenum geäußert werden (Proksch & Slapin, 2014, S. 63f.). Doch auch Abgeordnete, die wegen einer abweichenden Meinung keinen Platz auf der Redeliste ihrer Fraktion erhalten haben, können sich während Plenarsitzungen äußern (Strasser & Sobolewski, 2019, S. 64). Ihre Redezeit wird dann nicht von der Redezeit der Fraktion abgezogen, sondern gleicht jener der fraktionslosen Mitglieder des Bundestags (ebd.). Die Redezeiten von Regierungs- bzw. Bundesratsmitgliedern wiederum werden ihren jeweiligen Fraktionen angelastet, sodass ihrem formal unbegrenzten Rederecht durchaus Grenzen gesetzt sind (ebd.; S. 64f.).

Was die parlamentarischen Regeln betrifft, sind Fraktionen also die zentrale Einheit, auf die die verfügbare Redezeit verteilt wird. Wie aber wird diese Redezeit in einem zweiten

⁶ Für einen detaillierten Überblick der jeweils zugestandenen Redezeit pro Fraktion und Legislaturperiode vgl. Redaktion Datenhandbuch, 2021c, S. 1-4. Bis einschließlich der 15. Legislaturperiode gab es für die Koalitionsfraktionen und die Regierung anders als für die Oppositionsfraktionen gemeinsame Redezeitkontingente; seit der 16. Legislaturperiode gibt es einzelne Redezeitkontingente für alle Fraktionen (Ismayr, 2012, S. 304).

Schritt fraktionsintern aufgeteilt? Laut Ismayr (2012) wird bei Fachdebatten hauptsächlich in den Arbeitsgruppen der Fraktionen entschieden, wer redet (S. 305). Dabei falle die Wahl vornehmlich auf die zuständigen Berichterstatter:innen oder Vorsitzenden (ebd.). Diese Beschreibung deckt sich mit den Erläuterungen, die mir die meisten⁷ der aktuellen Bundestagsfraktionen auf Anfrage per Mail geschickt haben: Union, AfD und Grüne betonen, dass die Redner:innen in den je nach Thema der Debatte zuständigen Arbeitskreisen bzw. -gruppen bestimmt werden (Infoservice der Bundestagsfraktion Bündnis90/Die Grünen, persönliche Kommunikation, 02.06.2021; M. Grosse-Brömer, persönliche Kommunikation, 09.06.2021; M. Schmidt, persönliche Kommunikation, 02.06.2021, siehe Anhang). Die FDP verweist direkt auf die jeweiligen Berichterstatter:innen, deren Zuständigkeit für ein Thema meist klar sei (Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, Persönliche Kommunikation, 03.06.2021, siehe Anhang). Folglich hängt die Auswahl der Redner:innen in allen Fraktionen eng mit der jeweiligen thematischen Expertise zusammen. Herrscht dabei Uneinigkeit, etwa zwischen verschiedenen Arbeitsgruppen, oder geht es um Generaldebatten, so vermitteln Vorsitzende, Sprecher:innen der Arbeitsgruppen und parlamentarische Geschäftsführer:innen (Ismayr, 2012, S. 305). Umstrittene Fälle werden außerdem auch untereinander (Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag, Persönliche Kommunikation, 03. Juni 2021) bzw. in der Fraktionsversammlung geklärt (M. Schmidt, persönliche Kommunikation, 02.06.2021). Der Pressesprecher der AfD-Fraktion verweist zudem auf ein generelles Vetorecht der Fraktionsversammlung in seiner Partei: „Diese [Die Fraktionsversammlung] hat zudem grundsätzlich jederzeit die Möglichkeit, die von einem AK [Arbeitskreis] getroffene Festlegung auf einen Redner wieder zu kippen“ (ebd.).

Wer in den Plenarsitzungen wie viel redet, ist also zumindest hinsichtlich der Plenardebatten – dem „Kernstück der Plenarsitzungen“ (Strasser & Sobolewski, 2019, S. 63) – nicht das Ergebnis spontaner Redeinitiativen der Abgeordneten, sondern im Vorfeld fraktionsintern genau abgestimmt. Hinzu kommt, dass die von Abgeordneten der Regierungsparteien verlesenen Reden überwiegend von Referent:innen der Fraktionen verfasst werden⁸ (Ismayr, 2006, S. 319). Dies passt auch dazu, dass die Plenarsitzungen vor allem darauf abzielen, die Fraktionspositionen der Öffentlichkeit zu vermitteln (Burkhardt, 2016, S. 185). Burkhardt bezeichnet den Bundestag daher als „party parliament“ beziehungsweise „display window parliament“ (ebd.) und charakterisiert die heutigen

⁷ Die Fraktionen der SPD und Linken haben meine Anfrage nicht beantwortet.

⁸ Dieser Aspekt unterstreicht zwar die geringe Spontaneität der Redebeiträge. Er macht es aber nicht weniger relevant zu untersuchen, wem wie viel Redezeit eingeräumt wird - unabhängig davon, ob der Redetext nun selbst oder fremd verfasst ist.

Debatten mit Blick auf ihre Medienorientierung als „half-serious political show for the public“ (ebd., S. 188). Neben der zentralen Rolle der Fraktionen kann somit auch die zentrale Rolle der Öffentlichkeit als Rahmenbedingung für Parlamentsreden festgehalten werden. So werden alle Plenardebatten des Bundestags live auf dessen Website übertragen sowie seit der 17. Legislaturperiode in der Mediathek gespeichert (Deutscher Bundestag, 2020, Abs. 16). Auch in der Medienberichterstattung nehmen Reden mehr Raum ein als andere Parlamentsaktivitäten (Marcinkowski, 2000, S. 56). Folglich scheint die Charakterisierung von Plenarsitzungen als „most rewarding venue in political terms“ (Chaqués-Bonafont & Cristancho, 2021, S. 6) auch für den Bundestag treffend – wie auch die Betonung der Exponiertheit, öffentlichen Kontrolle und Sichtbarkeit, die mit der Partizipation im Plenarsaal einhergeht (ebd.). Abgesehen von der medialen Kontrolle und Sichtbarkeit haben zudem auch andere Abgeordnete die Möglichkeit, direkt auf die Redebeiträge im Plenum zu reagieren (Burkhardt, 1992, S. 288).

Hypothesen

Aus den institutionellen Rahmenbedingungen der Reden im Bundestag und der eingangs beschriebenen Stellung dieser Partizipationsform lassen sich folgende Charakteristika ableiten: eine zeitliche Begrenzung und ein hohes Prestigeversprechen, die Notwendigkeit innerparteilicher Durchsetzungskraft bei gleichzeitig hoher Bedeutung für die Fraktionen als Plattform medialer Inszenierung, ein hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit und Exponiertheit sowie eine direkte Auseinandersetzung mit den Reaktionen anderer Abgeordneter. Wer im Bundestag viel redet, wirkt also nicht nur wie durch Brescoll (2012) beschrieben innerhalb einer Gruppe wie der eigenen Fraktion oder dem Parlament potentiell dominant (vgl. 3.1), sondern potentiell auch auf die gesamte Öffentlichkeit. Folglich schließe ich mich Bäck & Debus' (2019) Argumentation an, dass es aufgrund der Inkongruenz zwischen der traditionellen weiblichen Geschlechterrolle und dominantem Verhalten zu Geschlechterunterschieden in der Redepartizipation kommen könnte (vgl. 3.1). Dabei ist für die Erklärungskraft der Rollenkongruenztheorie auch irrelevant, wer die Entscheidung über die Redeaktivität der Abgeordneten getroffen bzw. beeinflusst hat. Denn als gesellschaftliche geteilte Erwartungen an Eigenschaften von Männern bzw. Frauen sowie an gewünschte Verhaltensweisen prägen Geschlechterrollen per Definition alle Abgeordneten (vgl. 2): das Individuum, das sich zu einer bestimmten Aktivität entscheidet ebenso wie seine Fraktionskolleg:innen, die darauf eventuell Einfluss nehmen. Sie alle können Rollen(in)kongruenzen wahrnehmen und potentiell auf dieser Basis im Sinne der *deskriptive*

norms erstens über die Eignung von weiblichen und männlichen Abgeordneten für Reden urteilen. Zweitens können sie im Sinne der *injunctive norms* negative Konsequenzen von rolleninkongruentem Verhalten antizipieren (vgl. 2.1; 2.2). Folglich und mit Blick auf den Forschungsstand zu geringerer Redebeteiligung von Frauen in diversen Parlamenten lautet H1a:

H1a: Weibliche Abgeordnete reden im Bundestag weniger als männliche.

Auf der anderen Seite verweist der Forschungsstand aber auch auf Länder, in denen es keine Geschlechterunterschiede in der Redepartizipation gibt – inklusive Deutschland in der 17. Legislaturperiode – oder sogar eine höhere Redebeteiligung von Frauen. Letzteres wird von Pearson & Dancey (2011) mit der Motivation der im US-Kongress nach wie vor unterrepräsentierten Frauen erklärt, ihr Mandat durch mehr Anstrengung zu rechtfertigen (S. 911; 913). Diese Erklärung stützt sich unter anderem auf Eagly und Karas (2002) Argument, dass die traditionelle weibliche Geschlechterrolle weniger mit Führungskraft assoziiert wird als die männliche (Pearson & Dancey, 2011, S. 911). Zwar blendet diese Argumentation die normative Komponente von Geschlechterrollen aus, d.h. wie Männer und Frauen sein sollten und wie ihr Verhalten dementsprechend beurteilt wird (vgl. 2.1), inklusive der Angst vor negativen Reaktionen bei Rolleninkongruenz (vgl. 2.2). Trotzdem ist es möglich, dass auch weibliche Abgeordnete diese Verhaltenserwartungen und die potentiellen Konsequenzen eines rolleninkongruenten Verhaltens ignorieren. Das gilt umso mehr, als dass auch die spezifische berufliche Rolle einer Abgeordneten mit Erwartungen einhergeht, die gemäß der Theorie der sozialen Rollen im Parlamentsalltag oftmals konkreter und deshalb handlungsrelevanter sein dürfte als diffuse Geschlechterrollen (vgl. 2.1). Folglich lautet die Gegenhypothese zu H1a:

H1b: Weibliche Abgeordnete reden im Bundestag nicht weniger als männliche.

Da auch die jeweiligen Einstellungen zu traditionellen Geschlechterrollen die Wahrnehmung von Rolleninkongruenzen beeinflussen (vgl. 2.2), liegt es zudem nahe, dass für etwaige Geschlechterunterschiede auch die Fraktionszugehörigkeit relevant sein könnte. Inhaltlich identifizieren Kantola & Agustín (2019) auf EU-Ebene die europäische Linke und Grüne als die Fraktionen, in denen Geschlechtergleichheit am meisten verwirklicht ist, während die Europäischen Sozialdemokraten und Liberalen den zweiten Rang belegen und die Europäische Volkspartei bzw. die Europäischen Konservativen und Reformen am schlechtesten abschneiden hinsichtlich Geschlechtergleichheit (S. 782). Passend dazu ist im Bundestag der Frauenanteil in linken Fraktionen deutlich höher als in Fraktionen im konservativen bis rechten Spektrum (vgl. Bundeswahlleiter, 2018, S. 102f.). Relevant ist das

deshalb, weil Männer laut den von Eagly & Karau (2002) zusammengetragenen Studien tendenziell negativer auf dominantes Verhalten von Frauen reagieren als Frauen (vgl. 2.2). Da auch die für den Bundestag vorliegenden deskriptiven Befunde relativ betrachtet einzig bei der Union eine geringere Redepartizipation von Frauen in der 17. Legislaturperiode gefunden haben, nehme ich bezüglich der Reden drittens an:

H1c: Weibliche Abgeordnete reden nur in konservativen Fraktionen weniger als männliche.

Theoretisch relevant ist zudem die Frage, ob sich geschlechterrollenkongruentes Redeverhalten ebenfalls bei Politiker:innen in Machtpositionen zeigt. Die wenigen bisherigen Befunde geben darauf keine eindeutige Antwort. Auf Basis der Rollenkongruenztheorie ist jedoch in den höchsten Ebenen der Führungspositionen eine besonders starke Inkongruenz zur traditionellen weiblichen Geschlechterrolle zu erwarten (vgl. 2. 2). Angesichts der lang anhaltenden männlichen Dominanz in Parlamenten dürfte dies im politischen Bereich umso mehr gelten, weswegen ich annehme:

H1d: Weibliche Abgeordnete in Machtpositionen reden weniger als männliche Abgeordnete in Machtpositionen.

3.2 Reaktionen anderer Abgeordneter auf dominant wirkende Redebeiträge

Wie im vorangegangenen Kapitel bereits erwähnt, zeichnen sich Redebeiträge im Plenum unter anderem dadurch aus, dass sie durch direkte Reaktionen anderer Abgeordneter begleitet werden können. Diese „Zwischensignale“ können sowohl sprachlicher als auch nicht-sprachlicher Natur sein (Burkhardt, 1992, S. 289). In Anbetracht des theoretischen Hintergrunds dieser Arbeit gilt zu prüfen, inwieweit Abgeordnete anders auf parlamentarische Redebeiträge von Frauen als von Männern reagieren. Konkret stellt sich die Frage, ob Frauen, die vor dem Plenum reden und damit dominant bzw. inkongruent zu ihrer Geschlechterrolle agieren, tatsächlich negativere Reaktionen erfahren als Männer (vgl. 2.2).

Bisherige Befunde

In der bisherigen Forschung mangelt es an Antworten auf diese Frage, insbesondere im Hinblick auf andere Reaktionen als verbale Unterbrechungen und den Kontext des Bundestags. So bezieht sich die meines Wissens umfangreichste quantitative Studie zu Reaktionen anderer Abgeordneter auf das Parlament in Ecuador und beschränkt sich auf verbale Unterbrechungen. Konkret untersuchen Vallejo Vera & Gómez Vidal (im Druck) für

dieses Land alle Debatten zwischen 1988 und 2018 (S. 14). Das Ergebnis: Wenn Abgeordnete „aggressiv“, d.h. durch andere Abgeordnete bzw. die Menge unterbrochen werden, dann geschieht das bei weiblichen Abgeordneten früher, weil sie bis zur Unterbrechung deutlich weniger Wörter gesprochen haben als männliche Abgeordnete (ebd., S. 16; 21f.). Bezüglich der Frage, ob eine Rede überhaupt „aggressiv“ unterbrochen wird, stellen die Autor:innen dagegen keine signifikanten Geschlechterunterschiede fest (ebd., Anhang, S. 15f.). Kathlene (1994) findet mit Blick auf verschiedene Ausschussanhörungen des *Colorado State House* im Jahr 1989 dagegen, dass Männer dort mehr unterbrochen werden als Frauen (S. 562; 567f.). Zudem verweisen Umfragedaten aus dem schwedischen Parlament aus dem Jahr 2016 darauf, dass weibliche Abgeordnete signifikant häufiger angeben, unterbrochen zu werden, als männliche Abgeordnete (Erikson & Josefsson, 2018, S. 202; 205f.). Zusammengefasst kommen quantitative Studien, die sich auf unterschiedliche Untersuchungsländer, -zeiträume und Erhebungsmethoden stützen, zu unterschiedlichen Ergebnissen hinsichtlich der Frage, inwieweit Geschlechterunterschiede bezüglich Unterbrechungen von Abgeordneten in Parlamenten existieren. Diese Studien umfassen jedoch keine inhaltliche Analyse der Unterbrechungen.

Bezüglich des Bundestags geben dagegen zwei Studien mehr Auskunft über die Inhalte der Unterbrechungen bzw. den Umfang von positiven und negativen Reaktionen im Allgemeinen: So zeigt Och (2020) auf Grundlage einzelner Debatten des 17. Bundestags, dass Frauen dort relativ zur Anzahl an Rednerinnen häufiger unterbrochen werden als Männer (S. 395f., S. 398). Bezüglich des Inhalts dieser Unterbrechungen findet sie in ihrer Fallauswahl keinen systematischen Einsatz von sogenannten „manterruptions“, d.h. für das Thema irrelevanten, Frauen persönlich herabstufenden Unterbrechungen durch Männer (ebd., S. 396; 400; 402). Dies steht im Einklang mit den Befunden von Burkhardt (1992), wonach in den Jahren 1983 und 1984 mehr Zwischenrufe bei Redebeiträgen von Parlamentarierinnen als bei Parlamentariern identifiziert werden konnten (S. 299f.). Konkret hat Burkhardt jeweils 42 Seiten Redebeiträge von Männern und Frauen untersucht und dabei neben den Zwischenrufen auch nicht-sprachliche Reaktionen anderer Abgeordneter ausgewertet (ebd.). Das Ergebnis: Rednerinnen bekommen mehr Beifall als Redner (ebd., S. 300), alle anderen Reaktionen treten in der Fallauswahl des Autors aber zu selten auf, um auf etwaige Geschlechterunterschiede schließen zu können (vgl. ebd.). Folglich liefern diese Befunde zunächst keine Hinweise darauf, dass auf Redebeiträge weiblicher Abgeordneter negativer reagiert wird als auf jene männlicher. Da sie sich aber nur auf einen kurzen Zeitraum bzw. einzelne Debatten beziehen und keine repräsentative Menge an sprachlichen und nicht-

sprachlichen Reaktionen umfassen, lassen sich daraus keine verallgemeinerbaren Aussagen über den Bundestag ableiten. Somit ist nach wie vor weitgehend unklar, ob die Reaktionen von Abgeordneten auf Redebeiträge anderer Abgeordneter je nach Geschlecht bzw. Geschlechterrollenkongruenz positiver oder negativer ausfallen.

Hinsichtlich der Reaktionen von Wähler:innen, wurde hingegen bereits mehrfach gezeigt, dass sie geschlechterrolleninkongruentes Verhalten negativ bewerten (Hargrave & Blumenau, im Druck, S. 6): Okimoto & Brescoll (2010) konnten in einem experimentellen Design erstens demonstrieren, dass ein höheres wahrgenommenes Machtstreben die Wahlchancen von Frauen verschlechtert, nicht aber jene von Männern (S. 925f.). Zweitens führt ihrer Untersuchung zufolge anders als bei Politikern das Machtstreben bei Politikerinnen dazu, dass diese als weniger fürsorglich und einfühlsam wahrgenommen werden, was wiederum die stärker ausgeprägte moralische Empörung der Wähler:innen über nach Macht strebende Frauen beeinflusst (ebd., S. 931). Boussalis, Coan, Holman & Müller (2021) haben sich aus der Perspektive der Rollenkongruenztheorie zudem explizit mit Reaktionen auf Debatten beschäftigt, wenngleich nicht mit Reaktionen auf Parlaments- sondern auf Fernsehdebatten im Kontext verschiedener Bundestagswahlen (S. 1242f.). Demnach heißen es Wähler:innen gut, wenn sich Angela Merkel in ihren Reden fröhlich bzw. grundsätzlich emotional zeigt, und reagieren meistens negativer, wenn Merkel sich wütend gibt (ebd., S. 1243; 1250f.). Für ihre männlichen Gegenkandidaten wurden dagegen tendenziell das gegenteilige Muster festgestellt, was die Reaktionen auf freudige bzw. wütende Emotionen betrifft, während auf Wut bei Politikerinnen anderer Parteien ähnlich wie bei Merkel negativ reagiert wurde (ebd., 1243; 1251f.).

Mit welchen Formen der positiven und negativen bzw. sprachlichen und nicht-sprachlichen Reaktionen müssen Bundestagsabgeordnete aber grundsätzlich rechnen, wenn sie vor dem Plenum reden? Nachfolgend soll das sowie der institutionelle Rahmen dieser Reaktionen herausgearbeitet werden.

Institutionelle Rahmenbedingungen

Die sprachlichen „Zwischensignale“ umfassen einerseits die „offiziellen“ Zwischenfragen der Abgeordneten (Burkhardt, 1992, S. 288), die nach einer Anfrage durch den oder die Präsident:in von den Redner:innen genehmigt werden müssen (Deutscher Bundestag, k. D. c, § 27, Nr. 2). Andererseits gibt es die Möglichkeit der „inoffiziellen“ Zwischenrufe, durch die Bundestagsabgeordnete während Parlamentsdebatten unangemeldet und ohne Zustimmung der Redner:innen jederzeit etwa ihre Haltung zum Gesagten oder Gegenargumente kundtun

können (Burkhardt, 1992, S. 288). Diese Art von Kommunikation ist durch die Geschäftsordnung nicht legitimiert, wird aber toleriert (Olschewski, 2000, S. 346). Inhaltlich umfassen die Zwischenrufe zustimmende und ablehnende, (auf-)fordernde und anschuldigende bzw. herabstufende Bemerkungen sowie Hinweise zu einem vernachlässigten Argument und informationsbezogene Fragen (Burkhardt, 2004, S. 310; 341; 348; 350; 358; 368; 375). Folglich lässt sich ohne inhaltliche Auswertung nicht erkennen, ob es sich bei Zwischenrufen im Bundestag um negative, positive oder nicht-wertende Reaktionen auf Redebeiträge bzw. Redner:innen handelt.

Allerdings wird in den Plenarprotokollen auch eine Reihe von Reaktionen notiert, die durchaus eine Klassifizierung als positiv oder negativ zulassen (vgl. Kapitel 4.2). So werden einige verbale Äußerungen in den Kategorien „Zustimmung“ und „Widerspruch“ gebündelt, die nicht weiter sprachlich ausgeführt sind (Burkhardt, 2004, S. 161; 341; 358; ebd., 1992, S. 289; Ostermeyer, 1956, S. 2; zit. n. Burkhardt, 2004, S. 161) und auch nonverbale Reaktionen wie „Beifall“, „Heiterkeit“, „Lachen“ und „Unruhe“ werden in den Parlamentsprotokollen widergegeben (ebd., 1992, S. 289). Wie die Zwischenrufe sind sie lediglich eine tolerierte Form der Parlamentskommunikation (Olschewski, 2000, S. 346), die als teilweise nicht bewusste erfolgende, „unmittelbar-spontane Reaktionen“ (Burkhardt, 2004, S. 159) eingeordnet werden können. So kann „Beifall“ als eine häufig routiniert ablaufende Reaktion charakterisiert werden, deren Auslassen aber durchaus als Kritik etwa an einer Fraktion verstanden werden kann (Ostermeyer, 1965, S. 2; zit. n. Burkhardt, 2004, S. 159f.). Die Differenzierung zwischen Heiterkeit und Lachen lässt sich wiederum damit erklären, dass ersteres eine positive, vergnügte Reaktion auf Redner:innen bzw. Gesagtes meint wie zum Beispiel auf einen Witz und letzteres eine negative, da ablehnende, ironisch uminterpretierende, höhnische Reaktion (Mueller, 2011, S. 38-41; Olschewski, 2000, S. 348).

Hypothese

Im Bundestag gibt es also verschiedene tolerierte Reaktionen von Abgeordneten auf Redebeiträge anderer Abgeordneter, die Aufschluss über ihre Bewertung des Gesagten bzw. der Redner:innen bieten. Diese sind bislang noch wenig erforscht. Jedoch stützen Studien über die Reaktionen von Wähler:innen auf Politiker:innen die theoretische Annahme, dass geschlechterrolleninkongruentes Verhalten negative Reaktionen hervorruft (vgl. 2.2). Zwar sind auf Basis der Rollenkongruenztheorie auch positive Reaktionen auf Redebeiträge von Frauen denkbar, weil sie damit einer zentralen Partizipationsform nachkommen, die eng mit den spezifischen Erwartungen an die Berufsgruppe der Abgeordneten verknüpft sein dürfte.

Nichtsdestotrotz dürften die Reaktionen auf Redebeiträge von Frauen insgesamt weniger positiv bzw. stärker negativer ausfallen als jene auf Männer, weil Frauen mit dieser als dominant eingestuften Partizipationsform Erwartungen an ihre traditionelle Geschlechterrolle verletzen (vgl. 2.1; 2.2). Folglich lautet H2:

H2: Auf weibliche Abgeordnete wird häufiger negativ bzw. seltener positiv reagiert als auf männliche, wenn sie im Bundestag reden.

3.3 Schriftliche Fragen als nicht-dominant wirkende Partizipation

Ähnlich wie das Ausmaß an positiven und negativen Reaktionen im Plenum und im Gegensatz zu parlamentarischen Reden wurden schriftliche Fragen noch kaum auf geschlechtsspezifische Muster untersucht. Ob diese existieren, ist nicht nur mit Blick auf das zu erfassende Ausmaß an Geschlechterunterschieden im Bundestag relevant. Vielmehr ist dies auch von theoretischem Interesse, weil schriftliche Fragen in der vorliegenden Arbeit als Gegenstück zu der potentiell dominant wirkenden Partizipationsform parlamentarischer Redebeiträge behandelt werden.

Bisherige Befunde

In der bisherigen Forschung werden schriftliche Fragen hinsichtlich etwaiger Geschlechterunterschiede hauptsächlich mit einem spezifischen inhaltlichen Fokus betrachtet oder gemeinsam mit anderen Aktivitäten zusammengefasst. So untersucht Bird (2005) mittels einer Auswahl schriftlicher und mündlicher Fragen, die zwischen 1997 und 1998 im britischen *House of Commons* gestellt wurden, die substantielle Repräsentation von Frauen (S. 353f.). Das Ergebnis: Relativ zu ihrem Parlamentsanteil stellen weibliche Abgeordnete schriftlich sowie auch allgemein mehr Fragen als männliche, in denen geschlechtsspezifische Aspekte eine Rolle spielen (ebd., S. 353; 355f.). Passend dazu kommt Höhmann (2019) zu dem Schluss, dass weibliche Bundestagsabgeordnete zwischen 2005 und 2013 mündliche und schriftliche Fragen häufiger zur Thematisierung von „Fraueninteressen“ nutzen als männliche, wenn sie sich bezüglich ihrer Wiederwahl ins Parlament sicher sein können (S. 1; 10). Geht es inhaltlich dagegen um lokale, wahlkreisbezogene Angelegenheiten, so findet Martin (2011b) in Irland keinen signifikanten Effekt des Geschlechts der Abgeordneten auf den Anteil entsprechender schriftlicher Fragen (S. 476f.).

Im Unterschied zu den zuvor genannten Studien beziehen weitere Studien die gesamte themenunabhängige Nutzung von schriftlichen Fragen nach Geschlecht mit ein. Murray (2010) untersucht – ohne Differenzierung zwischen Mündlichem und Schriftlichem – wie

viele Fragen französische Abgeordnete stellen und stellt keinen signifikanten Effekt des Geschlechts fest (S. 97; S. 111f.). Auch Euchner & Frech (2020) fassen bei ihrer Analyse des Europäischen Parlaments schriftliche Fragen mit Reden zu „individuellen Aktivitäten“ zusammen (S. 9), für die sie ebenfalls keinen signifikanten Einfluss des Geschlechts der Abgeordneten finden (vgl. ebd., S. 15).

Folglich gibt es nach meinem Kenntnisstand bislang nur eine Studie, die im Rahmen einer Analyse etwaiger geschlechtsspezifischer Aktivität von Abgeordneten unter anderem auch schriftliche Fragen separat in den Blick nimmt: Für Israel und Großbritannien findet Akirav (2020) diesbezüglich keine signifikanten Geschlechterunterschiede, jedoch gilt das auch für alle anderen von ihr untersuchten legislativen und nicht-legislativen Aktivitäten in diesen Ländern (S. 5f.). In den ebenfalls untersuchten USA hingegen stellt Akirav bei verschiedenen anderen Aktivitäten durchaus Geschlechterunterschiede fest (ebd.), schriftliche Fragen gehören dort aber nicht zu den parlamentarischen Instrumentarien (ebd., S. 6) und sind daher auch nicht Gegenstand der Untersuchung. Somit unterstreicht die Studie, dass die Rolle des Geschlechts der Abgeordneten von Parlament zu Parlament bzw. Land zu Land variieren kann. Nach wie vor ist folglich ungeklärt: Gibt es im deutschen Bundestag, der etwa mit Blick auf seine Ausschüsse als „*polarized* [Herv. i. Org.] *gendered organization*“ (Bolzendahl, 2014, S. 869) gilt, Geschlechterunterschiede in der schriftlichen Frageaktivität?

In meiner erwähnten früheren Hausarbeit konnte ich bereits deskriptiv für die 17. Legislaturperiode des Bundestags feststellen, dass weibliche Abgeordnete überproportional viele schriftliche Fragen stellen (Spiecker, 2020, S. 14). Unklar ist jedoch, ob sich dieses Muster auch in anderen Legislaturperioden zeigt und ob es auch einem Signifikanztest Stand hält. Diesbezüglich bietet vor allem die Studie von Metz & Jäckle (2016) einen Anknüpfungspunkt. Sie untersucht Kleine Anfragen im Bundestag zwischen 2009 und 2013, die zumindest insofern mit schriftlichen Fragen vergleichbar sind, als dass sie ebenfalls schriftlich eingereicht werden⁹ (ebd., S. 501; 504). Dabei zeigt sich, dass Kleine Anfragen tatsächlich eher von weiblichen Abgeordneten der Oppositionsparteien¹⁰ geschrieben werden (ebd., S. 515f.). Kontrolliert man jedoch die jeweilige Parteizugehörigkeit, dann existiert dieser Geschlechterunterschied nicht mehr bzw. nur noch innerhalb der Partei Die Linke (ebd.)

⁹ Ein zentraler Unterschied ist jedoch, dass Kleine Anfragen von einer Fraktion beziehungsweise mindestens fünf Prozent der Abgeordneten gestützt werden müssen (ebd., S. 502) und folglich ein weniger individuelles Instrument sind als schriftliche Fragen, wie im nachfolgenden Abschnitt zu deren institutionellen Rahmenbedingungen noch deutlich werden wird.

¹⁰ Abgeordnete der Regierungsparteien nehmen Metz & Jäckle nicht genauer in den Blick, da sie Kleine Anfragen als Werkzeug verstehen, das vor allem von der Opposition genutzt wird (ebd., S. 502; 512).

Insgesamt deuten die wenigen Befunde zur geschlechtsspezifischen schriftlichen Partizipation also daraufhin, dass sich weibliche Bundestagsabgeordnete nicht weniger bzw. möglicherweise sogar mehr an schriftlichen Fragen beteiligen dürften als männliche.

Institutionelle Rahmenbedingungen

Die mediale Aufmerksamkeit für die weniger prestigeträchtigen schriftlichen Fragen (Murray, 2010, S. 113) im Bundestag beschränkt sich in der Regel auf die lokale Berichterstattung in den Wahlkreisen der Fragestellenden (Ismayr, 2006, S. 346). Nichtsdestotrotz spielt diese Aktivität im Parlamentsalltag eine wichtige Rolle: Schriftliche Fragen sind im Bundestag verglichen mit anderen, der parlamentarischen Kontrolle dienenden Anfrage- bzw. Frageformen seit ihrer Einführung in der sechsten Legislaturperiode bis zur 18. Legislaturperiode mit Abstand am häufigsten genutzt worden (vgl. Feldkamp, 2018, S. 219). Doch abgesehen von wenig Prestige und medialer Aufmerksamkeit: was zeichnet dieses häufig genutzte Instrument aus?

Schriftliche Fragen sind Fragen an die Bundesregierung, die jede:r Abgeordnete maximal viermal pro Monat stellen darf (Deutscher Bundestag, k. D. b, Nr. 12). Sie werden nicht nur schriftlich eingereicht, sondern auch schriftlich beantwortet und zwar innerhalb einer Woche, nachdem sie beim Bundeskanzleramt eingereicht wurden (ebd., Nr. 12; 13, Abs. 1). Das Prozedere erfolgt dabei insofern öffentlich, als die schriftlichen Fragen und Antworten wochenweise gebündelt als Drucksache auf der Website des Bundestags zugänglich gemacht werden (vgl. ebd., k. D. a; ebd., k. D. b, Nr. 13., Abs. 2). Das schriftliche Format der Fragen und Antworten ermöglicht es zudem, sie leichter zu verbreiten bzw. sichtbar zu machen (Siefken, 2018, S. 165). Im Unterschied zu Redebeiträgen sind sie jedoch nicht fester Bestandteil von öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen Abgeordneten im Plenum.

Formal bzw. inhaltlich sind alle Fragen erlaubt, die knapp formuliert und frei von „unsachlichen Feststellungen oder Wertungen“ (Deutscher Bundestag, k. D. b, Nr. 1, Abs. 3) sind und in die Verantwortungsbereiche der Bundesregierung fallen (ebd., Nr. 2, Abs. 1). Vor diesem Hintergrund zählen schriftliche Einzelfragen zu den Instrumenten für Information und Kontrolle (Ismayr, 2006, S. 343), die vor allem von der Opposition genutzt werden (vgl. Siefken, 2020, S. 180). So werden sie ähnlich wie die Mündlichen Fragen hauptsächlich eingesetzt, um mehr Auskunft und Transparenz über politische Urteile und Vorhaben der Bundesregierung zu erlangen (Ismayr, 2006, S. 345). Andererseits dienen sie verglichen mit ihrem mündlichen Gegenpart häufiger auch ausschließlich der Information (ebd.). Dabei spiegeln die schriftlichen Einzelfragen hauptsächlich Themen wider, mit denen sich die

Abgeordneten als Berichterstatter:innen ihrer jeweiligen Arbeitsgruppe auseinandersetzen (ebd., S. 346).

Allgemein erfahren parlamentarische Fragen verglichen mit anderen Formen der Partizipation weniger Kontrolle durch die Parteiführung und lassen somit individuellere Schlüsse auf die Abgeordneten zu (Martin, 2011a, S. 259f.). Auch im Bundestag zählen mündliche und schriftliche Fragen zu den individuellen Rechten der Abgeordneten (Deutscher Bundestag, k. D. b, Nr. 1, Abs. 2; Nr. 12) und stellen damit eine Besonderheit dar (Ismayr, 2006, S. 342). Die Charakterisierung als individuelle Aktivität ist dabei bei schriftlichen Fragen zutreffender als bei mündlichen (ebd., S. 345f.; vgl. ebd., S. 343f.); „[e]ine systematische Abstimmung der [schriftlichen] Fragen ist nicht erkennbar“ (ebd., S. 346).

Alles in allem sind schriftliche Fragen zwar insofern konfrontativer Natur, als dass sie vor allem von der Opposition genutzt werden, um der Regierung auch Stellungnahmen abzurufen. Da sie aber schriftlich gestellt und beantwortet werden, fernab größerer medialer Aufmerksamkeit und eines direkten, potentiell reagierenden Publikums wie des Plenums, sind sie in ihrer Kommunikationsform deutlich weniger raumeinnehmend und gehörverschaffend, weniger konfrontativ und Konfrontationen ausgesetzt, kurz weniger dominant wirkend als parlamentarische Redebeiträge. Diese Wahrnehmung wird auch dadurch gestützt, dass schriftliche Fragen durch ihre stärkere individuelle Zugänglichkeit weniger innerparteilich umkämpft sind als Reden. Folglich liegt es nahe, dass schriftliche Fragen im Unterschied zu parlamentarischen Reden nicht als inkongruent zur traditionellen weiblichen Geschlechterrolle wahrgenommen werden. Meine dritte Hypothese lautet daher:

H3: Weibliche Abgeordnete stellen nicht weniger schriftliche Fragen als männliche.

4. Methode und Daten

Um meine Hypothesen zu testen, habe ich die unterschiedlichen Partizipations- und Reaktionsformen sowohl mittels Deskriptivanalysen als auch mittels multivariater Regressionsanalysen untersucht. Während erstere bereits einen umfassenden Überblick dazu liefern, ob und falls ja, wo es im Bundestag Geschlechterunterschiede gibt, ermöglichen es letztere, auch den Einfluss anderer potentieller Erklärungsfaktoren als das Geschlecht der Abgeordneten zu kontrollieren. Nachfolgend soll zunächst meine Fallauswahl vorgestellt und begründet werden, bevor ich darlege, wie und auf welcher Datengrundlage meine zentralen Variablen operationalisiert werden.

4.1 Fallauswahl

Im Unterschied zu den meisten bisherigen Studien, die sich mit geschlechtsspezifischen Mustern in der parlamentarischen Partizipation bzw. den Reaktionen darauf befassen, habe ich nicht nur ein bis zwei Legislaturperioden pro Land in den Blick genommen (vgl. u.a. Akirav, 2020, S. 3; Bäck et al., 2014, S. 509; Bäck & Debus, 2019, S. 583; Burkhardt, 1992, S. 299f.; Kathlene, 1994, S. 562, Konak Unal, 2020, S. 9, Pearson & Dancey, 2011, S. 913). Stattdessen habe ich an die wenigen neueren Untersuchungen angeknüpft, die diesbezüglich einen längeren Zeitraum betrachten (vgl. Chaqués-Bonafont & Cristancho, 2021, S. 6; Hargrave & Blumenau, im Druck, S. 14; Vallejo Vera & Gómez Vidal, im Druck, S. 14). Konkret erstreckt sich mein Untersuchungszeitraum, abhängig von der Verfügbarkeit der jeweiligen Daten, von 1976 bis 2021 im Falle parlamentarischer Debatten bzw. von 1976 bis 2017 im Falle schriftlicher Fragen. Somit umfasst er zwölf bzw. elf Legislaturperioden¹¹ des Bundestags, eine Zeitspanne von mehr als 40 Jahren. Hintergrund ist, dass zumindest für den Bundestag erst seit kurzer Zeit Datensätze vorliegen, die Informationen über verschiedene Arten der Partizipation und Reaktion für einen längeren Zeitraum enthalten. Diese ermöglichen es valide Rückschlüsse auf den Zustand des deutschen Parlaments hinsichtlich etwaiger Geschlechterunterschiede zu ziehen. Schließlich umschließt meine Analyse zum einen mehr als die Hälfte der Zeit seit Bestehen des Bundestags, inklusive der aktuellsten Legislaturperioden. Zum anderen umfasst sie auch verschiedene politische Rahmenbedingungen, da sich die Zusammensetzung des Parlaments etwa in Hinsicht variierender Regierungs-, Oppositions- und Parteienkonstellationen seit den 80er Jahren stark verändert hat, wie in *Tab. 1* dargestellt.

Wie zuvor theoretisch begründet, konzentriert sich meine Fallauswahl mit Blick auf die Partizipation im Bundestag auf die Gegenüberstellung von Redebeiträgen und schriftlichen Fragen, die sich in ihrer Wahrnehmung als dominantes Verhalten deutlich

¹¹ Drei der untersuchten Legislaturperioden sind jedoch nicht vollständig, sondern nur größtenteils in der Analyse abgedeckt: Erstens werden gut die letzten drei Monate des neunten Bundestags nicht berücksichtigt, d.h. die Zeit nach dem Wechsel zu einer schwarz-gelben Regierung am 01. Oktober 1982 bis zur vorzeitigen Auflösung des Bundestags Anfang Januar 1983 (Schindler, 1999, S. 302; 1130). Hintergrund ist, dass der Zeitraum zu kurz ist, um ihn separat wie eine weitere Legislaturperiode zu behandeln; ein Wechsel zwischen Regierungs- und Oppositionslager die Parlamentsverhältnisse inklusive Nutzung verschiedener Partizipationsformen aber auch zu fundamental verändert, um die gesamte neunte Legislaturperiode als eine Analyseeinheit zu betrachten. Zweitens sind die letzten drei Monate der elften Legislaturperiode von der Analyse ausgeschlossen. Denn im Zuge der deutschen Wiedervereinigung hat sich die Zusammensetzung des Bundestags ab dem 03. Oktober 1990 stark verändert hat, da 144 neue Mitglieder hinzukamen, die von der Volkskammer der DDR gewählt wurden (ebd., S. 928; 1131). Und drittens fließen die letzten Monate der 19. Legislaturperiode, konkret der Zeitraum nach dem 07.05.2021, nicht in die Analyse ein, weil der verwendete Datensatz vor dem Ende dieser Legislaturperiode veröffentlicht wurde und diesen Zeitraum nicht mehr abdeckt (vgl. Richter et al., 2020).

| Legislaturperiode | Regierungsparteien | Oppositionsparteien |
|-------------------|--------------------|--------------------------|
| 8 | SPD, FDP | CDU/CSU |
| 9 | SPD, FDP | CDU/CSU |
| 10 | CDU/CSU, FDP | SPD, B90/GRÜ |
| 11 | CDU/CSU, FDP | SPD, B90/GRÜ |
| 12 | CDU/CSU, FDP | SPD, B90/GRÜ, Linke |
| 13 | CDU/CSU, FDP | SPD, B90/GRÜ, Linke |
| 14 | SPD, B90/GRÜ | CDU/CSU, FDP, Linke |
| 15 | SPD, B90/GRÜ | CDU/CSU, FDP |
| 16 | SPD, CDU/CSU | B90/GRÜ, Linke, FDP |
| 17 | CDU/CSU, FDP | SPD, B90/GRÜ, Linke |
| 18 | SPD, CDU/CSU | B90/GRÜ, Linke |
| 19 | SPD, CDU/CSU | B90/GRÜ, Linke, FDP, AFD |

Tabelle 1: Parteienkonstellationen im achten bis 19. Deutschen Bundestag.

Anmerkung: Die PDS (bis 2004) und Die Linke (ab 2005) (Bundeswahlleiter, 2018, S. 103) sind in dieser Arbeit als Linke zusammengefasst.

Datengrundlage: Bundeswahlleiter, 2018, S. 102f.; Redaktion Datenhandbuch, 2019, 1-15; Schindler, 1999, S. 1130ff..

unterscheiden dürften (vgl. 3). Zwar unterscheiden sich diese beiden Aktivitäten auch dahingehend, dass bei Redebeiträgen im Gegensatz zu schriftlichen Fragen nicht eindeutig ersichtlich ist, inwiefern das Ausmaß der Partizipation der Abgeordneten auf sie selbst versus auf innerparteiliche Entscheidungen zurückgeht (Bäck et al., 2014, S. 506; vgl. 3.). Dennoch machen gerade auch diese unterschiedlichen institutionellen Rahmenbedingungen Reden versus schriftliche Fragen als Untersuchungsgegenstand interessant. Schließlich geben sie Auskunft darüber, ob Frauen verglichen mit Männern mehr partizipieren, wenn es nur von ihnen selbst abhängt oder wenn potentiell auch ihre Partei mitredet bzw. ob es überhaupt Unterschiede in ihrer Aktivität in verschiedenen zugänglichen Partizipationsformen gibt.

Was die Reaktionen auf die Partizipation von Abgeordneten betrifft, umfasst meine Fallauswahl Reaktionen der Parlamentarier:innen auf Redebeiträge im Plenum, die sich auf Grundlage des Plenarprotokolls als positives oder negatives Signal identifizieren lassen (vgl. 3.2). Reaktionen auf schriftliche Fragen von Abgeordneten können hingegen nicht untersucht werden, da es aufgrund des Formats dieser Aktivität (vgl. 3.3) schlichtweg keine direkten Reaktionen anderer Abgeordneter darauf gibt. Abgesehen von diesem pragmatischen Grund sind die Reaktionen auf mündliche Aktivitäten im Plenum aber auch von größerem theoretischen Interesse: Im Unterschied zu Reden liegt bei schriftlichen Fragen keine

Inkongruenz mit traditionellen weiblichen oder männlichen Geschlechterrollen nahe. So ist es zwar plausibel, dass schriftliche Fragen als weniger dominant und somit weniger stereotypisch-männlich empfunden werden. Umgekehrt dürften sie aber auch nicht als Ausdruck stereotypisch-weiblicher Eigenschaften wie Freundlich- oder Fürsorglichkeit gelten, da sie als parlamentarisches Kontrollinstrument durchaus einen kritischen Auftrag erfüllen.

Folglich stellen Redebeiträge, positive und negative Reaktionen auf diese sowie schriftliche Fragen meine abhängigen Variablen dar. Wie genau ich sie operationalisiere, auf welche Daten ich dafür zurückgreife und welche Kontrollvariablen ich berücksichtige, soll im Folgenden erklärt werden.

4.2 Datengrundlage und Operationalisierung der zentralen Variablen

Um zu untersuchen, inwieweit Parlamentsdebatten von Geschlechterunterschieden gekennzeichnet sind, verwende ich im ersten Teil meiner Analyse die *Open Discourse*-Daten (Richter et al., 2020). Diese wurden als gemeinnütziges Projekt der Limebit GmbH erhoben (Open Discourse, k. D. b, Abs. 2) und umfassen mehrere Datensätze. Zusammen beinhalten sie als meines Wissens einzige öffentlich verfügbare Daten nicht nur 99,7 Prozent der Plenarprotokolle des Bundestags und somit sämtliche Redebeiträge und Reaktionen auf diese, sondern auch vom Bundestag gesammelte Informationen zu soziodemografischen Merkmalen aller Abgeordneten (ebd., k. D. a, Abs. 9; 14; vgl. Richter et al., 2020).

Hinsichtlich der Redebeiträge, meiner ersten abhängigen Variable, ist festzuhalten, dass im Plenum verschiedenste Formen der Debatten stattfinden: von „Generaldebatten“ über „Politik- und Querschnittsdebatten“ bis hin zu „Spezialdebatten“, aber auch Fragestunden, Regierungsbefragungen und Aktuelle Stunden (Ismayr, 2006, S. 315). Indem ich mich mittels des *Speeches*-Korpus der *Open Discourse*-Daten (Richter et al., 2020) auf die Plenarprotokolle stütze, die dieses diverse Geschehen dokumentieren, fokussiere ich mich also nicht nur auf „klassische“ Reden, sondern auf beinahe alle Formen der mündlichen Äußerungen im Plenum. Konkret werten die *Open Discourse*-Daten Äußerungen immer dann als Redebeitrag, wenn den Abgeordneten das Wort erteilt wurde (P. Koch, Persönliche Kommunikation, 21.07.2021, vgl. Anhang). Folglich umfasst ihr Redekorpus auch die „offiziellen“ Zwischenfragen, nicht aber die „inoffiziellen“ Zwischenrufe (vgl. 3.2). Für meine Analyse bietet das den Vorteil, Aussagen über den Großteil aller im Plenum getätigten Redebeiträge treffen zu können. Um diese trotz ihrer unterschiedlichen Länge miteinander

vergleichen zu können, überprüfe ich H1a-d, indem ich nicht die Anzahl an Redebeiträgen, sondern die Anzahl an gesprochenen Wörtern pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode als abhängige Variable betrachte. Diese Operationalisierung verspricht auch angesichts der Begrenzung der Redezeit exaktere Informationen dazu, wer die Plenar Bühne wie lange betritt (vgl. 3.1). Diese Operationalisierung ändert aber nichts an der Diversität der Redebeiträge, auf die ich mich beziehe: Sie spiegeln nicht nur fraktionsintern abgestimmte Redner:innenlisten wider, sondern auch stärker individuell zugängliche Formen der mündlichen Partizipation, wie zum Beispiel Zusatzfragen im Rahmen der Fragestunde, die allerdings auch nicht frei vom Einfluss der Fraktionen ist (Ismayr, 2006, S. 344). Bei der Interpretation meiner Befunde ist dies zu beachten, auch wenn die Zusatz- oder auch die Zwischenfragen von ihrem Wortumfang her weniger ins Gewicht fallen dürften als „klassische“ Reden. Zusammengefasst beinhaltet meine erste abhängige Variable folglich alle¹² „regulären“ Äußerungen von Abgeordneten zwischen der achten Legislaturperiode und dem 07.05.2021 der 19. Legislaturperiode. Nicht untersucht werden dagegen Redebeiträge von Abgeordneten, die nicht in ihrer Funktion als Mitglieder des Bundestags sprechen, etwa als Minister:innen. Insgesamt umfasst mein finaler Datensatz mehr als 100 Millionen gesprochene Wörter, wie in *Tab. 2* für die einzelnen Legislaturperioden aufgeschlüsselt ist.

Für die Untersuchung meiner zweiten abhängigen Variable, der Reaktionen, habe ich diesen Redekorpus mit einem zweiten Datensatz aus den *Open Discourse*-Daten verbunden, den *contributions_extended*-Daten (Richter et al., 2020). Der so entstehende Datensatz enthält für jeden Redebeitrag Informationen dazu, ob und wenn ja, wie auf ihn reagiert wurde. Um H2 zu überprüfen, habe ich die Reaktionen „Widerspruch“, „Lachen“ und „Unruhe“ als negative Reaktionen zusammengefasst, da sie entweder eine Ablehnung bzw. Verhöhnung signalisieren (vgl. 3.2) oder sich im Falle der Unruhe als Zeichen von Desinteresse gegenüber dem Gesagten bzw. den Sprechenden interpretieren lassen. Ergänzend dazu habe ich die Protokollvermerke „Beifall“, „Heiterkeit“ und „Zustimmung“ in einer Variable für positive Reaktionen gebündelt, weil sie Unterstützung bzw. Anerkennung ausdrücken (vgl. ebd.). Zusätzlich werden die jeweiligen Reaktionsformen aber auch einzeln analysiert, da sie sich inhaltlich sowie in der Häufigkeit ihres Auftretens durchaus voneinander unterscheiden (vgl.

¹² Ausgenommen davon sind die Zusatzfragen, die innerhalb der Fragestunden der 19. Legislaturperiode gestellt wurden. Hintergrund ist, dass sich die zugehörigen Plenarprotokolle leicht von jenen der vorherigen Zeiträume unterscheiden und ihre nachträgliche Aufbereitung und Aufnahme in die *Open Discourse*-Daten noch aussteht (F. Richter, Persönliche Kommunikation, 27.07.2021; 28.07.2021, vgl. Anhang). Außerdem habe ich die Redebeiträge von der Analyse ausgeschlossen, bezüglich derer die *Open Discourse*-Daten keine Angaben zum Geschlecht der Abgeordneten enthalten, was jedoch nur auf 0,6 Prozent der Redebeiträge zutrifft. Gleiches gilt für Redebeiträge von Abgeordneten, die keiner Fraktion angehören und weniger als 0,1 Prozent der Redebeiträge ausmachen.

Tab. 2) und etwaige Geschlechterunterschiede so genauer aufgeschlüsselt werden können. Zum Testen von H2 werden somit verschiedene abhängige Variablen herangezogen, die jeweils als Anzahl an einer Reaktion bzw. an positiven und negativen Reaktionen operationalisiert werden, die ein:e Abgeordnete:r pro Legislaturperiode im Plenum erhält. Zwischenrufe wurden für die Überprüfung von H2 dagegen nicht herangezogen. Grund dafür ist, dass es den Rahmen dieser Arbeit überstiegen hätte, etwa mittels einer Sentiment-Analyse zu prüfen, inwiefern sie eine positive bzw. negative Reaktion darstellen.

Für den zweiten Teil meiner Analyse, der sich der schriftlichen Partizipation widmet, benutze ich den Datensatz *Every Single Word* (Remschel & Kroeber, 2020b). Dieser macht erstmalig unter anderem alle schriftlichen Fragen zugänglich, die im Bundestag zwischen der achten und achtzehnten Legislaturperiode gestellt wurden (ebd., 2020a, S. 2; 4f.) und eine umfangreiche Materialgrundlage von mehr als 140.000¹³ Fragen bilden (vgl. Tab. 2). Meine dritte abhängige Variable rückt auf dieser Grundlage die Anzahl an gestellten schriftlichen Fragen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode in den Fokus, nicht die Anzahl an schriftlich kommunizierten Wörtern. Denn im Vergleich zu den verschiedenen Redebeiträgen, die ich betrachte, dürften die schriftliche Fragen weniger in Form und Länge variieren. Hinzukommt, dass sie nicht durch eine knappe Plenarzeit, sondern durch eine maximal erlaubte Anzahl an Fragen pro Monat begrenzt sind (vgl. 3.1; 3.3), sodass der Grad der Ausschöpfung dieses Kontingents ein genaues Maß der schriftlichen Aktivität der Abgeordneten verspricht.

Informationen über das Geschlecht der Abgeordneten, meiner unabhängigen Variable, sind in den *Open Discourse*-Daten (Richter et al., 2020) enthalten. Für die schriftlichen Fragen müssen sie dagegen aus zusätzlichen Datensätzen hinzugefügt werden. Konkret wird dafür für die achte bis 17. Legislaturperiode der Datensatz *BTVote MP Characteristics* (Bergmann et al., 2018a) genutzt und für die 18. Legislaturperiode *The Comparative Legislator Database* (Göbel & Munzert, 2021). In all diesen Datensätzen wird das Geschlecht ausschließlich mit den Ausprägungen weiblich und männlich kodiert, was folglich auch die Struktur meiner Geschlechter-Variable prägt. Auch wenn diese binäre Struktur der gesellschaftlichen Realität nicht gerecht wird (Bos & Schneider, 2019, S. 175), beruhen die Daten bezüglich des Bundestags zumindest auf den Selbstangaben der Abgeordneten bzw.

¹³ Im Vergleich zu den Originaldaten ist diese Anzahl minimal geringer, da dort einige Fragen doppelt gespeichert waren. Beim Ausschluss der Fragen, die in die letzten Monate der neunten bzw. elften Legislaturperiode fallen (vgl. 4.1), ist es zudem wahrscheinlich, dass ein paar Fragen verloren gehen, die kurz vor dem Regierungswechsel bzw. der Erweiterung des Bundestags nach der Wiedervereinigung gestellt wurden. Hintergrund ist, dass die *Every Single Word*-Daten das Veröffentlichungsdatum der schriftlichen Fragen in den Drucksachen enthalten, nicht aber das Datum, an dem die jeweilige Frage gestellt wurde. Da beide Daten aber eng zusammenliegen (vgl. 3.3), handelt es sich dabei nur um eine kleine Ungenauigkeit, die nur wenige Fragen betreffen dürfte.

öffentlich-einsehbaren Quellen (vgl. Bergmann et al., 2018b, S. 19; Deutscher Bundestag, k. D. d; Göbel & Munzert, 2021, S. 3f.), sodass das Risiko einer falschen Geschlechtszuordnung minimiert ist.

| Legis- latur- periode | Gespro- chene Wörter | Schrift- liche Fragen | Beifall | Zu- stim- mung | Hei- ter- keit | Wider- spruch | Lachen | Unru- -he |
|-----------------------------|----------------------------|-----------------------------|---------|----------------------|----------------------|------------------|--------|--------------|
| 8 | 6332035 | 6142 | 28007 | 2260 | 502 | 318 | 818 | - |
| 9 | 2857800 ¹⁴ | 7695 | 14853 | 1208 | 253 | 132 | 329 | 2 |
| 10 | 7888270 | 15797 | 49912 | 3734 | 687 | 838 | 1518 | 5 |
| 11 | 7898015 | 15020 | 45560 | 2723 | 580 | 923 | 1039 | 7 |
| 12 | 9117933 | 16599 | 67839 | 1031 | 635 | 1199 | 811 | 4 |
| 13 | 9538853 | 14874 | 94244 | 717 | 953 | 1985 | 1795 | 3 |
| 14 | 10368791 | 11807 | 113685 | 270 | 946 | 1862 | 2387 | 2 |
| 15 | 6990669 | 10729 | 74317 | 62 | 617 | 1059 | 1334 | 3 |
| 16 | 11017359 | 12167 | 107353 | 78 | 1044 | 1149 | 976 | - |
| 17 | 14771667 | 17922 | 137982 | 43 | 1392 | 1580 | 2461 | - |
| 18 | 10993038 | 12956 | 115075 | 34 | 1396 | 797 | 823 | - |
| 19 | 11901835 | - | 151999 | 26 | 1938 | 1185 | 2809 | - |
| Total | 109676265 | 141708 | 1000826 | 12186 | 10943 | 13027 | 17100 | 26 |

Tabelle 2: Anzahl der gesprochenen Wörter, schriftlichen Fragen und Reaktionen.

Anmerkung: Der Statistik liegen jeweils die Datensätze zugrunde, die für die Regressionsanalysen benutzt wurden. Im Unterschied zu den etwas umfangreicheren Datensätzen für die Deskriptivanalysen sind Aktivitäten von fraktionslosen Abgeordneten darin nicht enthalten.

Datengrundlage: Remschel & Kroeber, 2020b; Richter et al., 2020.

Zur Überprüfung meiner Hypothesen H1-H3 wird zudem eine Reihe von Kontrollvariablen berücksichtigt. Zentral ist dabei erstens die jeweilige Fraktionszugehörigkeit, weil Fraktionen besonders in Bezug auf parlamentarische Reden eine wichtige Instanz darstellen (vgl. 3.1) und die ideologische Nähe bzw. Distanz zu anderen Fraktionen auch für das Ausmaß an erhaltenen negativen bzw. positiven Reaktionen relevant sein dürfte. Da H1c angenommene Geschlechterunterschiede zudem in Abhängigkeit von

¹⁴ Die vergleichsweise geringere Anzahl an gesprochenen Wörtern in dieser Legislaturperiode lässt sich mit der kürzeren Dauer des vorzeitig aufgelösten neunten Bundestags bzw. dem bereits beschriebenen Regierungswechsel erklären (vgl. Fußnote 11). So reicht mein Untersuchungszeitraum für diese Legislaturperiode von Anfang November 1980 bis Anfang Oktober 1982 (vgl. ebd.; Schindler, 1999, S. 1130), umfasst also knapp zwei Jahre anstelle der gewöhnlichen Länge einer Legislaturperiode von vier Jahren.

dem Grad an Konservatismus der jeweiligen Fraktion setzt, wird für das Testen von H1c auch ein Interaktionseffekt zwischen der Fraktion und dem Geschlecht der Abgeordneten berechnet sowie der Geschlechter-Effekt in separaten Regressionen für jede Fraktion ermittelt. Als konservative bzw. rechte Fraktionen können auf einer kulturellen Ebene, die die Einstellung zu Geschlechtergleichheit umschließt, dabei insbesondere die AfD und Union verstanden werden und zu einem geringeren Ausmaß auch die FDP, während Linke, Grüne und SPD in dieser Hinsicht eher als pluralistisch-progressiv eingeschätzt werden (Lewandowsky, Giebler & Wagner, 2016, S. 254; 261f.)

Zweitens kontrolliere ich die Zugehörigkeit zu einer Regierungs- bzw. Oppositionspartei, weil schriftliche Fragen vor allem als Informations- und Kontrollinstrument der Opposition gelten (vgl. 3.3) und Mitglieder der Opposition auch eine höhere Redepartizipation aufweisen als Mitglieder der Regierung (Bäck & Debus, 2019, S. 592; Murray, 2010, S. 113; Konak Unal, 2020, S. 14). Informationen dazu werden aus dem *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages* gewonnen (Redaktion Datenhandbuch, 2018, S. 2f.; Schindler, 1999, S. 1130ff.) und als Dummy-Variable auch bezüglich der Reaktionshypothese berücksichtigt, da etwa ein höheres Ausmaß an Negativität gegenüber dem Regierungslager vorstellbar ist.

Neben diesen Variablen auf Parteiebene beziehe ich auch das Alter der Abgeordneten und besondere parlamentarische Ämter kontrollierend mit ein, konkret: (Vize-)Fraktions- und (Vize-)Ausschussvorsitze sowie das Amt der parlamentarischen Geschäftsführer:in. Hintergrund ist, dass einige Studien darauf verweisen, dass erfahrene¹⁵ bzw. qua ihrer Ämter mächtigere Abgeordnete mehr und länger reden (Bäck & Debus, 2019, S. 585; 589; 592; Proksch & Slapin, 2014, S. 106f.; Vallejo Vera & Gómez Vidal, im Druck, S. 20f.; Wang, 2014, S. 370), jedoch weniger fragen (Murray, 2010, S. 111f.), was angesichts des größeren Prestiges und der größeren medialen Reichweite von Reden logisch erscheint (vgl. 3.1; 3.3.). Alter und Ämter bzw. der damit zusammenhängende niedrigere oder höhere Status der Abgeordneten beeinflussen zudem den Effekt, den Reaktionen wie Unterbrechungen auf Abgeordnete haben können (Vallejo Vera & Gómez Vidal, im Druck, S. 9). Folglich werden diese Kontrollvariablen zur Überprüfung von H1-H3 aus verschiedenen Quellen gewonnen (vgl. Bergmann et al., 2018a; Goebel & Munzert, 2021; Redaktion Datenhandbuch, 2021b, S. 8f.; 13f.; 16f.; 19f.; 23f.; 2021d, S. 24-31) bzw. manuell hinzugefügt. Um H1d zu testen, wird

¹⁵ In den zitierten Studien wird nicht für das Alter der Abgeordneten an sich, sondern ihr Dienstalter, d.h. ihre Parlamentserfahrung kontrolliert. Da es jedoch naheliegt ist, dass sich diese Variablen zu einem gewissen Grad überschneiden, d.h. etwa ältere Abgeordnete häufig auch dienstälter sind, und mir lediglich Informationen zum Alter der Abgeordneten vorliegen, berücksichtige ich in meiner Analyse diese Variable.

zudem ein Interaktionseffekt der Geschlechter- und Fraktionsvorsitzvariable geprüft, weil es sich bei diesem Amt um die mächtigste Position innerhalb einer Fraktion handelt.

Schließlich berücksichtige ich auch Unterschiede zwischen den verschiedenen Legislaturperioden sowie bezüglich H2 auch die Gesamtanzahl an gesprochenen Wörter pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode als Kontrollvariablen, da die Reaktionsanzahl auch von der jeweiligen Redelänge abhängen dürfte (Kathlene, 1994, S. 564).

Sämtliche unabhängigen bzw. kontrollierenden Variablen werden entsprechend der abhängigen Variablen pro Legislaturperiode angegeben und spiegeln – abgesehen von der Redelänge – den Stand zu Beginn der jeweiligen Legislaturperiode wider. Die dadurch potenziell nicht berücksichtigten Ämter- und Fraktionswechsel sind vergleichsweise selten¹⁶. Außerdem ist diese Operationalisierung nötig um zu garantieren, dass jede Observation nur einmal in die Regressionsanalyse einfließt und nicht beispielsweise die Anzahl an schriftlichen Fragen, die eine Abgeordnete in einer Legislaturperiode stellt, mehrfach gezählt wird, weil sie innerhalb der Legislaturperiode ihr Amt gewechselt hat.

Da es sich bei meinen abhängigen Variablen um Zähldaten handelt, die rechtsschief verteilt bzw. überdispers sind (vgl. *Abb. 1-4; Abb. 25-26* im Anhang; *Tab. 3*), stützt sich meine multivariate Analyse auf verschiedene negative Binomial-Regressionsmodelle (vgl. Tutz, 2010, S. 888f.). Die Anzahl der gesprochenen Wörter und gestellten schriftlichen Fragen kann zudem nie Null sein (vgl. *Tab. 3*), weil die verwendeten Datensätze nur Informationen über geschehene Partizipation enthalten, nicht über nicht geschehene Partizipation. Folglich liegt es nahe, Null-abgeschnittene negative Binomial-Regressionsen zu rechnen (Hilbe, 2007, S. 136), die sich im Falle der schriftlichen Fragen auch als am besten geeignetes Modell erwiesen haben¹⁷. Bei Redebeiträgen weist ein klassisches negatives Binomial-Modell dagegen eine beinahe identisch gute Anpassung an die Daten auf wie eine Null-abgeschnittene negative Binomial-Regression¹⁸ und führt zu fast identischen Schätzungen. Da ersteres zudem eine größere Kompatibilität mit einer Reihe von R-Paketen

¹⁶ Im *BT Vote*-Datensatz, aus dem ich meine Ämterinformationen für die achte bis 17. Legislaturperiode übernommen habe, machen die Ämter zu Beginn der Legislaturperiode 91 Prozent aller Ämter einer Legislaturperiode aus. Wechsel von einer Fraktion zu einer anderen innerhalb einer Legislaturperiode kommen noch seltener vor, konkret: nur einmal in meinem gesamten Untersuchungszeitraum (vgl. Redaktion Datenhandbuch, 2021a, S. 1-14) und Fraktionslose werden in meinen Regressionsanalysen aufgrund ihrer geringen Anzahl ohnehin nicht berücksichtigt.

¹⁷ Bei meiner Analyse der schriftlichen Fragen sind die Log Likelihood-Werte der Null-abgeschnittenen negativen Binomial-Regressionsen (1.-17. Legislaturperiode: -18498.72; 18. Legislaturperiode: -1127.311) stets größer als die Log Likelihood-Werte klassischer negativer Binomial-Regressionsen (1.-17. Legislaturperiode: -18664.88; 18. Legislaturperiode: -1137.349) und verweisen folglich auf eine bessere Anpassung an die Daten ersterer Modelle.

¹⁸ Der Log Likelihood-Wert der Null-abgeschnittenen negativen Binomial-Regression beträgt -75129.43 und ist somit nur um 0.06 größer als der Log Likelihood-Wert der klassischen negativen Binomial-Regressionsen, der -75129.49 beträgt.

aufweist, habe ich H1a-d mittels klassischer negativer Binomial-Regressionen überprüft, die auch zur Analyse der Anzahl an Reaktionen verwendet wurden. Zwar verweist insbesondere die Verteilung der negativen Reaktionen bzw. der Reaktionen Zustimmung, Heiterkeit, Widerspruch und Lachen auf viele Nullen in Daten (vgl. *Abb. 3; Abb. 26* im Anhang; *Tab. 3*), was eine möglicherweise bessere Anpassung an diese Daten beispielsweise mittels Zero-Inflated negativ Binomial-Modellen nahelegt (Hilbe, 2007, S. 111). Dennoch kann bezüglich dieser Reaktionen auch mittels klassischer negativer Binomial-Regressionen eine gute Anpassung an die Daten erzielt werden, wie eine Überprüfung mittels Rootogrammen (vgl. Kleiber & Zeilis, 2016) zeigt (vgl. *Abb. 27* im Anhang.)

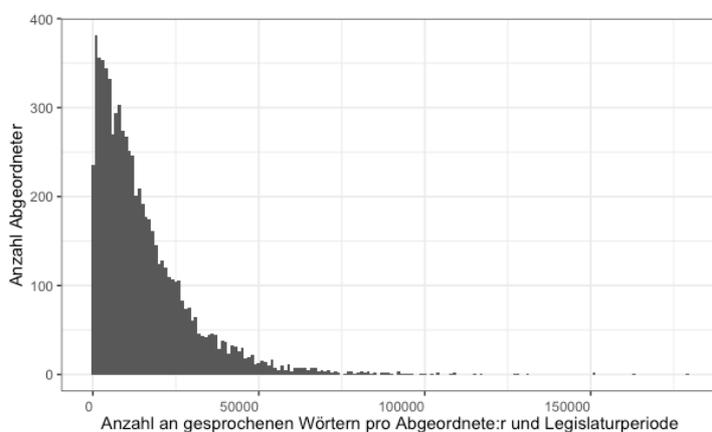


Abbildung 1: Anzahl gesprochener Wörtern pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode im achten bis 19. Deutschen Bundestag.
Anmerkung: Die Klassenbreite beträgt 1000.
Datengrundlage: Richter et al., 2020.

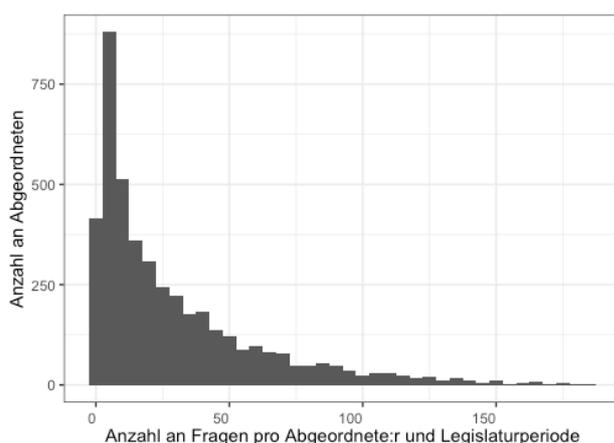


Abbildung 2: Anzahl gestellter schriftlicher Fragen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode im achten bis 17. Deutschen Bundestag.
Anmerkung: Die Klassenbreite beträgt 5.
Datengrundlage: Remschel & Kroeber, 2020b.

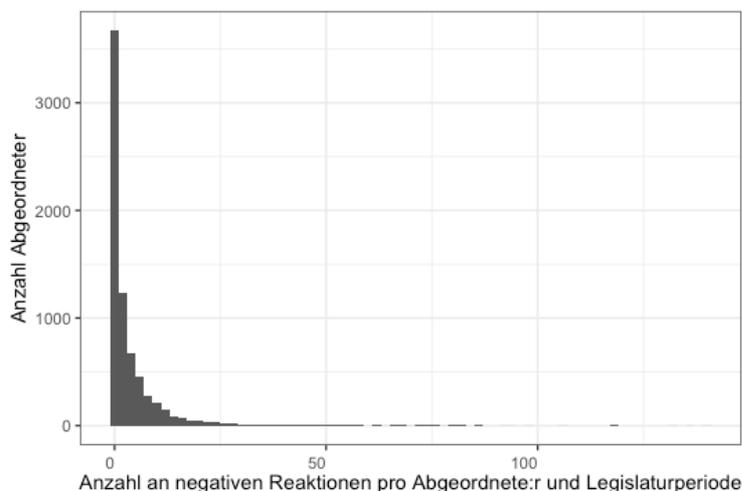


Abbildung 3: Anzahl an erhaltenen negativen Reaktionen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode im achten bis 19. Deutschen Bundestag.

Anmerkung: Die Klassenbreite beträgt zwei.

Datengrundlage: Richter et al., 2020.

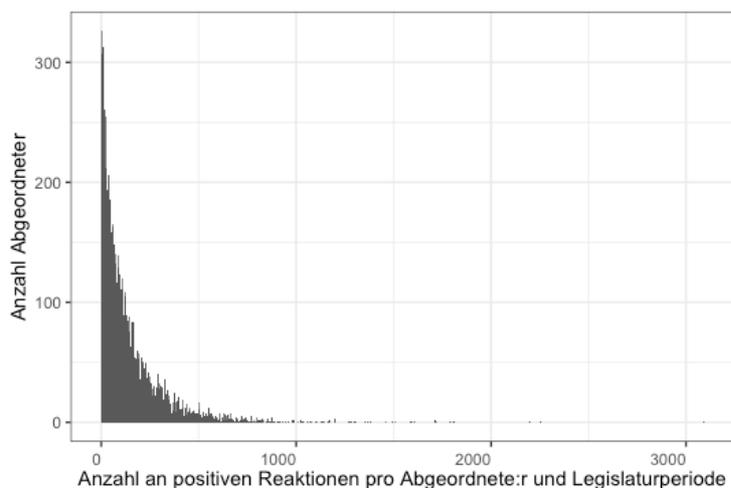


Abbildung 4: Anzahl an erhaltenen positiven Reaktionen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode im achten bis 19. Deutschen Bundestag.

Anmerkung: Die Klassenbreite beträgt fünf.

Datengrundlage: Richter et al., 2020.

| Abhängige Variable | N | MW | Std. Abw. | Min | 25.-Perz. | 75.-Perz. | Max |
|---------------------|------|------------|------------|-----|-----------|-----------|----------|
| Gesprochene Wörter | 7149 | 234902.111 | 464818.705 | 5 | 49978 | 273759 | 14350507 |
| Beifall | 7149 | 139.995 | 180.801 | 0 | 29 | 183 | 3064 |
| Zustimmung | 7149 | 1.705 | 4.215 | 0 | 0 | 1 | 61 |
| Heiterkeit | 7149 | 1.531 | 3.906 | 0 | 0 | 2 | 90 |
| Lachen | 7149 | 2.392 | 5.558 | 0 | 0 | 3 | 98 |
| Widerspruch | 7149 | 1.822 | 3.939 | 0 | 0 | 2 | 76 |
| Schriftliche Fragen | 4364 | 29.503 | 32.047 | 1 | 6 | 42 | 184 |

Tabelle 3: Deskriptive Statistik der abhängigen Variablen.

Datengrundlage: Remschel & Kroeber, 2020b; Richter et al., 2020.

Bevor ich die Ergebnisse dieser multivariaten Analysen im folgenden Kapitel präsentiere, werden jeweils die Ergebnisse der deskriptiven Analyse dargestellt. Grundlage dafür ist der Vergleich des Redeanteils von Frauen und Männern mit ihrem Sitzanteil (H1a-d), der Vergleich ihres Anteils an erhaltenen negativen bzw. positiven Reaktionen mit ihrem Redeanteil (H2) sowie der Vergleich ihres schriftlichen Frageanteils mit ihrem gewichteten Sitzanteil (H3). Letzterer wird als Vergleichsmaß benötigt, weil schriftliche Fragen überwiegend auf Oppositionsabgeordnete entfallen, jedoch nicht ausschließlich und je nach Legislaturperiode in unterschiedlich starkem Ausmaß (vgl. *Tab. 9* im Anhang). Folglich habe ich für jede Legislaturperiode den Frauenanteil in der Gruppe der Fragestellenden mithilfe folgender Gleichung berechnet: **Gewichteter Frauenanteil = Frauenanteil Opposition × Frageanteil Opposition + Frauenanteil Regierung × Frageanteil Regierung**. Analog wurde auch der gewichtete Männeranteil berechnet.

5. Ergebnisse

Nachfolgend werden die Hypothesen H1a-d (Kapitel 5.1), H2 (Kapitel 5.2) und H3 (Kapitel 5.3) jeweils zuerst mittels Deskriptiv- und anschließend mittels multivariater Regressionsanalysen geprüft.

5.1 Redebeiträge

In H1a habe ich im Anschluss an Bäck & Debus (2019) basierend auf der Rollenkongruenztheorie angenommen, dass weibliche Abgeordnete im Bundestag weniger reden als männliche. Die Gegenhypothese H1b ging angesichts der Relevanz der spezifischen Berufsrolle der Abgeordneten davon aus, dass weibliche Abgeordnete im Bundestag nicht weniger reden als männliche. Zudem wurde mit Blick auf Unterschiede der Fraktionen hinsichtlich Geschlechtergleichheit in H1c angenommen, dass weibliche Abgeordnete nur in konservativen Fraktionen weniger reden als männliche. Und in H1d habe ich aufgrund der erhöhten Inkongruenz der traditionellen weiblichen Geschlechterrolle mit politischen Führungspositionen erwartet, dass Frauen, die ihrer Fraktion vorsitzen, weniger reden als Männer in derselben Machtposition.

Deskriptive Ergebnisse

Hinsichtlich H1a und b verdeutlicht eine Deskriptivanalyse zunächst, dass Parlamentarier in jeder untersuchten Legislaturperiode deutlich mehr reden als Parlamentarierinnen, wie in *Abb. 5* von den dunkelroten im Vergleich zu den dunkelblauen Balken veranschaulicht. Setzt man den Anteil an Wörtern, die von weiblichen und männlichen Abgeordneten gesprochen werden, jedoch in Relation zu ihrem Sitzanteil in der jeweiligen Legislaturperiode, so zeigen die Abstände zwischen den dunkel- und hellblauen bzw. dunkel- und hellroten Balken in *Abb. 5* ein differenzierteres Bild: In sechs der zwölf untersuchten Legislaturperioden liegt der Redeanteil von Frauen unter ihrem Sitzanteil, wobei die Differenz von 0.1 Prozentpunkt bis zu zwei Prozentpunkten reicht. In den anderen sechs untersuchten Legislaturperioden reden Frauen im Bundestag relativ zu ihrem Sitzanteil jedoch mehr als Männer. Auch hier beträgt die Differenz zwischen Rede- und Sitzanteil im geringsten Fall nur 0.1 Prozentpunkte, im höchsten Fall 4.9 Prozentpunkte. Zusammengefasst stützen die deskriptiven Befunde also zunächst eher H1b als H1a: Differenziert nach der jeweiligen Legislaturperiode zeigen sich auf aggregierter Ebene keine Geschlechterunterschiede in der Redeaktivität, da es genauso viele Legislaturperioden gibt, in denen Frauen relativ zu ihrem Sitzanteil weniger reden als Männer wie umgekehrt.

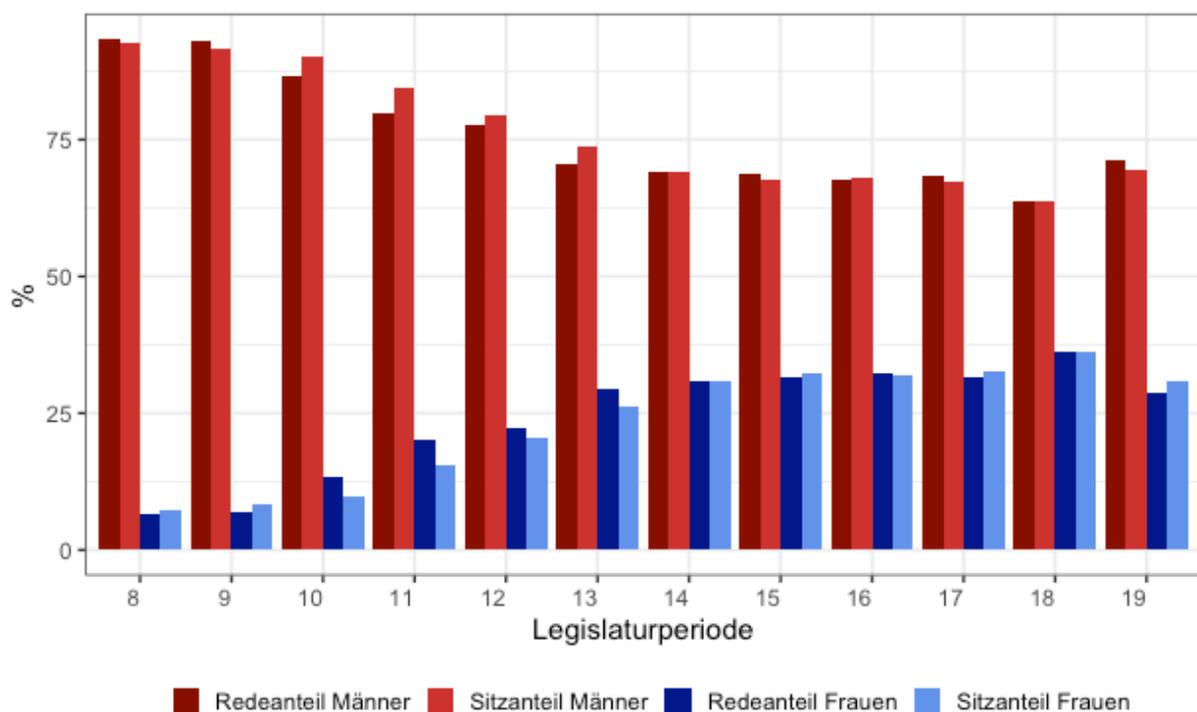


Abbildung 5: Rede- und Sitzanteile von männlichen und weiblichen Abgeordneten.
Datengrundlage: Bundeswahlleiter, 2018, S. 102f.; Richter et al., 2020.

Schlüsselt man dieses Muster weiter nach Fraktionen auf, so veranschaulichen *Abb. 7* und *8*, dass der Redeanteil der Grünen-Politikerinnen in sechs von zehn Legislaturperioden und jener der Linken-Politikerinnen in drei von sieben Legislaturperioden über 50 Prozent liegt, d.h. über jenem der Männer. In allen anderen Fraktionen liegt der Redeanteil der Männer dagegen in allen untersuchten Legislaturperioden über jenem der Frauen (vgl. *Abb. 6-8*), wie bereits für das Parlament insgesamt festgestellt. Passend zu H1c reden Frauen also absolut betrachtet in den beiden am weitesten links verorteten Fraktionen oftmals nicht weniger als Männer, was eng mit ihrem höheren Sitzanteil in diesen Fraktionen zusammen hängt. Relativ betrachtet zeigt sich dagegen ein anderes Muster: So reden weibliche Abgeordnete in der Mehrheit der Fraktionen in den meisten Zeiträumen weniger als ihrem Sitzanteil in der Fraktion entsprechen würde (vgl. ebd.). Konkret gibt es bei den Grünen nur eine, bei Union, SPD und Linken nur zwei Legislaturperioden, in denen Frauen überproportional viel reden, während sonst das Gegenteil der Fall ist (vgl. ebd.). Auch in der AfD liegt der Redeanteil der Frauen in ihrer bislang einzigen abgeschlossenen Legislaturperiode im Bundestag unter ihrem Sitzanteil (vgl. *Abb. 8*). Somit sprechen allein die FDP-Politikerinnen relativ zu ihren Sitzen in der Mehrheit der untersuchten Zeiträume mehr als die FDP-Politiker, konkret: in acht versus drei Legislaturperioden (vgl. *Abb. 7*).

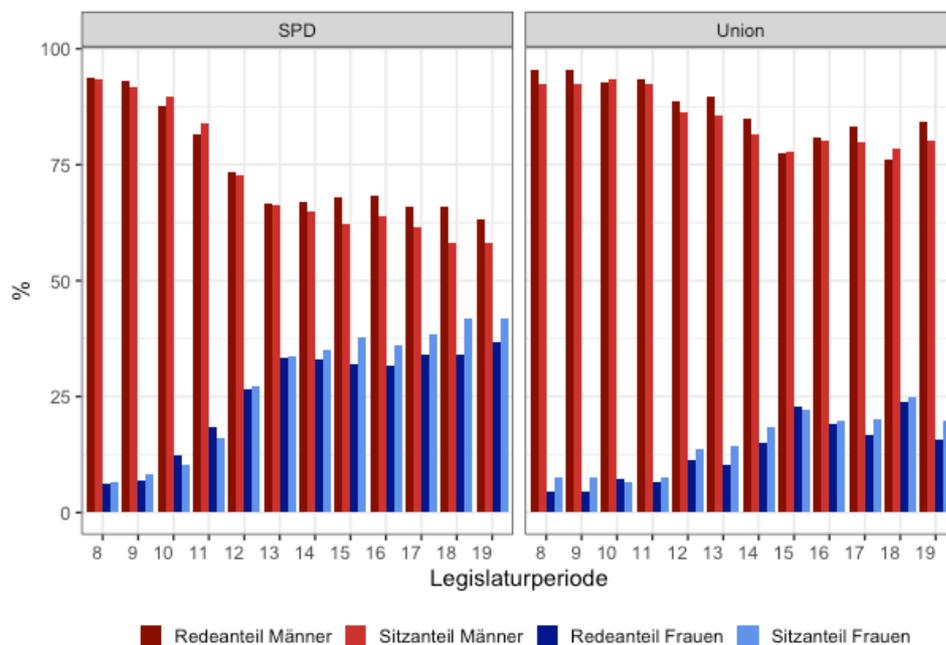


Abbildung 6: Rede- und Sitzanteile der männlichen und weiblichen SPD- und Unionsabgeordneten.

Datengrundlage: Bundeswahlleiter, 2018, S. 102f.; Richter et al., 2020.

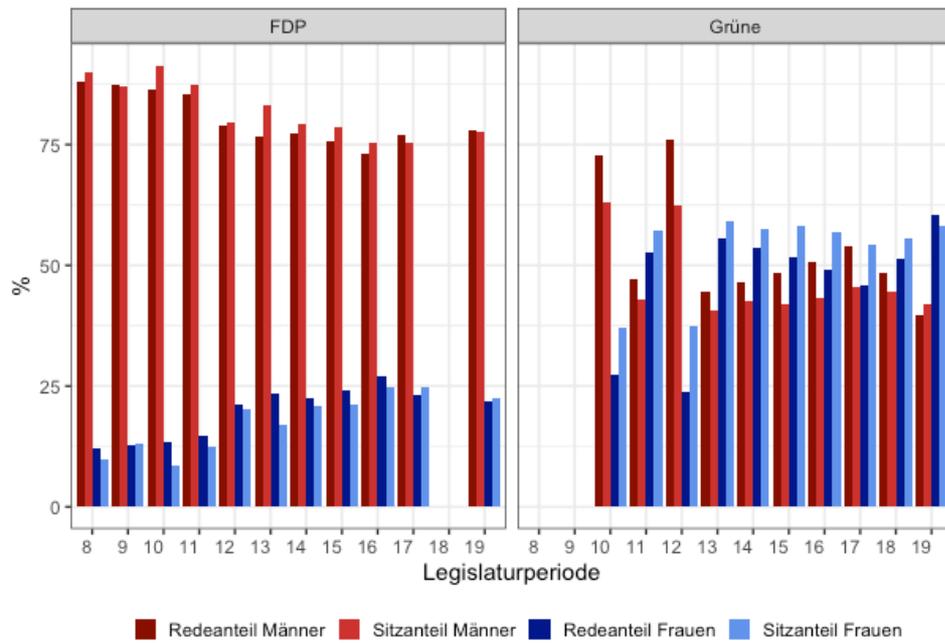


Abbildung 7: Rede- und Sitzanteile der männlichen und weiblichen FDP- und Grünen-Abgeordneten.

Anmerkung: Der hohe Unterschied im Redeanteil von männlichen und weiblichen Grünen-Abgeordneten in der zwölften Legislaturperiode ist nicht aussagekräftig, da die Angaben für diese Legislaturperiode nur auf elf Abgeordneten beruhen (vgl. Bundeswahlleiter, 2018, S. 102).

Datengrundlage: Bundeswahlleiter, 2018, S. 102f.; Richter et al., 2020.

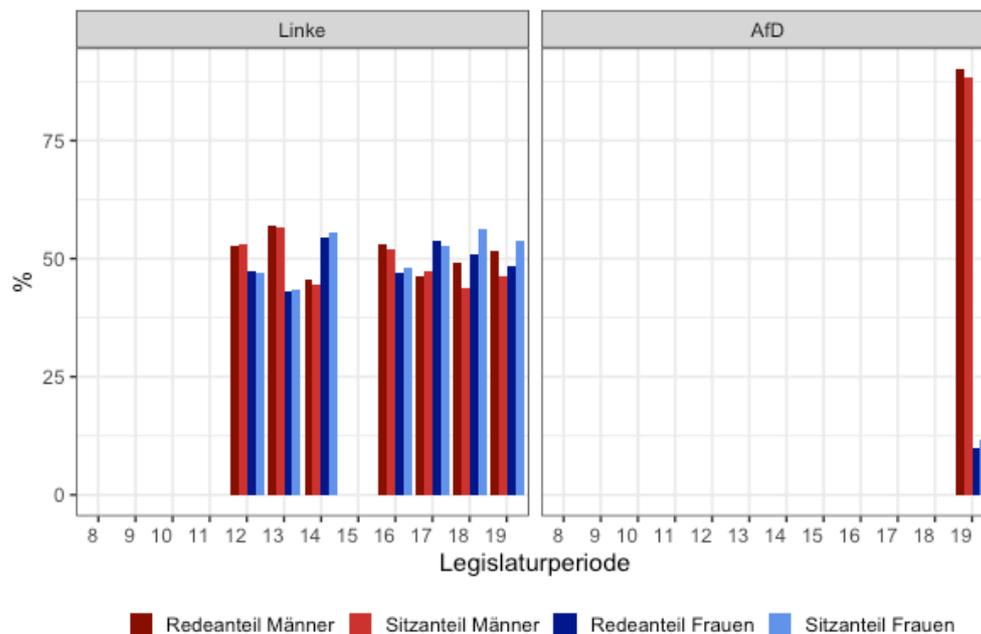


Abbildung 8: Rede- und Sitzanteile der männlichen und weiblichen Linken- und AfD-Abgeordneten.

Datengrundlage: Bundeswahlleiter, 2018, S. 102f.; Richter et al., 2020.

Insgesamt scheint der deskriptive Vergleich von Rede- und Sitzanteilen daher entgegen H1c darauf zu verweisen, dass Frauen nicht nur in konservativen, sondern mit Ausnahme der FDP in allen Fraktionen weniger reden als Männer.

Etwaige Unterschiede in der Redeaktivität männlicher und weiblicher Fraktionsvorsitzender werden anders als die allgemeinen und parteispezifischen Geschlechtermuster nicht für jede Legislaturperiode einzeln betrachtet. Grund dafür ist, dass die Anzahl der Fraktionsvorsitzenden gerade in den früheren Legislaturperiode häufig nur um die 30 beträgt bzw. jene weiblicher Fraktionsvorsitzender nur im einstelligen Bereich liegt (vgl. *Tab. 11* im Anhang)¹⁹, sodass die Datengrundlage sehr gering wäre. Folglich wird in *Abb. 9* der Redeanteil der Frauen bzw. Männer über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg mit dem entsprechenden Sitzanteil verglichen. Dabei zeigt sich im Einklang mit H1d, dass der Redeanteil weiblicher Fraktionsvorsitzender beinahe sechs Prozentpunkte unter ihrem Sitzanteil liegt und jener männlicher Fraktionsvorsitzender dementsprechend knapp sechs Punkte darüber. Auch männliche Abgeordnete ohne Fraktionsvorsitz sprechen mehr als weibliche, jedoch fällt die Differenz zwischen Rede- und Sitzanteil in dieser Gruppe deutlich niedriger aus²⁰ (vgl. ebd.).

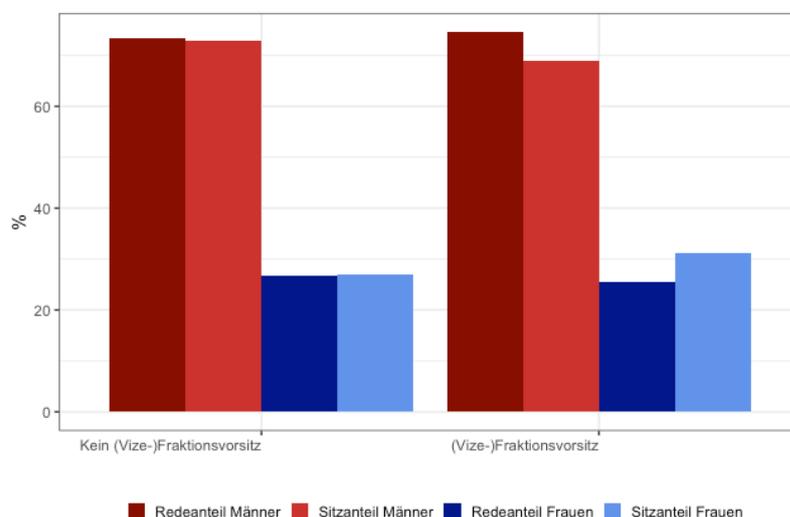


Abbildung 9: Rede- und Sitzanteile von männlichen und weiblichen Abgeordneten in unterschiedlicher Machtposition.

Datengrundlage: Richter et al., 2020.

¹⁹ Im Unterschied zum Sitzanteil im Parlament und in den Fraktionen wird der Sitzanteil für die Abgeordneten mit bzw. ohne Fraktionsvorsitz direkt auf Grundlage der *Open Discourse-Daten* berechnet, da dazu in anderen einschlägigen Quellen keine Zahlen vorliegen (vgl. Bundeswahlleiter, 2018; Redaktion Datenhandbuch, 2021b). Somit beinhaltet der Sitzanteil nur Abgeordnete, die mindestens ein Wort im Plenum sprechen, was aber zumindest in der für H1d zentralen Gruppe der Fraktionsvorsitzenden aufgrund ihrer herausgehobenen Funktion innerhalb der Partei auf alle zutreffen und somit nicht zu Verzerrungen führen dürfte.

²⁰ Da bei den Abgeordneten ohne (Vize-)Fraktionsvorsitz unklar ist, inwieweit der Sitzanteil von Frauen und Männern durch gar nicht redende Abgeordnete verzerrt ist, sollte dieser Befund nicht überbewertet und zunächst mittels multivariater Analysen überprüft werden.

Insgesamt deutet die deskriptive Analyse also insbesondere daraufhin, dass sich die Redepartizipation mächtiger Politikerinnen deutlich von der Redeaktivität mächtiger Politiker unterscheiden dürfte. Um dies sowie etwaige deskriptiv beschriebene Geschlechterunterschiede im Allgemeinen zu überprüfen, habe ich verschiedene multivariate Regressionen durchgeführt, die auf der Individualebene der einzelnen Abgeordneten angesiedelt sind und somit die Kontrolle weiterer Faktoren ermöglichen.

Multivariate Ergebnisse

In einem ersten negativen Binomial-Modell habe ich die Anzahl an gesprochenen Wörtern pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode auf das Geschlecht der Abgeordneten und die theoretisch relevanten Kontrollvariablen regressiert. Wie Modell 1 in *Tab. 4* bzw. *Abb. 10* verdeutlicht, zeigt sich, dass männliche Abgeordnete signifikant mehr im Bundestag reden als weibliche. Dieser Befund gilt unter Kontrolle der Ämter (Vize-)Fraktionsvorsitz, (Vize-)Ausschussvorsitz und (Vize-)Parlamentarische Geschäftsführung, des Alters und der Partei der Abgeordneten, der Zugehörigkeit zu einer Oppositions- oder Regierungspartei sowie der jeweiligen Legislaturperiode. Um beziffern zu können, wie viel höher die männliche Redeaktivität im Vergleich zur weiblichen ist, habe ich, wie zur Interpretation von negativen Binomial Regressionsmodellen üblich, die Regressionskoeffizienten in Modell 1 potenziert, d.h. zu *Incidence Rate Ratios* (IRR) umgewandelt (Hilbe, 2007, S. 109; 172). Mit Blick auf den Geschlechtereffekt zeigt sich so: Die erwartete Rate an gesprochenen Wörtern eines männlichen Abgeordneten pro Legislaturperiode entspricht 1.18-mal der Rate einer weiblichen Abgeordneten, ist also 18 Prozent höher als die einer Parlamentarierin, wenn alle anderen Variablen konstant gehalten werden²¹ (vgl. Modell 1 in *Tab. 4* und *Abb. 10*).

Die Verteilung der abhängigen Variablen zeigt allerdings, dass es einige wenige Abgeordnete gibt, die deutlich mehr reden als der Rest der Abgeordneten (vgl. *Abb. 1*). Um zu prüfen, ob es ohne diese Vielredner:innen auch Geschlechterunterschiede unter der Mehrheit der Abgeordneten gibt, repliziert Modell 1 (b) in *Tab. 4* bzw. *Abb. 10* das erste Modell ohne die Ausreißer. Konkret habe ich alle Abgeordneten von der Analyse ausgeschlossen, die in einer Legislaturperiode mehr als 43.880 gesprochen haben, weil dieser Wert das 95. Perzentil markiert und ich auf dieser Basis immer noch Schlüsse auf den Großteil der Abgeordneten ziehen kann. Dabei zeigt sich, dass sich der positive Effekt der

²¹ Für Beispiele zur Interpretation von potenzierten Koeffizienten bzw. *Incidence Rate Ratios* im Kontext von Negativ Binomial und Poisson Modellen, an denen ich mich für meine Analyse orientiert habe, vgl. z.B. Gelman & Hill, 2006, S. 111; Hilbe, 2007, S. 175f..

Geschlechtervariable „Mann“ zwar reduziert, wenn man die fünf Prozent Abgeordneten entfernt, die pro Legislaturperiode am meisten reden: Es wird dann nur noch geschätzt, dass ein männlicher Abgeordneter im Vergleich zu einer weiblichen Abgeordneten pro Legislaturperiode elf Prozent mehr Wörter vor dem Plenum spricht. Nichtsdestotrotz bleibt der Effekt positiv, d.h. größer als eins, und signifikant (vgl. ebd.).

Obwohl die deskriptive Analyse auf einem aggregierten Level zunächst nicht auf Unterschiede in der Redepartizipation von Männern versus Frauen hingewiesen hat, zeigt die multivariate Analyse auf der Individualebene also im Einklang mit H1a, dass eine weibliche Abgeordnete signifikant weniger redet als ein männlicher Abgeordneter. Da letztere Analyse auch für die Einflüsse anderer theoretisch relevanter Faktoren kontrolliert, gibt sie eine genauere Auskunft darüber, welche Muster tatsächlich mit dem Geschlecht der Abgeordneten zusammenhängen. Folglich kann H1b widerlegt werden, während H1a Unterstützung erhält.

| | Modell 1 | Modell 1 (b) | Modell 2 | Modell 2 (b) |
|--|-------------------|---------------------|-------------------|---------------------|
| Mann | 1.18*** (0.03) | 1.11*** (0.03) | 1.18*** (0.05) | 1.11** (0.04) |
| Union | 0.94* (0.02) | 0.94** (0.02) | 0.92 (0.05) | 0.90* (0.05) |
| FDP | 1.85*** (0.07) | 1.64*** (0.07) | 2.07*** (0.18) | 1.74*** (0.15) |
| Grüne | 1.87*** (0.08) | 1.59*** (0.07) | 1.85*** (0.12) | 1.62*** (0.11) |
| Linke | 1.61*** (0.09) | 1.46*** (0.08) | 1.63*** (0.12) | 1.44*** (0.11) |
| AfD | 1.13 (0.12) | 1.16 (0.12) | | |
| Oppositionspartei | 1.19*** (0.03) | 1.19*** (0.03) | 1.19*** (0.03) | 1.19*** (0.03) |
| (Vize-)Fraktionsvorsitz | 2.31*** (0.11) | 1.80*** (0.09) | 2.33*** (0.11) | 1.82*** (0.09) |
| (Vize-)Ausschussvorsitz | 1.01 (0.04) | 1.05 (0.04) | 1.01 (0.04) | 1.04 (0.04) |
| (Vize-)Parlamentarische Geschäftsführung | 1.00 (0.06) | 0.97 (0.06) | 1.01 (0.06) | 0.97 (0.06) |
| Alter | 0.99*** (0.00) | 0.99*** (0.00) | 0.99*** (0.00) | 0.99*** (0.00) |
| 9. LP | 0.45*** (0.03) | 0.53*** (0.03) | 0.45*** (0.03) | 0.53*** (0.03) |
| 10. LP | 1.05 (0.06) | 1.12* (0.06) | 1.05 (0.06) | 1.12* (0.06) |
| 11. LP | 1.15* (0.07) | 1.23*** (0.07) | 1.15* (0.07) | 1.24*** (0.07) |
| 12. LP | 1.06 (0.06) | 1.07 (0.06) | 1.06 (0.06) | 1.07 (0.06) |
| 13. LP | 1.06 (0.06) | 1.14* (0.06) | 1.06 (0.06) | 1.14* (0.06) |
| 14. LP | 1.14* (0.06) | 1.17** (0.06) | 1.14* (0.06) | 1.17** (0.06) |

| | Modell 1 | Modell 1 (b) | Modell 2 | Modell 2 (b) |
|----------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 15. LP | 0.91 (0.05) | 1.02 (0.06) | 0.91 (0.05) | 1.03 (0.06) |
| 16. LP | 1.34*** (0.07) | 1.44*** (0.08) | 1.34*** (0.07) | 1.44*** (0.08) |
| 17. LP | 1.72*** (0.09) | 1.68*** (0.09) | 1.72*** (0.09) | 1.68*** (0.09) |
| 18. LP | 1.43*** (0.08) | 1.56*** (0.09) | 1.43*** (0.08) | 1.57*** (0.09) |
| 19. LP | 1.32*** (0.07) | 1.45*** (0.08) | 1.32*** (0.07) | 1.46*** (0.08) |
| Mann*Union | | | 1.03 (0.06) | 1.04 (0.06) |
| Mann*FDP | | | 0.86 (0.08) | 0.93 (0.09) |
| Mann*Grüne | | | 1.02 (0.09) | 0.94 (0.09) |
| Mann*Linke | | | 0.96 (0.10) | 1.01 (0.11) |
| N | 7149 | 6791 | 7057 | 6704 |
| Log Likelihood | -75129.49 | -70404.58 | -74136.14 | -69478.10 |
| AIC | 150306.98 | 140857.16 | 148326.27 | 139010.19 |

Tabelle 4: Effekt des Geschlechts auf die Anzahl gesprochener Wörter pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode.

Anmerkung: Die negativen Binomial-Regressionskoeffizienten sind als *Incidence Rate Ratios* angegeben. Die Referenzkategorie bezieht sich auf die Anzahl an gesprochenen Wörtern einer SPD-Abgeordnete in der achten Legislaturperiode. Signifikanzniveau: *** $p < 0.001$; ** $p < 0.01$; * $p < 0.05$.

Datengrundlage: Bergmann et al., 2018a; Redaktion Datenhandbuch, 2018, S. 2f.; ebd., 2021b, S. 8f.; 13f.; 16f.; 19f.; 23f.; 2021d, S. 24-31; Richter et al., 2020; Schindler, 1999, S. 1134.

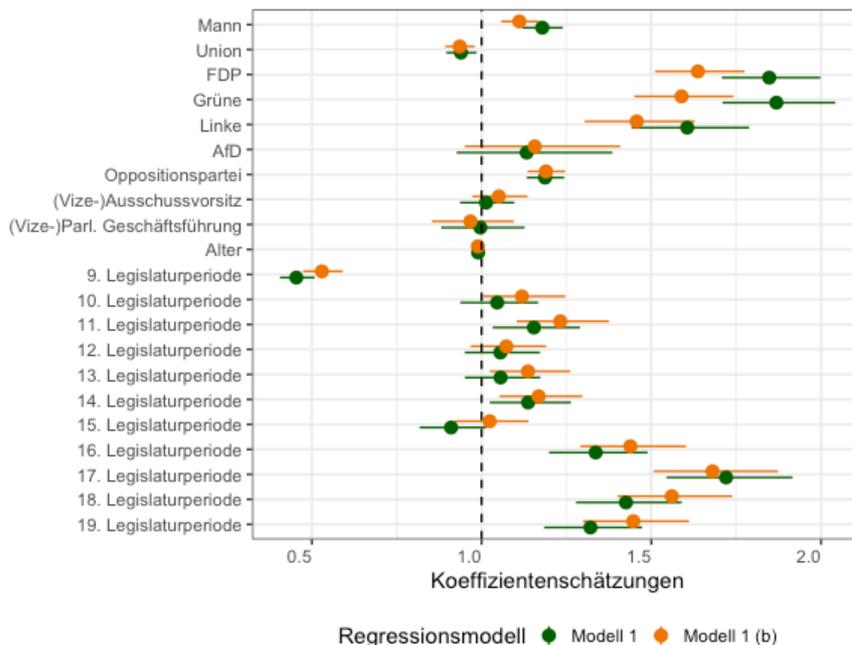


Abbildung 10: Geschätzter Effekt des Geschlechts und der Kontrollvariablen auf die Anzahl an gesprochenen Wörtern pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode.

Anmerkung: Koeffizientenschätzungen entsprechen den Modellen 1 und 1(b) in Tab. 3. Die Whiskers markieren die 95 Prozent-Konfidenzintervalle.

Doch reden weibliche Abgeordnete grundsätzlich weniger als männliche oder variiert dies möglicherweise je nach Fraktion? Um das in einer multivariaten Regression zu überprüfen, habe ich in Modell 2 und 2(b) zusätzlich zu den vorherigen Variablen auch den Interaktionseffekt der Geschlechter- und Fraktionsvariablen²² aufgenommen. Zur besseren Interpretation dieses Effekts bzw. aller untersuchten Konstellationen von Geschlecht und Fraktion sind in *Abb. 11* die marginalen Effekte der Interaktionsterme dargestellt. Dabei werden die diskreten Variablen nicht in ihren Referenzkategorien konstant gehalten, sondern in ihren Anteilen, damit sich die Aussagekraft der Abbildung nicht nur auf die Referenzkategorien beschränkt, d.h. zum Beispiel nicht nur auf die achte Legislaturperiode. Auf dieser Grundlage zeigt sich, dass die Punktschätzung der erwarteten Anzahl an gesprochenen Wörtern in allen Fraktionen für Männer höher liegt als für Frauen (vgl. ebd.). Die 95%-Konfidenzintervalle verweisen jedoch nur innerhalb der Union und SPD auf einen signifikanten Geschlechterunterschied. Zudem zeigen sie, dass Frauen und Männer in der FDP am nächsten zusammenliegen bzw. dass die höchste erwartete Redelänge nur in dieser Fraktion auf Frauen entfällt (vgl. ebd.). Dieser Befund passt zu den deskriptiven Ergebnissen und legt nahe, dass eine weitere separate Überprüfung des Geschlechtereffekts nach Fraktion sinnvoll ist.

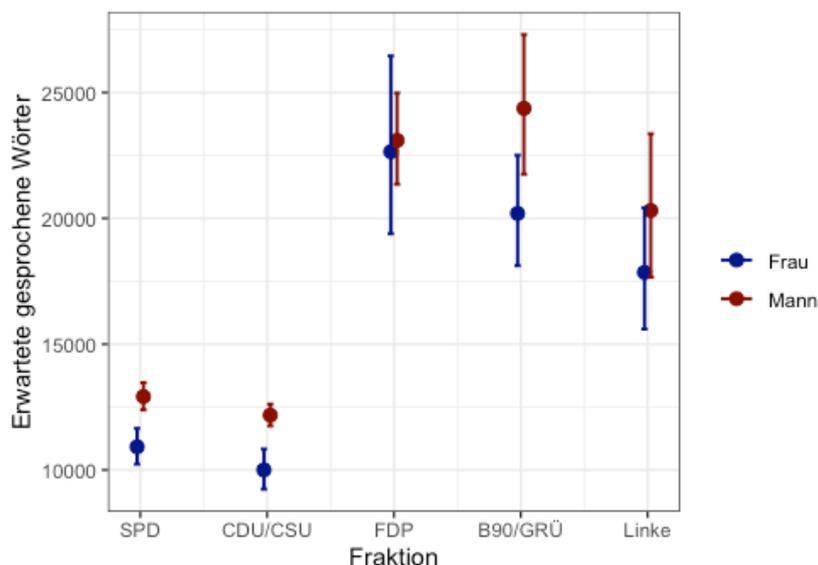


Abbildung 11: Erwartete Anzahl an gesprochenen Wörtern von männlichen und weiblichen Abgeordneten in den verschiedenen Fraktionen.

Anmerkung: Die Schätzungen basieren auf Modell 2 in *Tab. 4*, wobei die restlichen diskreten Variablen in ihren Anteilen – nicht Referenzkategorien – konstant gehalten werden. Die Whiskers markieren die 95 Prozent-Konfidenzintervalle.

²² Allein die AfD wird dabei nicht berücksichtigt, da sie nur in der 19. Legislaturperiode im Bundestag vertreten war und folglich nicht genug Observations vorliegen, um eine Interaktion von Geschlecht und Fraktion zu überprüfen. Das gilt insbesondere angesichts der geringen Anzahl an weiblichen Abgeordneten in der Fraktion, auf die nur zehn Observations entfallen.

Folglich habe ich die Daten nach Fraktion aufgeteilt und für jede Fraktion einzeln eine Regression nach dem Vorbild von Modell 1 gerechnet²³. Die Ergebnisse sind in *Tab 5* bzw. *Abb. 12* dargestellt und zeigen, dass Männer bei der Union, der SPD und den Grünen signifikant mehr sprechen, während der Geschlechtereffekt bei der FDP und der Linken nicht signifikant ist. Somit lässt sich erstens festhalten, dass es durchaus Fraktionsunterschiede gibt und Frauen nicht in allen Fraktionen signifikant weniger reden als Männer. Zweitens bestätigt die Analyse aber auch, worauf bereits die deskriptiven Befunde hingewiesen haben: H1c muss abgelehnt werden, da Männer nicht nur in konservativen Fraktionen wie der Union mehr als Frauen reden, sondern auch in weiter linksverorteten Fraktionen wie der SPD und den Grünen. Frauen dagegen reden in keiner Fraktion signifikant mehr als Männer, wenngleich der positive Effekt des weiblichen Geschlechts bei der FDP zumindest tendenziell in diese Richtung weist.

| | SPD | Union | FDP | B90/GRÜ | Linke |
|--|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Mann | 1.18*** (0.05) | 1.26*** (0.06) | 0.95 (0.08) | 1.16* (0.07) | 1.12 (0.08) |
| (Vize-)Fraktionsvorsitz | 2.53*** (0.21) | 2.95*** (0.25) | 1.68*** (0.18) | 1.40** (0.16) | 1.97*** (0.20) |
| (Vize-)Ausschussvorsitz | 1.06 (0.07) | 0.98 (0.06) | 1.08 (0.14) | 1.05 (0.12) | 0.90 (0.14) |
| (Vize-)Parlamentarische Geschäftsführung | 0.66*** (0.08) | 0.78* (0.10) | 1.28 (0.19) | 1.34* (0.16) | 1.11 (0.14) |
| Alter | 0.99** (0.00) | 0.98*** (0.00) | 0.99** (0.00) | 1.00 (0.00) | 0.99** (0.00) |
| 9. LP | 0.48*** (0.04) | 0.44*** (0.04) | 0.37*** (0.06) | | |
| 10. LP | 1.39*** (0.12) | 0.80** (0.07) | 1.21 (0.23) | | |
| 11. LP | 1.48*** (0.13) | 0.94 (0.08) | 0.96 (0.17) | 1.25 (0.17) | |
| 12. LP | 1.38*** (0.12) | 0.82* (0.07) | 0.62** (0.10) | 3.37*** (0.88) | |
| 13. LP | 1.34*** (0.11) | 0.83* (0.07) | 0.87 (0.15) | 1.22 (0.16) | 0.67* (0.13) |
| 14. LP | 0.98 (0.08) | 1.29** (0.11) | 0.97 (0.17) | 1.48** (0.20) | 0.61** (0.11) |
| 15. LP | 0.88 (0.08) | 1.05 (0.09) | 0.57** (0.10) | 0.82 (0.11) | |
| 16. LP | 1.41*** (0.12) | 1.24* (0.11) | 0.91 (0.15) | 1.33* (0.18) | 0.62** (0.11) |

²³ Im Vergleich zu Modell 1 wurde lediglich die Kontrollvariable für die Zugehörigkeit zu einer Oppositions- bzw. Regierungspartei weggelassen, da diese auf der Ebene der Fraktionen kollinear ist mit der Variable für die jeweilige Legislaturperiode. Die Regressionsmodelle für die unterschiedlichen Fraktionen weisen dabei allesamt einen besseren Log Likelihood-Wert auf, d.h. sind besser an die Daten angepasst, wenn man die Legislaturperiode berücksichtigt und nicht die Zugehörigkeit zu einer Oppositions- bzw. Regierungspartei. Aufgrund der geringen für sie vorliegenden Datenlage wurde die AfD erneut von der Analyse ausgeschlossen.

| | SPD | Union | FDP | B90/GRÜ | Linke |
|----------------|-------------------|-------------------|-------------------|------------------|-------------------|
| 17. LP | 2.48*** (0.24) | 1.81*** (0.15) | 0.73* (0.11) | 1.29* (0.16) | 0.64** (0.11) |
| 18. LP | 1.48*** (0.13) | 1.30** (0.10) | | 1.43** (0.18) | 0.64* (0.11) |
| 19. LP | 1.69*** (0.16) | 1.44*** (0.12) | 0.55*** (0.09) | 0.90 (0.11) | 0.42*** (0.07) |
| <i>N</i> | 2533 | 3013 | 634 | 525 | 352 |
| Log Likelihood | -26200.76 | -31060.36 | -6956.11 | -5797.10 | -3870.59 |
| AIC | 52437.51 | 62156.73 | 13946.22 | 11626.20 | 7767.19 |

Tabelle 5: Effekt des Geschlechts nach Fraktionen auf die Anzahl gesprochener Wörter pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode.

Anmerkung: Die negativen Binomial-Regressionskoeffizienten sind als *Incidence Rate Ratios* angegeben. Die Referenzkategorie bezieht sich auf die Anzahl an gesprochenen Wörtern einer Abgeordneten der jeweiligen Fraktion in der achten Legislaturperiode. Signifikanzniveau: *** $p < 0.001$; ** $p < 0.01$; * $p < 0.05$.

Datengrundlage: Bergmann et al., 2018a; Redaktion Datenhandbuch, 2021b, S. 8f.; 13f.; 16f.; 19f.; 23f.; 2021d, S. 24-31; Richter et al., 2020.

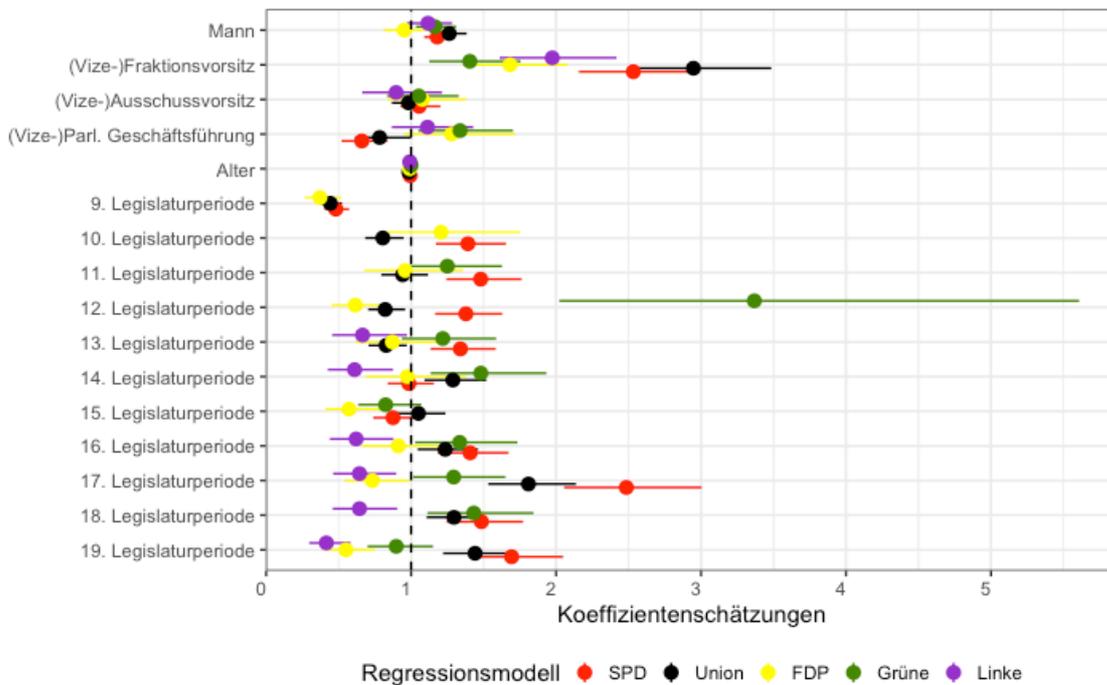


Abbildung 12: Geschätzter Effekt des Geschlechts und der Kontrollvariablen auf die Anzahl an gesprochenen Wörtern pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode.

Koeffizientenschätzungen entsprechen den Modellen in *Tab. 5*. Die Whiskers markieren die 95 Prozent-Konfidenzintervalle.

Mit Blick auf etwaige Unterschiede in der Redeaktivität von männlichen und weiblichen Abgeordneten in Machtpositionen habe ich in Modell 3 in *Tab. 6* zudem den Interaktionseffekt des Geschlechts und des Amtes der (Vize-)Fraktionsvorsitzenden aufgenommen. Dabei habe ich die gleichen Kontrollvariablen wie im Ausgangsmodell 1 berücksichtigt. Auf dieser Grundlage zeigt sich, dass männliche Fraktionsvorsitzende signifikant mehr reden als weibliche (vgl. ebd.). Dieser Interaktionseffekt zwischen dem

Geschlecht und einem (Vize-)Fraktionsvorsitz verliert zwar etwas an Stärke und Signifikanz, wenn die fünf Prozent am meisten redenden Abgeordneten in Modell 3 (b) *Tab. 6* ausgeschlossen werden. Er verweist aber nach wie vor auf einen signifikanten Unterschied in der Redepartizipation von Männern und Frauen, die eine Führungsposition in ihrer Fraktion haben. Wie groß dieser Unterschied ist, veranschaulicht *Abb. 13*, die auf Modell 3 basiert und somit alle Abgeordneten umfasst: Während die erwartete Redelänge für männliche Fraktionsvorsitzende beinahe 35.000 gesprochene Wörter pro Legislaturperiode beträgt, liegt jene weiblicher Fraktionsvorsitzender mehr als 10.000 Wörter darunter bei etwas mehr als 20.000 Wörtern pro Legislaturperiode. Abgeordnete ohne (Vize-)Fraktionsvorsitz reden verglichen damit deutlich weniger. Auch bei ihnen liegt die erwartete Redelänge der Politiker signifikant über jener der Politikerinnen, wenngleich der Unterschied hier geringer ausfällt als zwischen männlichen und weiblichen Fraktionsvorsitzenden (vgl. ebd.). Wie sich bereits deskriptiv abgezeichnet hat, kann H1d also angenommen werden: Auch bzw. gerade bei mächtigen Politiker:innen schlägt sich eine höhere männliche Redepartizipation in Geschlechterunterschieden nieder.

| | Modell 3 | Model 3 (b) |
|--|-------------------|--------------------|
| Mann | 1.15*** (0.03) | 1.10*** (0.03) |
| (Vize-)Fraktionsvorsitz | 1.74*** (0.15) | 1.45*** (0.13) |
| Union | 0.94* (0.02) | 0.94** (0.02) |
| FDP | 1.84*** (0.07) | 1.64*** (0.07) |
| Grüne | 1.87*** (0.08) | 1.59*** (0.07) |
| Linke | 1.62*** (0.09) | 1.47*** (0.08) |
| AfD | 1.14 (0.12) | 1.16 (0.12) |
| Oppositionspartei | 1.19*** (0.03) | 1.19*** (0.03) |
| (Vize-)Ausschussvorsitz | 1.01 (0.04) | 1.05 (0.04) |
| (Vize-)Parlamentarische Geschäftsführung | 0.99 (0.06) | 0.97 (0.06) |
| Alter | 0.99*** (0.00) | 0.99*** (0.00) |
| 9. LP | 0.45*** (0.03) | 0.53*** (0.03) |
| 10. LP | 1.05 (0.06) | 1.12* (0.06) |
| 11. LP | 1.16* (0.07) | 1.23*** (0.07) |

| | Modell 3 | Model 3 (b) |
|------------------------------|-------------------|-------------------|
| 12. LP | 1.06 (0.06) | 1.07 (0.06) |
| 13. LP | 1.05 (0.06) | 1.13* (0.06) |
| 14. LP | 1.14* (0.06) | 1.17** (0.06) |
| 15. LP | 0.91 (0.05) | 1.02 (0.06) |
| 16. LP | 1.34*** (0.07) | 1.44*** (0.08) |
| 17. LP | 1.72*** (0.09) | 1.67*** (0.09) |
| 18. LP | 1.43*** (0.08) | 1.56*** (0.09) |
| 19. LP | 1.32*** (0.07) | 1.45*** (0.08) |
| Mann*(Vize-)Fraktionsvorsitz | 1.47*** (0.15) | 1.35** (0.15) |
| N | 7149 | 6791 |
| Log Likelihood | -75122.40 | -70400.78 |
| AIC | 150294.80 | 140851.55 |

Tabelle 6: Interaktionseffekt des Geschlechts und eines potentiellen (Vize-)Fraktionsvorsitzes auf die Anzahl gesprochener Wörter pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode.

Anmerkung: Die negativen Binomial-Regressionskoeffizienten sind als *Incidence Rate Ratios* angegeben. Die Referenzkategorie bezieht sich auf die Anzahl an gesprochenen Wörtern einer SPD-Abgeordneten in der achten Legislaturperiode. Signifikanzniveau: *** $p < 0.001$; ** $p < 0.01$; * $p < 0.05$.

Datengrundlage: Bergmann et al., 2018a; Redaktion Datenhandbuch, 2018, S. 2f.; ebd., 2021b, S. 8f.; 13f.; 16f.; 19f.; 23f.; 2021d, S. 24-31; Richter et al., 2020; Schindler, 1999, S. 1134.

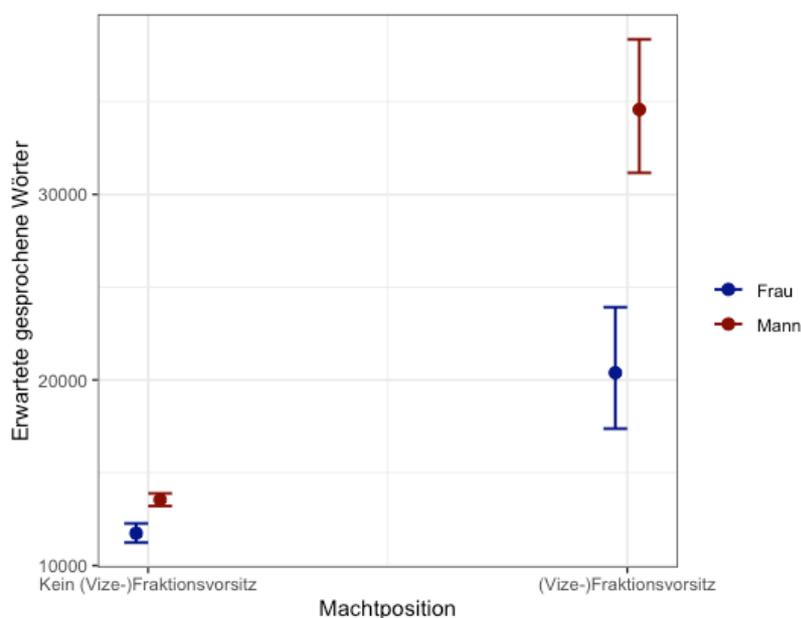


Abbildung 13: Erwartete Anzahl an gesprochenen Wörtern von männlichen und weiblichen Abgeordneten in unterschiedlicher Machtposition.

Anmerkung: Die Schätzungen basieren auf Modell 3 in Tab. 6, wobei die restlichen diskreten Variablen des Modells in ihren Anteilen – nicht Referenzkategorien – konstant gehalten werden. Die Whiskers markieren die 95 Prozent-Konfidenzintervalle.

Im Hinblick auf die Kontrollvariablen zeigen die Regressionsmodelle in *Tab. 4* und *6* erstens, dass Abgeordnete aus Oppositionsparteien signifikant mehr reden als solche aus Regierungsparteien. Das kann möglicherweise dadurch erklärt werden, dass Regierungsmitglieder mehr reden als andere Abgeordnete, so dass die restlichen Abgeordneten der Regierungsparteien schlechtere Chancen auf Redezeit haben (Bäck & Debus, 2019, S. 592). Auch das Alter der Abgeordneten verweist auf einen signifikanten, jedoch entgegen der Erwartungen negativen Einfluss, d.h. eine geringere Redeaktivität mit steigendem Alter. Mit Blick auf die Parteien lässt sich festhalten, dass Abgeordnete aus der Union weniger reden als jene aus der SPD, FDP-, Grünen- und Linken-Politiker:innen sprechen dagegen mehr als SPD-Politiker:innen. Hinsichtlich der Legislaturperioden lässt sich schließlich festhalten, dass die Redeaktivität im neunten Bundestag geringer ist als im achten, im elften und 14. bzw. insbesondere im 16. bis 19. Bundestag dagegen höher. In allen Modellen, in denen die Top fünf Prozent Vielredner:innen ausgeschlossen sind, werden zusätzlich dazu auch im zehnten und 13. Bundestag signifikant mehr Wörter gesprochen als im achten.

5.2 Reaktionen anderer Abgeordneter auf Redebeiträge

In H2 habe ich angenommen, dass auf weibliche Abgeordnete häufiger negativer reagiert wird als auf männliche, wenn sie im Bundestag reden, da rolleninkongruentes Verhalten tendenziell negative Reaktionen hervorruft.

Deskriptive Ergebnisse

Betrachtet man die deskriptive Verteilung der Reaktionen gebündelt in negativ und positiv, so zeigt *Abb. 14* entgegen H2: In jeder der untersuchten Legislaturperiode entfallen sowohl absolut betrachtet als auch relativ zu ihrem Redeanteil weniger negative Reaktionen, d.h. „Unruhe“, „Widerspruch“ und höhnisches „Lachen“, auf weibliche Abgeordnete als auf männliche. Dabei beträgt die Differenz zwischen dem weiblichen Rede- und Reaktionsanteil meist mehrere Prozentpunkte, in drei Legislaturperioden sogar über zehn Prozentpunkte (vgl. ebd.). Bei den positiven Reaktionen weichen Rede- und Reaktionsanteil hingegen in den meisten Legislaturperioden nur wenig voneinander ab; ihre Differenz fällt lediglich in der 18. und 19. Legislaturperiode mit 2.9 bzw. 6.7 Prozentpunkten etwas höher aus (vgl. *Abb. 15*). Inhaltlich zeigt sich jedoch auch hier, passend zu den erstgenannten Befunden, dass in den meisten Legislaturperioden überproportional viele positive Reaktionen auf Redebeiträge von

weiblichen Abgeordneten entfallen. Ausgenommen davon sind nur die zwölfte und 16. Legislaturperiode, in denen es verglichen mit den jeweiligen Redeanteilen etwas mehr positive Reaktionen auf Äußerungen von männlichen Abgeordneten gibt (vgl. ebd.).

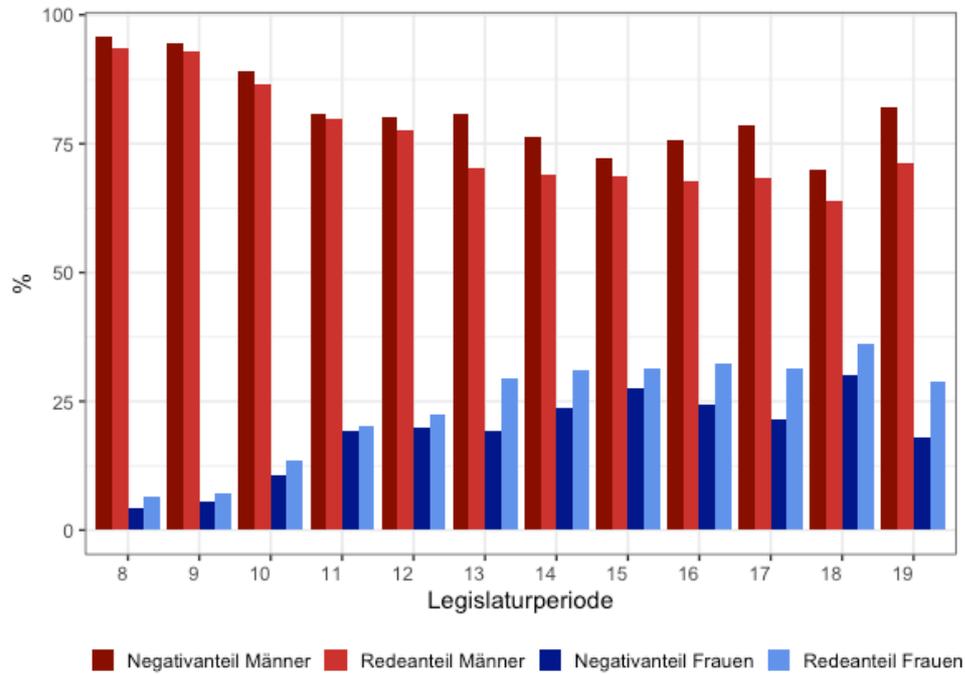


Abbildung 14: Anteile an erhaltenen negativen Reaktionen und Redeanteile von männlichen und weiblichen Abgeordneten.
 Datengrundlage: Richter et al., 2020.

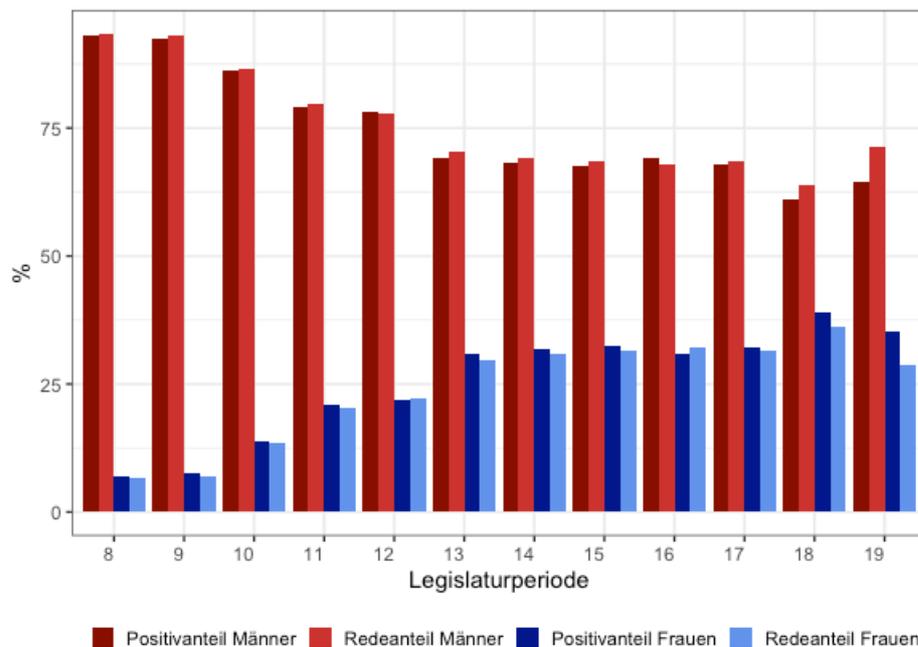


Abbildung 15: Anteile an erhaltenen positiven Reaktionen und Redeanteile von männlichen und weiblichen Abgeordneten.
 Datengrundlage: Richter et al., 2020.

Wie aber kommt dieses Muster zustande? Zeigt es sich bei jeder einzelnen der untersuchten positiven und negativen Reaktionsarten oder wird es durch bestimmte besonders geprägt? Um das zu beantworten, wird für jede Reaktionsart pro Legislaturperiode betrachtet, ob sie überproportional auf Redebeiträge von Männern oder Frauen entfällt. Dabei zeigt sich, dass „Beifall“ die einzige und somit auch einzig positive Reaktionsart ist, die bei Frauen in den meisten Legislaturperioden relativ zu ihrem Redeanteil häufiger auftritt als bei Männern. Nur in der zwölften und 16. Legislaturperiode ist das nicht der Fall, wobei die Differenz zwischen dem Anteil des Beifalls und dem Redeanteil hier genau wie in den meisten anderen Zeiträumen mit Ausnahme der 18. und 19. Legislaturperiode eher gering ausfällt (vgl. *Abb. 16*). Diese Beschreibung gleicht jener der positiven Reaktionen, da deren Verteilung maßgeblich von der am häufigsten auftretenden Reaktionsart des Beifalls geprägt wird (vgl. *Tab 2*).

Die positive Reaktionsart der Zustimmung erfahren Frauen hingegen nicht häufiger in überproportionalem Ausmaß als Männer, sondern genauso oft: Ihr Anteil liegt in sechs Legislaturperioden über dem Redeanteil von Parlamentarierinnen, in den anderen sechs darunter (vgl. *Abb. 16*). Dabei fällt die Differenz sowohl in die eine als auch die andere Richtung mitunter zweistellig aus. Die Aussagekraft des Anteils an Zustimmung ist jedoch dadurch beschränkt, dass er ab der 15. Legislaturperiode nur auf einer zweistelligen Anzahl an Zustimmungsvermerken beruht (vgl. *Tab 2*).

Die dritte positive Reaktion „Heiterkeit“ tritt bei Frauen verglichen mit ihrem Redeanteil unterproportional auf, wie *Abb. 17* zeigt. Sie sticht dabei besonders hervor, da sie als einzige Reaktionsart in jeder einzelnen der untersuchten Legislaturperioden häufiger bei Äußerungen von Männern auftritt bzw. seltener bei jenen von Frauen. Das gilt umso mehr, als die Differenz zwischen dem Redeanteil von Männern bzw. Frauen und dem Anteil der auf sie jeweils entfallenden Heiterkeit höher ausfällt als bei allen anderen Reaktionen, konkret beträgt sie bis zu 15 Prozentpunkte und liegt häufig im zweistelligen Bereich (vgl. *ebd.*).

Abb. 17 illustriert zudem, dass auch das negativ konnotierte höhnische „Lachen“ mit Ausnahme einer Legislaturperiode seltener als Reaktion auf weibliche Abgeordnete auftritt; auch hier liegt die Differenz zwischen Rede- und Lachanteil mehrfach im zweistelligen Bereich. Redebeiträge weiblicher Abgeordneter werden also grundsätzlich von weniger Lachen begleitet, wobei der Anteil positiv konnotierter Heiterkeitsbekundungen in jeder Legislaturperiode noch einmal niedriger ausfällt als der Anteil des negativen Lachens (vgl. *ebd.*).

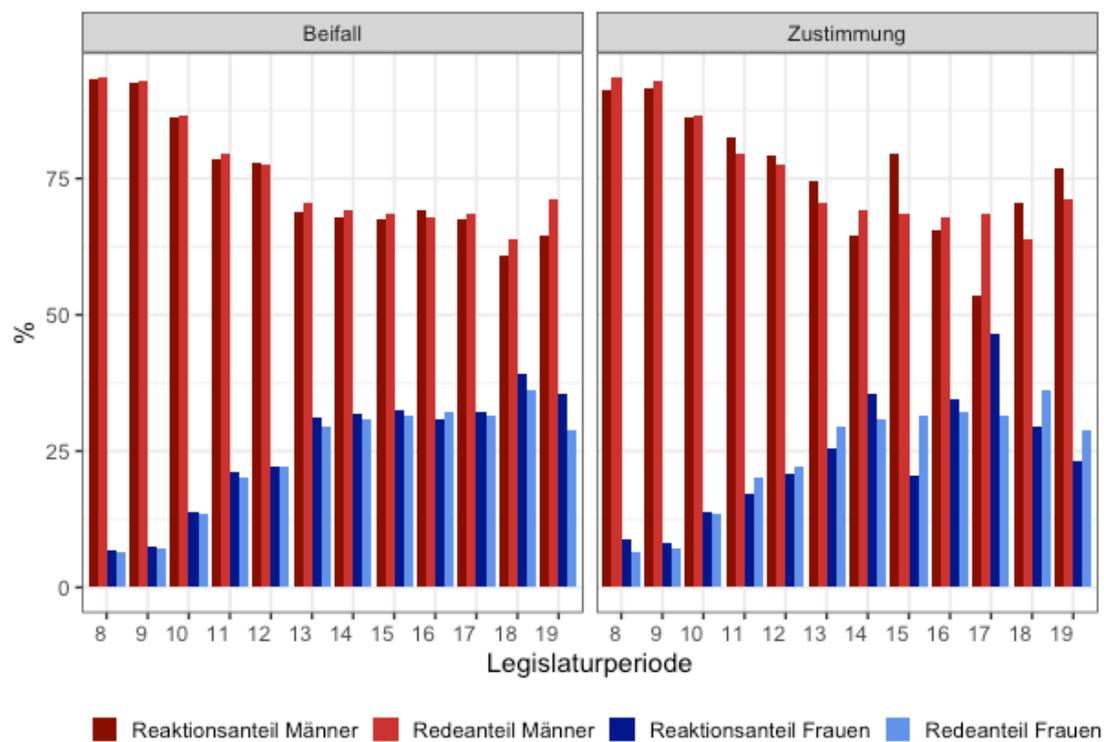


Abbildung 16: Anteile an erhaltenem Beifall bzw. Zustimmung und Redeanteile von männlichen und weiblichen Abgeordneten.
 Datengrundlage: Richter et al., 2020.

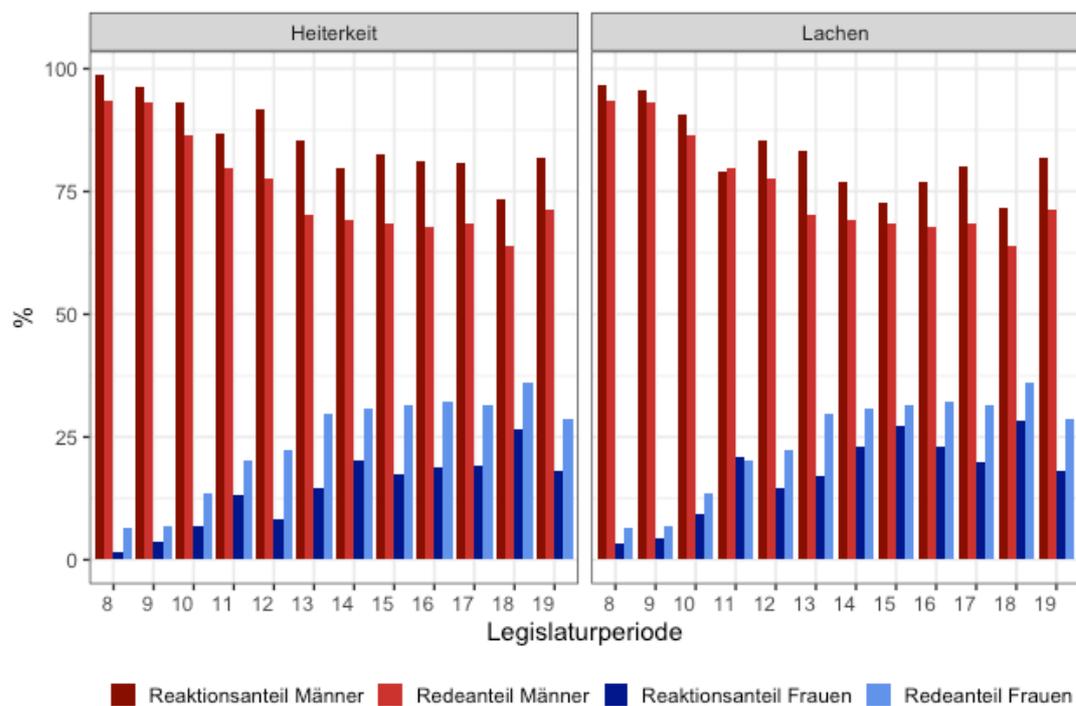


Abbildung 17: Anteile an erhaltener Heiterkeit bzw. erhaltenem Lachen und Redeanteile von männlichen und weiblichen Abgeordneten.
 Datengrundlage: Richter et al., 2020.

Bezüglich der anderen negativen Reaktion²⁴, „Widerspruch“, lässt sich festhalten, dass auch sie in der Mehrzahl der untersuchten Legislaturperioden, konkret in neun, überproportional bei Männern auftaucht (vgl. *Abb. 18*). Die Differenz zwischen Rede- und Widerspruchsanteil ist dabei nicht unerheblich, da sie in den meisten Fällen mehr als drei Prozentpunkte bzw. bis zu gut 11 Prozentpunkte in der 19. Legislaturperiode beträgt (vgl. ebd.).

Zusammengefasst suggeriert die deskriptive Analyse also entgegen H2, dass auf Frauen durchweg weniger negativ reagiert wird als auf Männer sowie meistens auch stärker positiv, wobei letzteres nicht reaktionsartenübergreifend gilt und nur in geringerem Ausmaß. Nachfolgend sollen diese Muster mittels multivariater Regressionen überprüft werden.

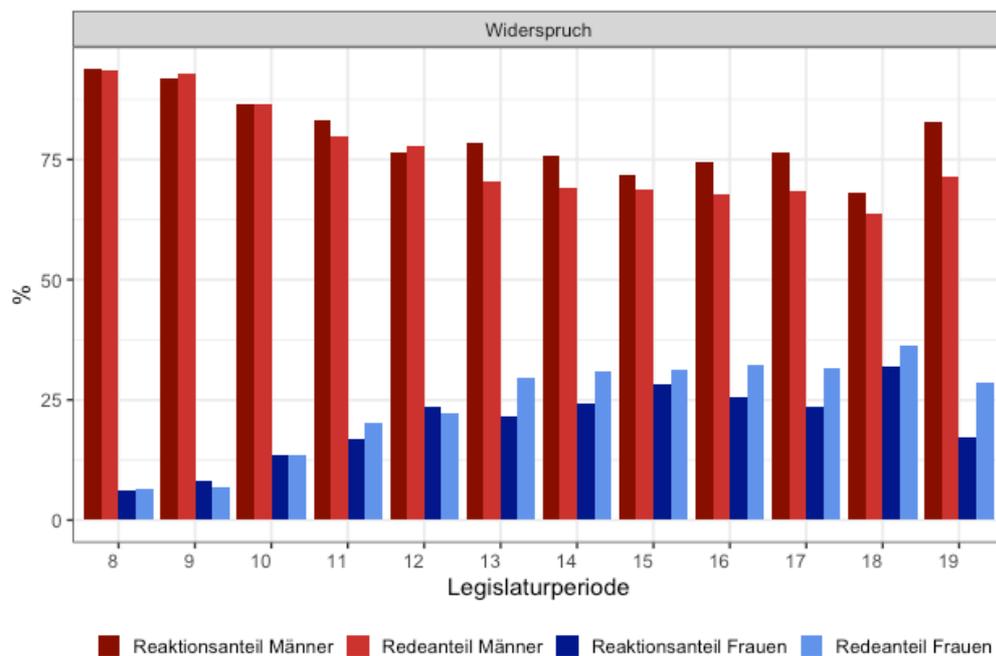


Abbildung 18: Anteile an erhaltenem Widerspruch und Redeanteile von männlichen und weiblichen Abgeordneten.
Datengrundlage: Richter et al., 2020.

Multivariate Ergebnisse

Zuerst habe ich die Anzahl an negativen Reaktionen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode auf das Geschlecht der Abgeordneten regressiert und dabei neben den Ämter-, Partei-, Alters- und Legislaturperioden-Variablen auch für die jeweilige Redelänge der Abgeordneten in einer Legislaturperiode kontrolliert. Zweitens habe ich das gleiche negative Binomial-

²⁴ Die dritte negative Reaktionsart „Unruhe“ wird aufgrund ihres seltenen Vermerks in den Plenarprotokollen (vgl. *Tab. 2*), nicht separat ausgewertet.

Regressionsmodell mit der Anzahl an positiven Reaktionen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode als abhängiger Variable ausgeführt. Und drittens habe ich analog zur deskriptiven Analyse für alle Reaktionsarten separate Regressionen gerechnet.

Das Modell für die negativen Reaktionen in *Tab. 7* bzw. *Abb. 19* bestätigt, worauf schon die deskriptive Analyse hingedeutet hat: Es entfallen signifikant mehr negative Reaktionen auf männliche Abgeordnete als auf weibliche. Das gilt auch, wenn für parlamentarische Ämter, das Alter, die Partei und die Redelänge der Abgeordneten, ihre Zugehörigkeit zu einer Oppositions- oder Regierungspartei sowie die Legislaturperiode kontrolliert wird. Konkret ist die erwartete Rate an negativen Reaktionen, die ein männlicher Abgeordneter pro Legislaturperiode während seiner Redebeiträge erfährt, 30 Prozent größer als jener einer weiblichen Abgeordneten. Schließt man die fünf Prozent der Abgeordneten von der Analyse aus, auf die pro Legislaturperiode am häufigsten negativ reagiert wird, dann sinkt diese Differenz zwar leicht auf 25 Prozent, wie das zweite Modell in *Tab. 7* zeigt. Nichtsdestotrotz gibt es nach wie vor einen signifikanten, positiven Zusammenhang zwischen dem männlichen Geschlecht und der Anzahl an negativen Reaktionen.

| | Negativ | Negativ (b) | Positiv | Positiv (b) |
|--|--------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| Mann | 1.30*** (0.05) | 1.25*** (0.04) | 0.94** (0.02) | 0.92*** (0.02) |
| Union | 1.49*** (0.05) | 1.45*** (0.05) | 0.83*** (0.02) | 0.85*** (0.02) |
| FDP | 1.77*** (0.10) | 1.53*** (0.08) | 1.49*** (0.05) | 1.30*** (0.04) |
| Grüne | 1.48*** (0.09) | 1.26*** (0.07) | 1.37*** (0.05) | 1.20*** (0.04) |
| Linke | 2.04*** (0.15) | 1.99*** (0.14) | 1.25*** (0.06) | 1.22*** (0.05) |
| AfD | 16.06*** (2.09) | 7.86*** (1.22) | 0.03*** (0.00) | 0.03*** (0.00) |
| Oppositionspartei | 0.99 (0.03) | 0.98 (0.03) | 1.03 (0.02) | 0.99 (0.02) |
| (Vize-)Ausschussvorsitz | 0.88* (0.05) | 0.87* (0.05) | 1.11** (0.04) | 1.09** (0.03) |
| (Vize-)Fraktionsvorsitz | 1.09 (0.07) | 0.93 (0.06) | 1.03 (0.04) | 0.93 (0.04) |
| (Vize-)Parlamentarische Geschäftsführung | 1.80*** (0.15) | 1.50*** (0.12) | 1.18** (0.06) | 1.17*** (0.06) |
| Alter | 0.99*** (0.00) | 0.99*** (0.00) | 0.99*** (0.00) | 0.99*** (0.00) |
| Redelänge | 1.00*** (0.00) | 1.00*** (0.00) | 1.00*** (0.00) | 1.00*** (0.00) |
| 9. LP | 0.49*** (0.05) | 0.49*** (0.05) | 0.63*** (0.03) | 0.68*** (0.03) |
| 10. LP | 1.56*** (0.13) | 1.41*** (0.11) | 1.37*** (0.07) | 1.26*** (0.05) |
| 11. LP | 1.59*** | 1.45*** | 1.45*** | 1.34*** |

| | Negativ | Negativ (b) | Positiv | Positiv (b) |
|----------------|-----------|-------------|-----------|-------------|
| | (0.13) | (0.11) | (0.07) | (0.06) |
| 12. LP | 1.26** | 1.16* | 1.81*** | 1.78*** |
| | (0.10) | (0.09) | (0.08) | (0.07) |
| 13. LP | 2.03*** | 1.67*** | 2.12*** | 2.05*** |
| | (0.16) | (0.12) | (0.10) | (0.08) |
| 14. LP | 1.98*** | 1.61*** | 2.20*** | 2.01*** |
| | (0.15) | (0.12) | (0.10) | (0.08) |
| 15. LP | 1.57*** | 1.42*** | 2.07*** | 1.95*** |
| | (0.13) | (0.11) | (0.10) | (0.08) |
| 16. LP | 1.25** | 1.02 | 2.74*** | 2.48*** |
| | (0.10) | (0.08) | (0.13) | (0.10) |
| 17. LP | 1.81*** | 1.42*** | 2.81*** | 2.45*** |
| | (0.14) | (0.11) | (0.13) | (0.10) |
| 18. LP | 1.01 | 0.88 | 3.13*** | 2.80*** |
| | (0.08) | (0.07) | (0.15) | (0.12) |
| 19. LP | 1.19* | 1.09 | 4.22*** | 3.90*** |
| | (0.10) | (0.08) | (0.20) | (0.16) |
| N | 7149 | 6817 | 7149 | 6791 |
| Log Likelihood | -15356.07 | -13230.71 | -38925.87 | -34995.37 |
| AIC | 30762.13 | 26511.43 | 77901.75 | 70040.74 |

Tabelle 7: Effekt des Geschlechts auf die Anzahl an erhaltenen negativen und positiven Reaktionen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode.

Anmerkung: Die negativen Binomial-Regressionskoeffizienten sind als *Incidence Rate Ratios* angegeben. Die Referenzkategorie bezieht sich auf die erhaltenen Reaktionen einer SPD-Abgeordneten in der achten Legislaturperiode. Signifikanzniveau: *** $p < 0.001$; ** $p < 0.01$; * $p < 0.05$.

Datengrundlage: Bergmann et al., 2018a; Redaktion Datenhandbuch, 2018, S. 2f.; ebd., 2021b, S. 8f.; 13f.; 16f.; 19f.; 23f.; 2021d, S. 24-31; Richter et al., 2020; Schindler, 1999, S. 1134.

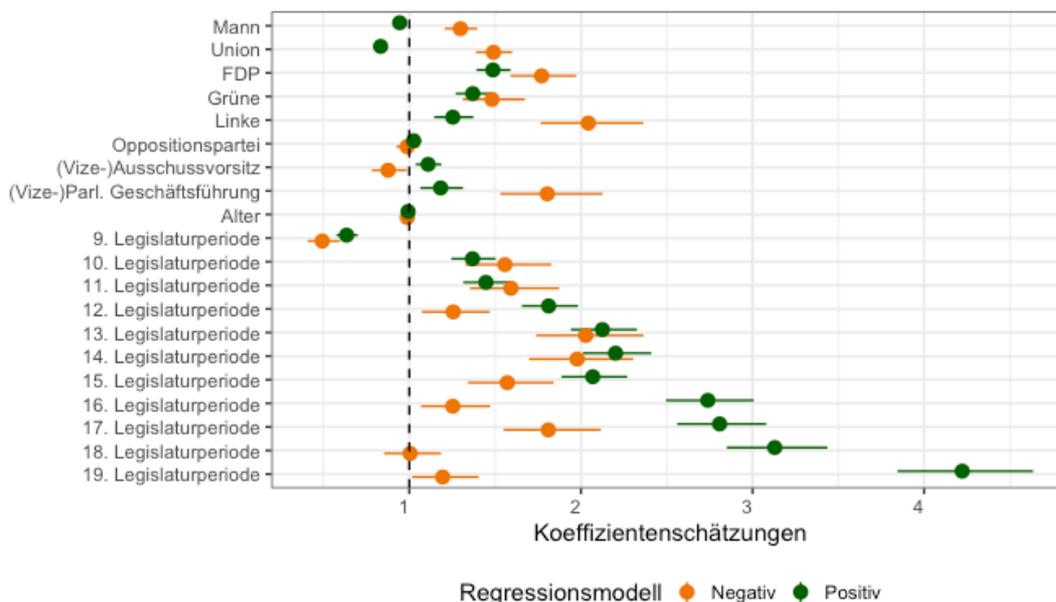


Abbildung 19: Geschätzter Effekt des Geschlechts und der Kontrollvariablen auf die Anzahl an erhaltenen negativen und positiven Reaktionen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode.

Anmerkung: Koeffizientenschätzungen entsprechen dem ersten und dritten Modell in *Tab. 7*. Die Whiskers markieren die 95 Prozent-Konfidenzintervalle. Der Effekt der AfD ist in der Abbildung nicht dargestellt, weil er hinsichtlich der negativen Reaktionen so stark ist (vgl. *Tab. 7*), dass die anderen Effekte kaum noch erkennbar sind (vgl. *Abb. 28* im Anhang).

Die kleinteiligeren Analysen, in denen die einzelnen negativen Reaktionsformen die abhängige Variable bilden, unterstützen diesen Befund. So verweist der Koeffizient für männliche Abgeordnete in *Tab. 8* bzw. *Abb. 20* durchweg auf einen positiven signifikanten Effekt, sowohl bezüglich des negativ konnotierten Lachens als auch der Anzahl an Widerspruch. Es wird demnach erwartet, dass ein Parlamentarier im Vergleich zu einer Parlamentarierin pro Legislaturperiode 40 Prozent mehr mit Lachen konfrontiert ist bzw. 20 Prozent mehr mit Widerspruch, wenn er im Plenum redet. Diese Geschlechterunterschiede verringern sich zwar etwas, bleiben aber signifikant, wenn Ausreißer oberhalb des 95. Perzentils nicht berücksichtigt werden (vgl. *Tab 12* im Anhang).

Der Befund, dass auf Redebeiträge von Männern häufiger negativ reagiert wird, wird auch dadurch gestützt, dass Parlamentarier signifikant weniger positive Reaktionen im Plenum erhalten als Parlamentarierinnen. Hatte sich dieser Geschlechterunterschied schon deskriptiv abgezeichnet, so zeigt *Tab. 7* bzw. *Abb. 19*, dass er auch Bestand hat, wenn für weitere, theoretisch relevante Variablen kontrolliert wird. Demnach erfährt ein männlicher Abgeordneter im Vergleich zu einer weiblichen Abgeordneten sechs Prozent weniger positive Reaktionen pro Legislaturperiode auf seine Redebeiträge. Schließt man die fünf Prozent Abgeordneten von der Analyse aus, die pro Legislaturperiode am meisten positive Reaktionen erfahren, so verschärft sich dieser Unterschied noch: Die erwartete Rate an positiven Reaktionen eines männlichen Abgeordneten pro Legislaturperiode liegt dann acht Prozent unter jener einer weiblichen Abgeordneten (vgl. viertes Modell in *Tab. 7*).

Dass Bundestagsabgeordnete positiver auf Redebeiträge weiblicher Abgeordneter reagieren, liegt vor allem am Beifall. Gemäß der Schätzung des Beifall-Modells in *Tab. 8* bzw. *Abb. 20* wird einer Parlamentarierin pro Legislaturperiode sechs Prozent mehr applaudiert als einem Parlamentarier. Im Unterschied dazu zeigt die Geschlechtervariable, was die Anzahl an Zustimmung angeht, keinen signifikanten Effekt, wenn alle anderen relevanten Kontrollvariablen berücksichtigt werden (vgl. *Tab. 8* bzw. *Abb. 20*). Die dritte positive Reaktion „Heiterkeit“ begegnet einem männlichen Abgeordneten im Plenum sogar deutlich mehr als einer weiblichen, konkret 73 Prozent mehr pro Legislaturperiode, was der größte bei Reaktionen gemessene Geschlechterunterschied ist (vgl. ebd.). Ohne die fünf Prozent Abgeordneten, die pro Legislaturperiode am meisten der jeweiligen positiven Reaktion erfahren, reduziert sich der Geschlechterunterschied bezüglich der Heiterkeit deutlich auf ein immer noch hohes Niveau von 48 Prozent. Hinsichtlich des Beifalls steigt er unter diesen Bedingungen auf acht Prozent und bei der Zustimmung gibt nach wie vor keinen signifikanten Unterschied (vgl. *Tab 12* im Anhang).

Zusammengefasst erfahren also Redebeiträge von Männern im Bundestag mehr negative Reaktionen und jene von Frauen mehr positive, weshalb H2 abgelehnt werden muss. Gleichzeitig fällt aber auch auf, dass der Geschlechterunterschied bezüglich der negativen Reaktionen insgesamt deutlich größer ist (vgl. *Tab. 7*) – zumal er dort auch reaktionsformübergreifend gilt und nicht wie bei den positiven Reaktionen nur bezüglich einer der untersuchten Reaktionsformen (vgl. *Tab. 8*).

| | Lachen | Widerspruch | Beifall | Zustimmung | Heiterkeit |
|--|--------------------------------|-------------------------------|-------------------------------|-------------------------------|-------------------------------|
| Mann | 1.40 ^{***} (0.06) | 1.20 ^{**} (0.05) | 0.94 ^{**} (0.02) | 0.99 (0.05) | 1.73 ^{***} (0.09) |
| Union | 1.60 ^{***} (0.07) | 1.45 ^{***} (0.06) | 0.83 ^{***} (0.02) | 1.00 (0.04) | 1.08 (0.06) |
| FDP | 2.00 ^{***} (0.13) | 1.66 ^{***} (0.11) | 1.48 ^{***} (0.05) | 2.18 ^{***} (0.14) | 1.59 ^{***} (0.12) |
| Grüne | 1.63 ^{***} (0.12) | 1.40 ^{**} (0.10) | 1.37 ^{***} (0.05) | 1.17 (0.10) | 1.61 ^{***} (0.14) |
| Linke | 2.61 ^{***} (0.23) | 1.58 ^{***} (0.14) | 1.25 ^{***} (0.06) | 1.09 (0.15) | 1.23 [*] (0.13) |
| AfD | 21.02 ^{***} (3.06) | 9.89 ^{***} (1.49) | 0.02 ^{***} (0.00) | 1.18 (0.74) | 0.33 ^{***} (0.07) |
| Oppositionspartei | 0.88 ^{**} (0.04) | 1.13 ^{**} (0.05) | 1.02 (0.02) | 1.06 (0.04) | 1.10 [*] (0.05) |
| (Vize-)Ausschussvorsitz | 0.80 ^{**} (0.06) | 0.96 (0.07) | 1.11 ^{**} (0.04) | 1.12 (0.08) | 1.11 (0.09) |
| (Vize-)Fraktionsvorsitz | 1.09 (0.08) | 1.12 (0.09) | 1.04 (0.04) | 1.08 (0.09) | 0.88 (0.08) |
| (Vize-)Parlamentarische Geschäftsführung | 1.77 ^{***} (0.17) | 1.86 ^{***} (0.18) | 1.19 ^{**} (0.06) | 1.00 (0.11) | 1.27 (0.15) |
| Alter | 0.99 ^{***} (0.00) | 0.99 ^{***} (0.00) | 0.99 ^{***} (0.00) | 0.99 ^{***} (0.00) | 1.01 ^{***} (0.00) |
| Redelänge | 1.00 ^{***} (0.00) | 1.00 ^{***} (0.00) | 1.00 ^{***} (0.00) | 1.00 ^{***} (0.00) | 1.00 ^{***} (0.00) |
| 9. LP | 0.48 ^{***} (0.05) | 0.51 ^{***} (0.07) | 0.64 ^{***} (0.03) | 0.59 ^{***} (0.04) | 0.74 [*] (0.10) |
| 10. LP | 1.41 ^{***} (0.13) | 2.02 ^{***} (0.22) | 1.38 ^{***} (0.07) | 1.37 ^{***} (0.09) | 1.26 (0.15) |
| 11. LP | 1.15 (0.11) | 2.73 ^{***} (0.29) | 1.49 ^{***} (0.07) | 1.14 (0.08) | 1.18 (0.14) |
| 12. LP | 0.68 ^{***} (0.06) | 2.68 ^{***} (0.27) | 1.97 ^{***} (0.09) | 0.34 ^{***} (0.02) | 1.04 (0.12) |
| 13. LP | 1.38 ^{***} (0.12) | 3.75 ^{***} (0.38) | 2.32 ^{***} (0.11) | 0.25 ^{***} (0.02) | 1.51 ^{***} (0.17) |
| 14. LP | 1.66 ^{***} (0.15) | 3.01 ^{***} (0.30) | 2.42 ^{***} (0.11) | 0.08 ^{***} (0.01) | 1.38 ^{**} (0.16) |
| 15. LP | 1.30 ^{**} (0.12) | 2.37 ^{***} (0.25) | 2.28 ^{***} (0.11) | 0.02 ^{***} (0.00) | 1.21 (0.14) |
| 16. LP | 0.82 [*] (0.08) | 2.49 ^{***} (0.26) | 3.01 ^{***} (0.14) | 0.03 ^{***} (0.00) | 2.06 ^{***} (0.24) |
| 17. LP | 1.55 ^{***} (0.14) | 2.62 ^{***} (0.27) | 3.09 ^{***} (0.15) | 0.01 ^{***} (0.00) | 2.18 ^{***} (0.25) |

| | Lachen | Widerspruch | Beifall | Zustimmung | Heiterkeit |
|----------------|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 18. LP | 0.74** (0.07) | 1.78*** (0.19) | 3.42*** (0.16) | 0.01*** (0.00) | 3.25*** (0.37) |
| 19. LP | 1.08 (0.10) | 1.52*** (0.16) | 4.62*** (0.22) | 0.01*** (0.00) | 4.14*** (0.47) |
| N | 7149 | 7149 | 7149 | 7149 | 7149 |
| Log Likelihood | -12052.51 | -10923.38 | -38658.28 | -8181.78 | -10040.48 |
| AIC | 24155.01 | 21896.76 | 77366.56 | 16413.57 | 20130.97 |

Tabelle 8: Effekt des Geschlechts auf die Anzahl an erhaltenen Reaktionen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode.

Anmerkung: Die negativen Binomial-Reggressionskoeffizienten sind als *Incidence Rate Ratios* angegeben. Die Referenzkategorie bezieht sich auf die erhaltenen Reaktionen einer SPD-Abgeordneten in der achten Legislaturperiode. Signifikanzniveau: *** $p < 0.001$; ** $p < 0.01$; * $p < 0.05$.

Datengrundlage: Bergmann et al., 2018a; Redaktion Datenhandbuch, 2018, S. 2f.; ebd., 2021b, S. 8f.; 13f.; 16f.; 19f.; 23f.; 2021d, S. 24-31; Richter et al., 2020; Schindler, 1999, S. 1134.

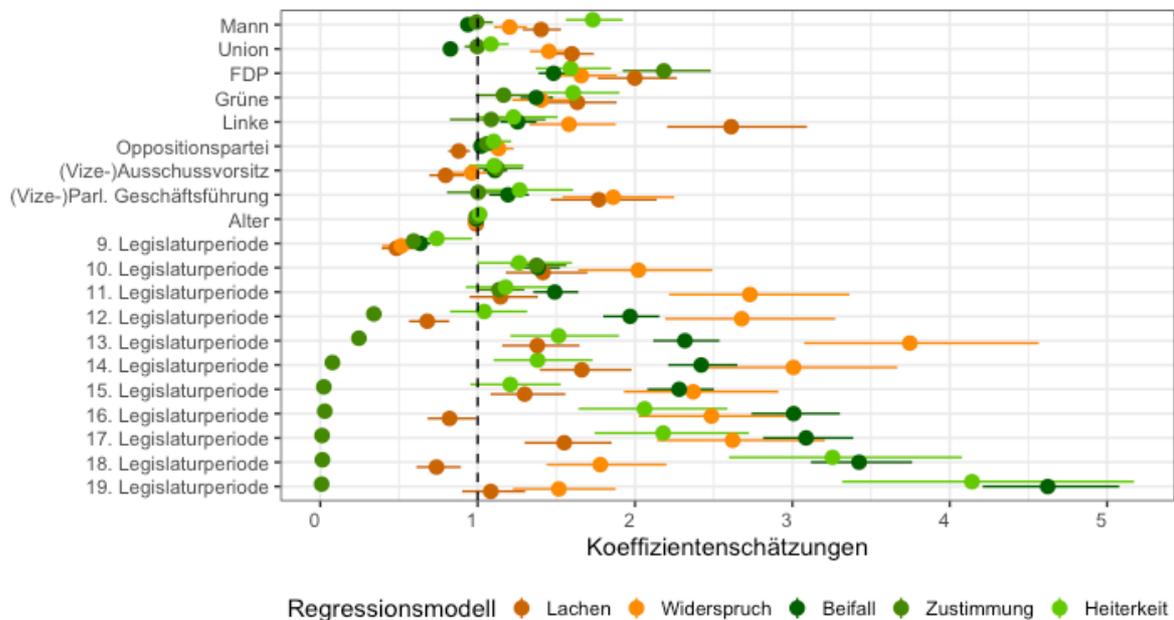


Abbildung 20: Geschätzter Effekt des Geschlechts und der Kontrollvariablen auf die Anzahl verschiedener erhaltener Reaktionen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode.

Anmerkung: Koeffizientenschätzungen entsprechen den Modellen in Tab. 8. Die Whiskers markieren die 95 Prozent-Konfidenzintervalle. Der Effekt der AfD ist in der Abbildung nicht dargestellt, weil er hinsichtlich der negativen Reaktionen Lachen und Widerspruch so stark ist (vgl. Tab. 8), dass die anderen Effekte kaum noch erkennbar sind (vgl. Abb. 29 im Anhang).

Hinsichtlich der Kontrollvariablen zeigt Tab. 7 für die Fraktionszugehörigkeit, dass Redebeiträge von FDP-, Grünen- und Linken-Abgeordneten sowohl häufiger von negativen als auch von positiven Reaktionen begleitet werden als Redebeiträge von SPD-Abgeordneten. Auch Unionsabgeordnete erfahren mehr negative Reaktionen als SPD-Abgeordnete, jedoch auch weniger positive Reaktionen, sodass sie insgesamt weniger unterstützendes Feedback erhalten (vgl. ebd.). Gleiches gilt, nur in deutlich verstärktem Ausmaß, auch für die AfD: Die erwartete Rate an negativen Reaktionen auf Redebeiträge einer oder eines AfD-Abgeordneten

pro Legislaturperiode beträgt das 16-fache der Rate einer oder eines SPD-Politikers (vgl. ebd.). Dieser starke Unterschied wird insbesondere durch ein hohes Ausmaß an höhnischem Lachen gegenüber AfD-Abgeordneten getrieben (vgl. *Tab. 8*) und halbiert sich, wenn Ausreißer oberhalb des 95. Perzentils von der Analyse ausgeschlossen werden (vgl. *Tab 12* im Anhang). Folglich liegt es nahe, dass einige wenige AfD-Abgeordnete besonders viele negative Reaktionen erhalten dürften, wenngleich der Effekt der AfD-Variable auch ohne sie der stärkste in meinem Modell ist (vgl. ebd.). Passend dazu ist auch die Rate an positiven Reaktionen auf eine oder einen AfD-Abgeordneten pro Legislaturperiode 97 Prozent geringer als die einer oder eines SPD-Abgeordneten (vgl. ebd.). Wie *Tab. 8* zeigt, kann das vor allem damit erklärt werden, dass einem AfD-Mitglied im Plenum deutlich weniger applaudiert wird als einem SPD-Mitglied. Hinsichtlich der Ämter reagieren andere Abgeordnete signifikant weniger negativ bzw. mehr positiv auf (Vize-)Ausschussvorsitzende, während das stärker parteipolitisch geprägte Amt der (Vize-)Parlamentarische Geschäftsführer:innen sowohl positive als auch negative Reaktionen häufiger erhält. Ein zunehmendes Alter hat zudem einen leicht negativen Effekt auf positive wie negative Reaktionen und eine zunehmende Redelänge einen leicht positiven (vgl. *Tab. 7*). Schließlich zeigt sich bei Betrachtung der Entwicklung in den einzelnen Legislaturperioden, dass positive Reaktionen über die Zeit tendenziell zugenommen haben, insbesondere Beifall, während sich bezüglich der negativen Reaktionen kein Trend erkennen lässt (vgl. ebd; *Tab 8*).

5.3 Schriftliche Fragen

Da sich schriftliche Fragen als nicht-dominant und somit kongruent zur traditionellen weiblichen Geschlechterrolle einordnen lassen, habe ich in H3 angenommen, dass Parlamentarierinnen diese Partizipationsform nicht weniger nutzen als Parlamentarier.

Deskriptive Ergebnisse

Absolut betrachtet zeigt *Abb. 21* zunächst – ähnlich wie bei der Redeaktivität -, dass in jeder einzelnen untersuchten Legislaturperiode mehr Fragen auf männliche Abgeordnete entfallen als auf weibliche. Dennoch ist der Frageanteil – anders als der Redeanteil - zumindest in der 17. und 18. Legislaturperiode beinahe ausgeglichen zwischen den Geschlechtern. Ein Befund, der eng damit zusammenhängt, dass in diesem Zeitraum auch der gewichtete Sitzanteil der Frauen, d.h. ihr Sitzanteil unter den fragstellenden Parlamentarier:innen, in etwa jenem der Männer entspricht. Denn ähnlich wie die Redeaktivität weicht auch die Frageaktivität nach

Geschlecht maximal ein paar Prozentpunkte von dem gewichteten Sitzanteil männlicher und weiblicher Abgeordneter ab (vgl. ebd.).

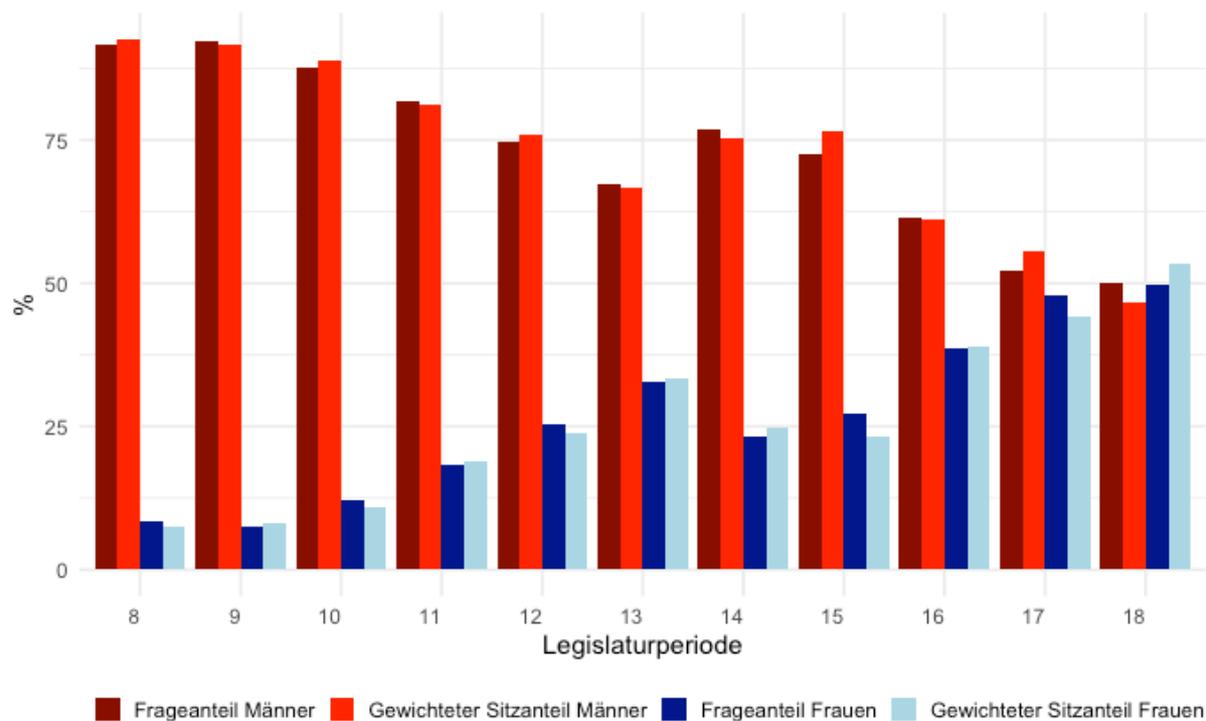


Abbildung 21: Schriftliche Frage- und gewichtete Sitzanteile von männlichen und weiblichen Abgeordneten.

Datengrundlage: Bundeswahlleiter, 2018, S. 102f.; Redaktion Datenhandbuch, 2018, S. 2f.; Remschel & Kroeber, 2020b; Schindler, 1999, S. 1130ff..

Betrachtet man diese Abweichung zwischen gewichtetem Sitzanteil und Frageanteil genauer, so verdeutlicht *Abb. 21*, dass Parlamentarierinnen in sechs Legislaturperioden weniger Fragen stellen als ihrem Anteil unter den Fragestellenden entsprechen würde, in fünf mehr. Folglich überwiegen die Zeiträume leicht, in denen Frauen relativ betrachtet weniger Fragen stellen als Männer, was jedoch dadurch relativiert wird, dass die Differenz zwischen dem jeweiligen Frage- und Sitzanteil in diesen Legislaturperioden meistens weniger als ein Prozentpunkt beträgt (vgl. ebd., Legislaturperiode 9, 11, 13 und 16). In den Zeiträumen, in denen Frauen mehr schriftlich partizipieren als Männer, fällt die Differenz zwischen Frage- und Sitzanteil dagegen höher aus: Mit Ausnahme einer Legislaturperiode beträgt sie stets mehr als einen Prozentpunkt (vgl. ebd., Legislaturperiode 10, 12, 15, 17), sodass sich im Einklang mit H3 insgesamt keine eindeutigen Geschlechterunterschiede ableiten lassen.

Bevor untersucht wird, ob dieses deskriptive Ergebnis auch einer multivariaten Analyse standhält, soll die Anzahl an Abgeordneten betrachtet werden, die in einer Legislaturperiode gar keine Fragen im Bundestag stellen. Denn aufgrund der überwiegenden

Nutzung von schriftlichen Fragen durch Oppositionsabgeordnete (vgl. *Tab. 10* im Anhang), liegt es nahe, dass einige nicht-fragende Abgeordnete in meinen Daten nicht abgebildet werden, die für die Untersuchung der Geschlechterunterschiede aber dennoch relevant sind. *Abb. 22* und *23* zeigen daher die Differenz zwischen der Anzahl aller Abgeordneter pro Legislaturperiode und der Anzahl fragender Abgeordneter. Konkret werden diese beiden Gruppen in Männer und Frauen sowie in Opposition und Regierung unterteilt.

Bezüglich der Oppositionsparteien verdeutlicht *Abb. 22*, dass die überwiegende Mehrheit der männlichen wie weiblichen Abgeordneten mindestens eine schriftliche Frage pro Legislaturperiode an die Regierung stellt – und zwar im gesamten Untersuchungszeitraum. Folglich bildet mein Datensatz, was die Opposition angeht, die schriftliche Partizipation weitestgehend realitätsgetreu ab, wobei es tendenziell etwas mehr Männer zu geben scheint, die gar keine Fragen stellen, als Frauen (vgl. ebd., Legislaturperiode 8, 9, 13, 14, 15). Unter den Abgeordneten der Regierungsparteien hingegen gibt es deutlich mehr Personen, die gar keine Fragen stellen und somit nicht in meinem Datensatz abgebildet werden, wie aus *Abb. 23* hervorgeht. Von der achten bis zu 13. Legislaturperiode gibt es dabei auch hier mehr Männer, die keine Fragen stellen, als Frauen. Von der 14. bis 18. Legislaturperiode richtet die Mehrheit der Frauen sowie mit Ausnahme der 16. Legislaturperiode auch die Mehrheit der Männer keine Fragen an das eigene Regierungslager (vgl. ebd.).

Auch wenn diese Daten in die nachfolgende multivariate Analyse nicht miteinfließen, muss für die finale Überprüfung von H3 folglich berücksichtigt werden, dass männliche Abgeordnete tendenziell häufiger als weibliche gar keine schriftlichen Fragen stellen

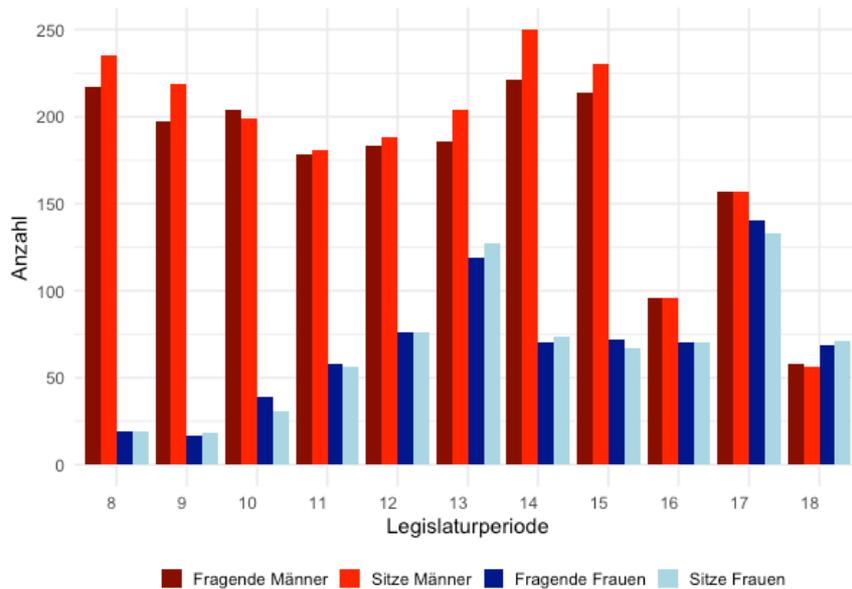


Abbildung 22: Anzahl ²⁵ schriftliche Fragen stellender männlicher und weiblicher Oppositionsabgeordneter im Vergleich zu allen Oppositionsabgeordneten.

Datengrundlage: Bundeswahlleiter, 2018, S. 102f.; Remschel & Kroeber, 2020b; Redaktion Datenhandbuch, 2018, S. 2f; Schindler, 1999, S. 1130ff..

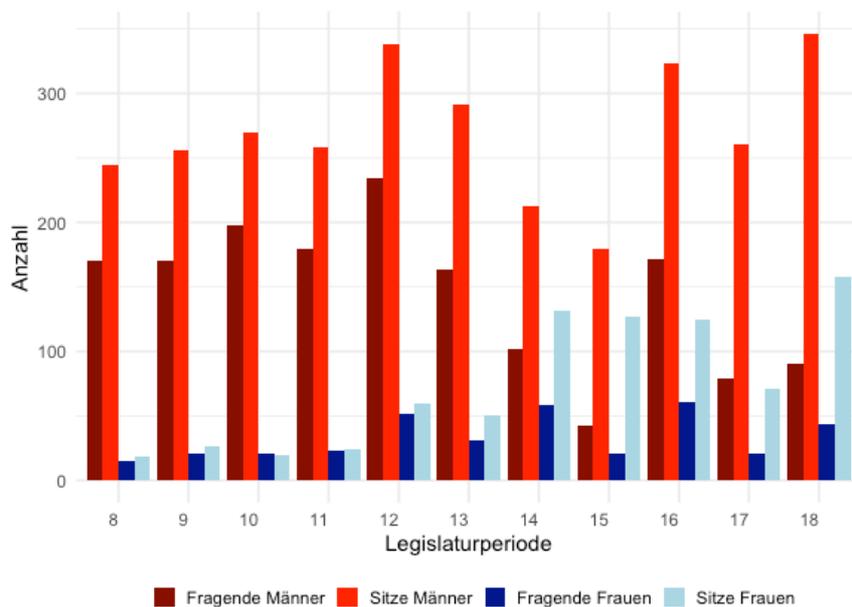


Abbildung 23: Anzahl schriftliche Fragen stellender männlicher und weiblicher Regierungsabgeordneter im Vergleich zu allen Regierungsabgeordneten.

Datengrundlage: Bundeswahlleiter, 2018, S. 102f.; Redaktion Datenhandbuch, 2018, S. 2f.; Remschel & Kroeber, 2020b; Schindler, 1999, S. 1130ff..

²⁵ Die Anzahl der Frauen und Männer in Regierungs- und Oppositionsparteien bezieht sich auf den Beginn der Legislaturperiode. Da unter den Fragestellenden aber auch Abgeordnete sein können, die erst später in den Bundestag nachgerückt sind, bietet sie zwar ein bestmögliches, aber kein 100 Prozent exaktes Vergleichsmaß. Dadurch kann auch erklärt werden, dass die Anzahl der Fragestellenden in einigen Fällen sogar geringfügig höher ausfällt als die Anzahl an Abgeordneten – beispielsweise in der zehnten Legislaturperiode.

Multivariate Ergebnisse

Um die Anzahl an gestellten schriftlichen Fragen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode zu untersuchen, habe ich Null-abgeschnittene negative Binomial-Regressionsmodelle gewählt. Konkret wurde der Effekt des Geschlechts der Abgeordneten untersucht unter Kontrolle ihrer Zugehörigkeit zu einer Regierungs- bzw. Oppositionspartei, etwaiger Ämter, ihrer Fraktion, ihres Alters sowie der Legislaturperiode. Dabei deutet der Koeffizient der Geschlechter-Variable für die achte bis 17. Legislaturperiode zwar auf eine leicht höhere Frageaktivität von Männern hin, wie im entsprechenden Modell in *Tab. 9* bzw. *Abb. 24* dargestellt. Der Effekt ist jedoch nicht signifikant. Das dritte Modell in *Tab. 9* zeigt, dass dasselbe auch für die 18. Legislaturperiode gilt, für die eine separate Regressionsanalyse gerechnet werden muss²⁶. Hintergrund ist, dass der Datensatz für diese Legislaturperiode nicht die Variable enthält, die in den vorherigen Legislaturperioden zur eindeutigen Identifikation der Abgeordneten genutzt wurde, sodass in der 18. Legislaturperiode auf die Namen der Abgeordneten als Identifikationsvariable zurückgegriffen werden muss.

Da es ähnlich wie bei der mündlichen Partizipation auch bei der schriftlichen einige wenige Abgeordnete gibt, die besonders viele Fragen stellen (vgl. *Abb. 2*), habe ich die Modelle jeweils ohne die fünf Prozent aktivsten Fragenden repliziert. Das Ergebnis: Es gibt nach wie vor keinen signifikanten Effekt der Geschlechter-Variable. Das zweite Modell in *Tab. 9* bzw. *Abb. 24* zeigt vielmehr, dass sich für den Großteil des Untersuchungszeitraums von der achten bis 17. Legislaturperiode der ohnehin nicht signifikante Geschlechterunterschied noch einmal verringert, wenn man die Ausreißer oberhalb des 95. Perzentsils von der Analyse ausschließt. In der 18. Legislaturperiode nimmt die Differenz in der Frageaktivität weiblicher und männlicher Abgeordneter unter diesen Umständen dagegen leicht zu, bleibt jedoch nicht signifikant, wie das vierte Modell in *Tab. 9* zeigt.

Folglich stützen die deskriptiven und multivariaten Befunde H3. Sie legen gleichzeitig nahe, diese These weiter zu konkretisieren: Im Bundestag stellen Frauen nicht weniger schriftliche Fragen als Männer, aber auch nicht mehr. Vielmehr deuten sowohl der erste Teil der deskriptiven Analyse als auch die multivariate Analyse eher in die Richtung einer leicht höheren schriftlichen Fragepartizipation männlicher Abgeordneter, die jedoch keinen signifikanten Unterschied markiert und mit Blick auf die Datengrundlage relativiert werden

²⁶ In dieser Regression wird nicht für die Zugehörigkeit zu einer Regierungs- bzw. Oppositionspartei kontrolliert, weil diese Variable kollinear mit der Variable für die Fraktionszugehörigkeit ist, wenn man nur eine Legislaturperiode untersucht. Die Berücksichtigung der Fraktionszugehörigkeit führt dabei zu einer besseren Anpassung meines Regressionsmodells an die Daten als die Berücksichtigung der Zugehörigkeit zu einer Regierungs- bzw. Oppositionspartei, wie die Log Likelihood-Werte der Regressionsmodelle zeigen.

muss: Die multivariate Analyse bezieht sich nur auf Abgeordnete, die mindestens eine Frage pro Legislaturperiode stellen. Dadurch gerät die tendenziell höhere Anzahl an nicht-fragenden Männern als Frauen aus dem Blick, wie der zweite Teil der deskriptiven Analyse gezeigt hat.

| | 8. - 17. LP | 8. - 17. LP (b) | 18. LP | 18. LP (b) |
|-------------------------------|-------------------|-------------------|--------------------|--------------------|
| Mann | 1.06 (0.04) | 1.05 (0.04) | 1.03 (0.13) | 1.04 (0.13) |
| Union | 1.07 (0.04) | 1.03 (0.04) | 1.45* (0.18) | 1.44* (0.18) |
| FDP | 1.32*** (0.06) | 1.36*** (0.06) | | |
| Grüne | 1.08 (0.07) | 0.96 (0.07) | 14.22*** (0.17) | 13.25*** (0.17) |
| Linke | 1.24* (0.08) | 1.11 (0.08) | 11.27*** (0.17) | 10.36*** (0.17) |
| Oppositionspartei | 2.49*** (0.04) | 2.31*** (0.03) | | |
| (Vize-)Ausschussvorsitz | 0.86* (0.06) | 0.90 (0.06) | 1.04 (0.22) | 1.08 (0.22) |
| (Vize-)Fraktionsvorsitz | 0.77*** (0.08) | 0.77*** (0.08) | 0.82 (0.22) | 0.75 (0.24) |
| (Vize-)Parl. Geschäftsführung | 0.82* (0.09) | 0.88 (0.09) | 0.81 (0.27) | 0.75 (0.28) |
| Alter | 0.99*** (0.00) | 0.99*** (0.00) | 1.01 (0.01) | 1.01 (0.01) |
| 9. Legislaturperiode | 1.32*** (0.07) | 1.32*** (0.07) | | |
| 10. Legislaturperiode | 2.50*** (0.07) | 2.19*** (0.07) | | |
| 11. Legislaturperiode | 2.42*** (0.07) | 2.14*** (0.07) | | |
| 12. Legislaturperiode | 2.19*** (0.07) | 1.83*** (0.07) | | |
| 13. Legislaturperiode | 1.90*** (0.07) | 1.62*** (0.07) | | |
| 14. Legislaturperiode | 1.47*** (0.07) | 1.36*** (0.07) | | |
| 15. Legislaturperiode | 1.53*** (0.08) | 1.41*** (0.07) | | |
| 16. Legislaturperiode | 1.87*** (0.08) | 1.48*** (0.07) | | |
| 17. Legislaturperiode | 2.44*** (0.08) | 1.89*** (0.08) | | |
| N | 8728 | 8296 | 522 | 498 |
| Log Likelihood | -18498.72 | -16909.72 | -1127.31 | -1050.48 |
| DF | 8707 | 8275 | 512 | 488 |

Tabelle 9: Effekt des Geschlechts auf die Anzahl an gestellten schriftlichen Fragen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode.

Anmerkung: Die Koeffizienten der Null-abgeschnittenen negativen Binomial-Regressionen sind als *Incidence Rate Ratios* angegeben. Die Referenzkategorie bezieht sich auf die Anzahl gestellter Fragen einer SPD-Abgeordneten in der achten Legislaturperiode. Signifikanzniveau: *** p < 0.001; ** p < 0.01; * p < 0.05.

Datengrundlage: Bergmann et al., 2018a; Redaktion Datenhandbuch, 2018, S. 2f.; ebd., 2021b, S. 8f.; 13f.; 16f.; 19f.; 23f.; 2021d, S. 24-31; Remschel & Kroeber, 2020b; Schindler, 1999, S. 1130ff..

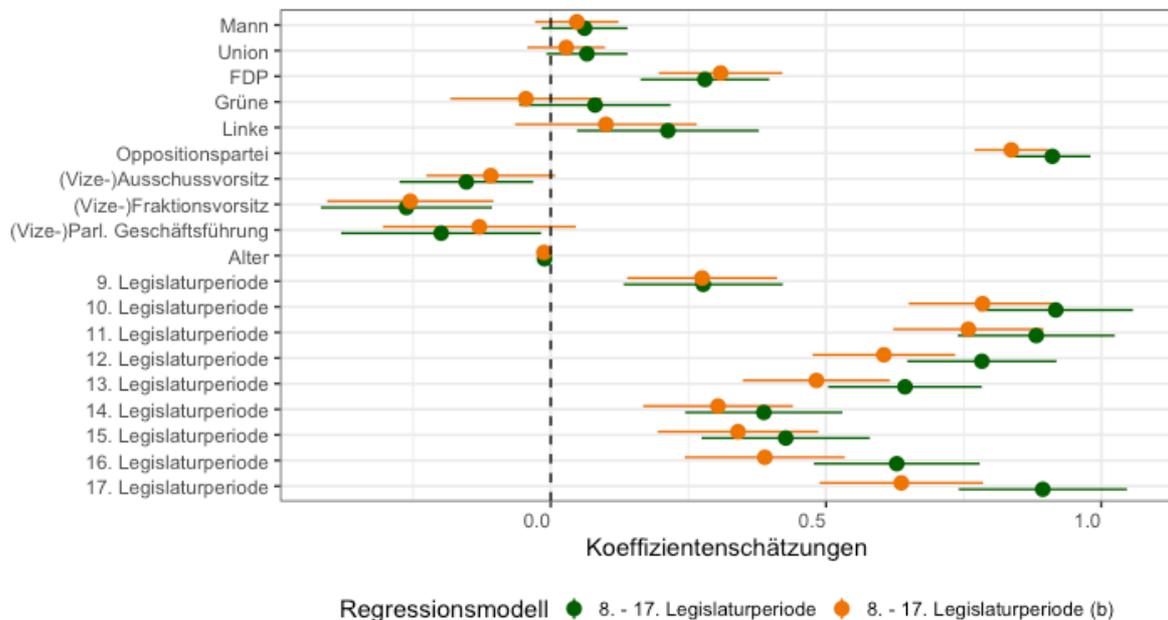


Abbildung 24: Geschätzter Effekt des Geschlechts und der Kontrollvariablen auf die Anzahl gestellter schriftlicher Fragen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode.

Anmerkung: Koeffizientenschätzungen entsprechen den ersten beiden Modellen in Tab. 8, bilden allerdings die nicht-potenzierten Koeffizienten ab. Die Whiskers markieren die 95 Prozent-Konfidenzintervalle.

Im Gegensatz zum nicht-signifikanten Geschlechtereffekt verweisen die Kontrollvariablen in Tab. 9 auf einige signifikante Effekte. Dabei sind angesichts ihrer größeren Datengrundlage insbesondere die in Abb. 24 dargestellten Modelle der achten bis 17. Legislaturperiode aussagekräftig. Demnach stellen Abgeordnete in besonderen parlamentarischen Positionen, d.h. parlamentarische (Vize-)Geschäftsführer:innen, (Vize-)Ausschussvorsitzende und (Vize-)Fraktionsvorsitzende weniger schriftliche Fragen. Der Effekt ist für Letztere am stärksten und höchstsignifikant und kann dadurch erklärt werden, dass sich Fraktionsvorsitzende stärker auf prestigeträchtigere Partizipationsformen wie Redebeiträge konzentrieren (vgl. 5.1). Hinzu kommt, dass Abgeordnete wie erwartet mit steigendem Alter signifikant weniger auf schriftlichem Wege fragen, was zu Murrays (2011) Befunden über den negativen Einfluss von parlamentarischer Erfahrung auf die Frageaktivität passt (S. 111). Außerdem lässt sich im Fraktionsvergleich feststellen, dass Abgeordnete der FDP und der Linken schriftliche Fragen signifikant häufiger nutzen als jene der SPD. In der 18. Legislaturperiode nutzen Abgeordnete aller Bundestagsfraktionen schriftliche Fragen häufiger als Abgeordnete der SPD, konkret Abgeordnete der Union, der Linken und der Grünen. Schließlich zeigen die ersten beiden Modelle in Tab. 9 bzw. Abb. 24 auch, dass schriftliche Fragen in der neunten bis 17. Legislaturperiode stets populärer waren als in der achten Legislaturperiode.

6. Fazit

Ziel der vorliegenden Arbeit war es zu prüfen, inwieweit es Geschlechterunterschiede gibt in der Partizipation von Bundestagsabgeordneten und den Reaktionen auf diese Partizipation seitens anderer Abgeordneter. Dafür wurden sowohl schriftliche Fragen und Redebeiträge im Plenum untersucht als auch verschiedene positive und negative Reaktionen auf letztere.

6.1 Diskussion der Ergebnisse

Die Befunde zeigen hinsichtlich der Forschungsfrage, dass es durchaus Geschlechterunterschiede in der Partizipation von Bundestagsabgeordneten gibt. Dies gilt jedoch nicht für alle Bereiche der untersuchten Partizipation: Plenarsitzungen des Bundestags sind von Geschlechterunterschieden gekennzeichnet, sowohl hinsichtlich der Frage, wer wie viel redet, als auch hinsichtlich des Ausmaßes an positiven und negativen Reaktionen auf dieses Sprechen. Konkret reden weibliche Abgeordnete wie erwartet weniger als männliche, erfahren aber entgegen meiner Erwartungen auch weniger negative bzw. mehr positive Reaktionen. Bei der Nutzung der schriftlichen Einzelfragen gibt es dagegen keine Geschlechterunterschiede. Dies soll nachfolgend mit Blick auf die forschungsleitende Theorie und den Forschungsstand, den institutionellen Rahmen der Partizipation und Reaktion sowie die demokratietheoretische Bedeutung für die Repräsentation von Frauen diskutiert werden.

Die mündliche und schriftliche Partizipation eint zunächst, dass die Partizipation weiblicher Abgeordneter dort in jeder einzelnen Legislaturperiode absolut betrachtet geringer ausfällt als jene männlicher, was eng mit dem stets höheren Sitzanteil von Männern zusammenhängt (vgl. 5.1; 5.3). Die deskriptive Repräsentation von Frauen im klassischen Sinne, d.h. die Anzahl an weiblichen Abgeordneten im Parlament, steht also in einem engen Zusammenhang mit der Anzahl an Frauen, die in Reden²⁷ und schriftlichen Fragen sichtbar werden. Folglich scheint der Spielraum, die Repräsentation von Frauen durch eine erhöhte Partizipation zu verbessern, im Bundestag begrenzt (vgl. Kapitel 1).

Abgesehen von dieser Parallele hinsichtlich der geringeren absoluten Anzahl an weiblichen Redebeiträgen und schriftlichen Fragen sind Parlamentarierinnen aber relativ sowie auf der Individualebene betrachtet bezüglich der schriftlichen Partizipation nicht unterrepräsentiert. Dieser Befund steht im Einklang mit den bisher einzigen Analysen zu schriftlichen Fragen in Israel und Großbritannien. Im Gegensatz zu den deskriptiven Ergebnissen meiner früheren Hausarbeit bezüglich des 17. Bundestags verweisen die Befunde

²⁷ Für eine ähnliche Feststellung auf Parteiebene vgl. auch Bäck & Debus, 2016, S. 85.

jedoch nicht auf eine überproportionale weibliche Nutzung dieser leisen Partizipationsform (vgl. 3.2). Folglich unterstreicht dieser Befund einerseits die Relevanz, die Partizipation von Abgeordneten über einen längeren Zeitraum als nur eine Legislaturperiode zu betrachten, um repräsentative Schlüsse über Parlamente ziehen zu können. Das gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass mein Befund über die geringere Redebeteiligung von Frauen im Bundestag basierend auf einem mehr als 40-jährigen Zeitraum abweicht vom Befund von Bäck & Debus für die 17. Legislaturperiode²⁸ (vgl. 3.1).

Andererseits legen meine Ergebnisse insgesamt nahe, dass traditionelle Geschlechterrollen im Bundestag wirkmächtig sind: Ein schriftliches Partizipationsinstrument, das wenig innerparteilich umkämpft, da allen gleichermaßen zugänglich ist; das in Sachen Prestige und medialer Aufmerksamkeit wenig attraktiv ist und das nicht im Plenarsaal vor hunderten potentiell reagierenden Abgeordneten ausgetragen wird – kurzum das nicht dominant wirkt – ist nicht durch Geschlechterunterschiede gekennzeichnet. Redebeiträge, für die das Gegenteil gilt und die folglich inkongruent zur traditionellen weiblichen Geschlechterrolle sind, werden von weiblichen Abgeordneten hingegen weniger genutzt als von männlichen. Aus der Perspektive der Rollenkongruenztheorie lässt sich das damit erklären, dass erstens die Eignung von Frauen für Redebeiträge vor dem Plenum geringer eingeschätzt werden dürfte – sei es von ihnen selbst und/oder von ihren Fraktionskolleg:innen. Hintergrund ist die Inkongruenz zu den *descriptive norms*, den Eigenschaften, die traditionell mit Frauen assoziiert werden (vgl. Kapitel 2). Zweitens ist hinsichtlich der *injunctive norms* auch denkbar, dass weibliche Abgeordnete sich selbst und/oder ihre Fraktionen ihnen weniger Redezeit zugestehen, um negative Reaktionen auf ein solches von Frauen normativ unerwünschtes Verhalten zu verhindern (vgl. ebd.)

Darüberhinaus ist hinsichtlich der institutionellen Bedingungen dieser beiden Partizipationsformen zu betonen, dass bei einer individuell zugänglichen Aktivität keine Geschlechterunterschiede auftreten, während eine fraktionsintern abgestimmte Aktivität diese Unterschiede durchaus aufweist. Letzteres ist auch vor dem Hintergrund zu betrachten, dass die Auswahl der Redner:innen zu einem gewissen Grad für die Öffentlichkeit inszeniert ist, da die Debatten durch eine starke Medienorientierung gekennzeichnet sind (vgl. 3.1). Dieser Befund wirft Fragen hinsichtlich der Durchsetzungskraft weiblicher Abgeordneter in Fraktionen auf, wobei meine Arbeit diesbezüglich auch auf Unterschiede verweist.

²⁸ Dass Bäck & Debus (2016) im Gegensatz zu mir für den Bundestag keine signifikanten Geschlechterunterschiede feststellen, lässt sich womöglich auch damit erklären, dass sie sich auf die Anzahl an Reden konzentriert haben, die im Unterschied zu der von mir untersuchten Anzahl an gesprochenen Wörtern keine Auskunft über die Länge der Redebeiträge gibt (vgl. 4.2).

Frauen sprechen nicht in allen Fraktionen signifikant weniger als Männer, jedoch auch nicht nur in konservativen (vgl. 5.1). Relativierend muss zwar mit Blick auf die deskriptive Analyse festgehalten werden, dass Frauen absolut betrachtet in der Fraktion Die Linke in einigen Legislaturperioden mehr sprechen als Männer und bei den Grünen sogar in der Mehrheit der Legislaturperioden (vgl. ebd.). Folglich kann hinsichtlich dieser Fraktionen nicht von einer Unterrepräsentation von Frauen gesprochen werden, was erneut eng mit dem Sitzanteil von Frauen in diesen Fraktionen zusammenhängt (vgl. ebd.) und dessen Relevanz unterstreicht. Nichtsdestotrotz reden Frauen auf der aggregierten Ebene allein in der FDP in der Mehrheit der Legislaturperiode nicht weniger als ihrem Sitzanteil entspricht. Außerdem zeigt die multivariate Analyse, dass eine weibliche Abgeordnete auch bei den Grünen genau wie bei der SPD und der Union signifikant weniger redet als ein männlicher Abgeordneter (vgl. ebd.). Berücksichtigt man zudem, dass Frauen in keiner Fraktion signifikant mehr vor dem Plenum reden als Männer (vgl. ebd.), so lassen sich meine Befunde aus der Perspektive der Rollenkongruenztheorie damit erklären, dass traditionelle Geschlechterrollen fraktionsübergreifend nach wie vor einen Einfluss haben könnten.

Wie groß dieser Einfluss sein könnte bzw. bei welchen Abgeordneten er besonders zutage tritt, zeigt auch die Interaktion von Geschlecht und Macht: Ähnlich wie in den USA und anders als in Uganda (vgl. 3.1) reden im Bundestag Politikerinnen mit Macht, konkret weibliche Fraktionsvorsitzende weniger als männliche (vgl. 5.1). Dieser Befund ist insbesondere deshalb relevant, weil der Redeunterschied zwischen Frauen und Männern in keiner anderen untersuchten Konstellation so deutlich ausfällt wie zwischen Fraktionsvorsitzenden (vgl. ebd.). Warum aber nutzen Politikerinnen und Politik ihre Macht innerhalb der Fraktion so unterschiedlich in Bezug auf ihre Redezeit? Basierend auf der Rollenkongruenztheorie habe ich ein solches Muster erwartet, weil höhere Führungspositionen im Allgemeinen und insbesondere in der männlich dominierten Politik besonders inkongruent zu geschlechtsspezifischen Erwartungen an Frauen sind (vgl. 3.1). So reden weibliche Fraktionsvorsitzende im Bundestag zwar mehr als Abgeordnete ohne ein solches Amt – auch als männliche – (vgl. 5.1), was sich mit ihrer Machtposition erklären lässt, in der eine erhöhte Redepartizipation und somit potentiell dominant wirkendes Verhalten zur spezifischen Berufsrolle dazugehören dürfte. Dennoch spielen sie ihre Macht nicht in gleichem Umfang aus wie männliche Fraktionsvorsitzende in Bezug auf ihre Redezeit bzw. demonstrieren sie mit ihrem Redeverhalten nicht gleichermaßen. Dieser Befund könnte auf die von Brescoll empirisch belegte Angst von Frauen vor einem Backlash hinweisen (vgl. 3.1)

Sollten weibliche Bundestagsabgeordnete diese Sorge tatsächlich haben, so scheint sie zumindest mit Blick auf die Reaktionen anderer Abgeordneter unbegründet, die im Plenarprotokoll festgehalten werden: Entgegen meiner rollenkongruenztheoretischen Erwartung, die von Studien über die Reaktionen von Wähler:innen gestützt wird (vgl. 3.2), erfahren Frauen weniger negative Reaktionen als Männer, wenn sie vor dem Plenum reden (vgl. 5.2) und somit ein als geschlechterrolleninkongruentes Verhalten zeigen. Hinzukommt, dass weibliche Abgeordnete auch mehr positive Reaktionen erfahren als männliche, wengleich der Geschlechterunterschied hier deutlich geringer ausfällt als bei den negativen Reaktionen und vornehmlich durch den insgesamt häufig und bei Frauen noch einmal leicht verstärkt auftretenden Beifall getrieben wird (vgl. ebd.). Der Befund, dass Frauen vom Plenum mehr Beifall erhalten als Männer, stützt, was Burkhardts (1992) Analyse auf einer sehr viel kleineren Datengrundlage schon angedeutet hat (vgl. 3.2) und lässt sich mit der Rollenkongruenztheorie auf den ersten Blick nicht erklären. So lässt sich zwar die Klassifizierung von Beifall als intendiert positives Signal relativieren, da dieser mitunter als Routine-Reaktion eingeordnet wird (vgl. ebd.) und die anderen beiden untersuchten positiven Reaktionen nicht stärker auf Frauen entfallen (vgl. 5.2). Dennoch ist der Beifall für Frauen weit davon entfernt, ein intendiert negatives Signal zu sein, wie es der kaum vorhandene Beifall für die „AfD“ ist (vgl. 3.2; 5.2). Selbst wenn die Aussage „Frauen erhalten mehr positive Reaktionen als Männer“ durch meine Analyse nicht eindeutig über alle positiven Reaktionsformen hinweg gestützt wird, wird auf Redebeiträge weiblicher Abgeordneter im Bundestag insgesamt doch weniger negativer reagiert als auf solche männlicher. Frauen erhalten während Plenarsitzungen folglich nicht das Signal, dass ihr Reden normativ unerwünscht ist. Vor dem Hintergrund der Rollenkongruenztheorie kann das als Zeichen der Veränderung der *injunctive norms* der traditionellen weiblichen Geschlechterrollen gedeutet werden, als Veränderung der normativen Erwartungen an Frauen, wie sie bereits in vorherigen Studien festgestellt wurde (vgl. 2.2).

Abgesehen davon fällt bezüglich der Reaktionen insbesondere auf, dass Lachen – sei es positiv oder negativ konnotiert – den größten Geschlechterunterschied aufweist (vgl. 5.2). Im Falle des „höhnischen“ Lachens sticht das noch etwas weniger heraus, da es als eine besonders stark ausgeprägte Facette der insgesamt negativeren Reaktionen gegenüber männlichen Abgeordneten erscheint. Dass Männer aber auch „Heiterkeit“ als einzige positiv-konnotierte Reaktion im Plenarsaal mehr erfahren, ist dagegen umso auffälliger – zumal diese Reaktionsart den größten Geschlechterunterschied überhaupt verzeichnet (vgl. ebd.). Dieser Befund deutet daraufhin, dass männliche Abgeordnete häufiger als weibliche das Plenum als

Bühne für einen Witz bzw. eine humoristische Bemerkung nutzen, was ein Zeichen für ihre Selbstsicherheit in der parlamentarische Arena sein könnte. Frauen dagegen, die im deutschen Parlament noch immer in geringerer Nummer vertreten sind, verspüren diese Selbstsicherheit womöglich nicht in gleichem Ausmaß oder wollen die begrenzte Plenarzeit möglicherweise stärker anderweitig nutzen.

6.2 Limitationen und Ausblick

Die größte Limitation meiner Arbeit besteht darin, dass ich bei der Analyse des Plenargeschehens den thematischen Kontext der Redebeiträge und Reaktionen nicht einbeziehen konnte. Grund dafür ist, dass dessen inhaltliche Identifizierung über den Rahmen dieser Arbeit hinausgegangen wäre. Dennoch wäre es in mehrerer Hinsicht relevant, die jeweils behandelten Themen zu berücksichtigen. Erstens könnte die Frage, wie häufig wird welches Thema behandelt, für die Redelänge relevant sein, weil aus den Antworten der Fraktionen hervorgeht, dass die Arbeitsgruppen bzw. die thematische Expertise zentral für die Vergabe von Reden ist (vgl. 3.1). Es ist nicht auszuschließen, dass das auch in die festgestellten Geschlechterunterschiede einfließt, da etwa die Zusammensetzung der Ausschüsse im Bundestag durchaus auf themenspezifische Geschlechterdifferenzen verweist (Bolzendahl, 2014, S. 856). Andererseits wirkt mein langer Untersuchungszeitraum von mehr als 40 Jahren aber einer potentiellen Verzerrung der Redelänge entgegen, die ansonsten durch die saisonale bzw. ereignisbezogene Dominanz bestimmter Themen zustande kommen könnte. Bei den schriftlichen Einzelfragen können die Abgeordneten ohnehin selbst entscheiden, was auf der Agenda steht, d.h. zu welchen Themen sie der Bundesregierung eine Frage stellen wollen, weshalb die Anzahl der Fragen hier noch weniger von kurzzeitig dominierenden Themen abhängen dürfte. Hinsichtlich der Reaktionen auf Redebeiträge lässt sich dagegen die Relevanz der Kontrolle des jeweiligen Themenbereiches nicht absprechen. Denn es liegt nahe, dass das Ausmaß an erhaltenen positiven und negativen Reaktionen auch erheblich davon abhängt, wie polarisiert die Meinungen in einem bestimmten Themenbereich sind und wie hitzig darüber entsprechend diskutiert wird. So zeigt etwa eine Analyse von Och (2020), dass die Anzahl an Unterbrechungen in einer Debatte, in der es um die Gleichstellung von Frauen und Männern in Führungspositionen geht, deutlich höher ist als die Anzahl an Unterbrechungen in einer als stereotypisch-maskulin eingestuften Finanzdebatte, die wiederum deutlich mehr Unterbrechungen verzeichnet als eine als genderneutral klassifizierte Debatte zu Internet Governance (S. 395; 399).

In zukünftigen Studien wäre daher zu prüfen, ob Reaktionen auf männliche Abgeordnete im Bundestag auch dann negativer ausfallen bzw. ob weibliche Abgeordnete auch dann mehr Beifall bekommen, wenn das Thema ihrer Redebeiträge kontrolliert wird. Zusätzlich wäre interessant zu untersuchen, ob Geschlechterunterschiede auch in der schriftlichen Partizipation im Bundestag auftreten bzw. ob sich die bestehenden Unterschiede in der mündlichen Partizipation verstärken, wenn die Konnotation eines Politikfeldes als stereotypisch-maskulin oder -feminin und somit eine weitere Differenzierung von Geschlechterrollenkongruenzen berücksichtigt wird. Denn Bäck & Debus haben mittels einer solchen Differenzierung bezüglich nordischer Länder bereits festgestellt, dass Frauen nur in stereotypisch-maskulinen, nicht aber in stereotypisch-femininen Bereichen weniger reden als Männer (2019, S. 590ff.). Für die Bundestagsreden der 17. Legislaturperiode haben sich in ihrer Analyse dagegen keine solchen Muster gezeigt (2016, S. 103f.), wobei offen ist, ob das für den Bundestag im Allgemeinen oder nur diese Legislaturperiode gilt.

Eine zweite Limitation meiner Arbeit betrifft die Frage, inwiefern die Plenarprotokolle als Grundlage der von mir verwendeten Daten die Sitzungen im Plenarsaal allumfassend wiedergeben. So kann zwar argumentiert werden, dass das Redeverhalten trotz des beschränkten Raums für Korrekturen durch die Redner:innen sowie redaktionelle Bearbeitung durch die Stenograph:innen (vgl. Olschewski, 2000, S. 337-346) realitätsgetreu abgebildet wird. Schließlich werden die von mir untersuchten Redebeiträge durch ein Mikrofon vorgetragen (Burkhardt, 2004, S. 160; Deutscher Bundestag, 2020, Abs. 8), sodass nicht die Gefahr besteht, dass Aussagen akustisch untergehen. Hingegen kann hinterfragt werden, ob die sechs in den Plenarprotokollen notierten und von mir untersuchten Reaktionen sowie die Zwischenrufe tatsächlich alle im Plenarsaal auftretenden Reaktionen umfassen. Selbst wenn dies der Fall sein sollte, stellt sich die Frage, ob sie von den Stenograph:innen immer wahrgenommen werden können, wenn sie doch spontan (vgl. 3.1) an jeder beliebigen Stelle im Plenarsaal erfolgen können. Burkhardt (2004) hält beispielsweise für die ebenfalls spontan auftretenden Zwischenrufe fest, dass diese in der Regel nicht durch die Mikrofone aufgefangen werden (S. 160). Zwischenrufe seien daher nur in dem Stenographischen Bericht notiert, „[s]oweit [Hervorhebung hinzugefügt] sie von den Parlamentsstenographen vernommen und aufgezeichnet wurden“ (ebd.).

Doch auch wenn sie nicht zu 100 Prozent vollständig sind, stellen digitalisierte Plenarprotokolle die größte aktuell verfügbare Quelle über das Plenargeschehen dar. Folglich könnte diese Quelle in zukünftiger Forschung noch besser genutzt werden, um auch die

Zwischenrufe – eine weitere zentrale Reaktion im Plenarsaal – etwa mittels einer Sentiment Analyse auf ihre Tonalität gegenüber den Redenden zu untersuchen.

Abgesehen davon ist auch eine Erforschung der Motive und Hürden der Partizipation und Reaktion von bzw. auf Abgeordnete relevant, da die in dieser Arbeit verwendete Theorie der sozialen Rollen bzw. die Rollenkongruenztheorie nur eine Möglichkeit ist, geschlechtsspezifische Muster zu erklären. Zwar wurde sie in der jüngeren politikwissenschaftlichen Geschlechterforschung vermehrt als relevant erachtet (vgl. 3.) und auf Geschlechterrollen basierende Erwartungen wurden in dieser Arbeit hinsichtlich der schriftlichen versus mündlichen Partizipation auch erfüllt. Die festgestellten Reaktionsmuster konnten auf ihrer Grundlage jedoch nicht bzw. nur bedingt erklärt werden. Das gilt insbesondere für die Frage, warum auf männliche Abgeordnete mehr negative Reaktionen entfallen als auf weibliche. Auch bezüglich der Partizipation kann auf der Basis meines Untersuchungsdesigns nicht festgestellt werden, ob Geschlechterrollen tatsächlich dafür ausschlaggebend waren. Um dies herauszufinden, könnten zum Beispiel Interviews mit Bundestagsabgeordneten hilfreich sein. Diese könnten etwa der Frage nachgehen, warum es in der FDP- und Linksfraktion keine signifikanten Geschlechterunterschiede in der Redepartizipation gibt, in den anderen Fraktionen jedoch schon.

Abschließend lässt sich festhalten, dass im Deutschen Bundestag mit Blick auf die ungleiche Redepartizipation von Frauen und Männern Verbesserungsbedarf besteht. Dies gilt vor allem aufgrund der Relevanz von Geschlechtergleichheit für die demokratische Qualität eines Landes. Denn als prestigeträchtige, öffentlichkeitswirksame Bühne bietet der Plenarsaal weit mehr als die schriftlichen Fragen die Chance, der nach wie vor bestehenden Unterrepräsentation von Frauen im Bundestag entgegen zu wirken. Haben sich die Reaktionen anderer Abgeordneter nicht als Hindernis für die Repräsentation von Frauen im Plenarsaal erwiesen, so gilt es künftig weiter zu erforschen, warum weibliche Abgeordnete dort weniger Gehör finden als männliche.

Literatur- und Datenverzeichnis

- Akirav, O. (2020). Gender and parliamentary activity. *Women's Studies International Forum*, 79.
- Bäck, H., & Debus, M. (2016). *Political Parties, Parliaments and Legislative Speechmaking*. New York, NY: Palgrave Macmillan.
- Bäck, H., & Debus, M. (2019). When Do Women Speak? A Comparative Analysis of the Role of Gender in Legislative Debates. *Political Studies*, 67(3), 576–596.
- Bäck, H., Debus, M. & Müller, J. (2014). Who Takes the Parliamentary Floor? The Role of Gender in Speech-Making in the Swedish Riksdag. *Political Research Quarterly*, 6, 7504–7518.
- Bakan, D. (1966). *The duality of human existence: An essay on psychology and religion*. Chicago: Rand McNally.
- Bergmann, H., Bailer, S., Ohmura, T., Saalfeld, T. & Sieberer, U. (2018a). BTVote MP Characteristics. *Harvard Dataverse*, V1 [Data Set]. <https://doi.org/10.7910/DVN/QSFXLQ>.
- Bergmann, H., Bailer, S.; Ohmura, T.; Saalfeld, T.; Sieberer, U. (2018b). Codebook for BTVote datasets. *Harvard Dataverse*, V1. <https://doi.org/10.7910/DVN/RESB5L>.
- Bird, K. (2005). Gendering Parliamentary Questions. *British Journal of Politics and International Relations*, 7(3), 353–70.
- Blome, A. & Müller, K.-U. (2021). Gekommen, um (unterrepräsentiert) zu bleiben? Frauenanteil im Deutschen Bundestag stagniert seit über 20 Jahren bei einem Drittel. *DIW Wochenbericht*, 43. Online am 20. November 2021 abgerufen unter: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.827421.de/21-43-1.pdf.
- Bolzendahl, C. (2014). Opportunities and Expectations. The Gendered Organization of Legislative Committees in Germany, Sweden, and the United States. *Gender & Society*, 28(6), 847-876.
- Boussalis, C., Coan, T. G., Holman, M. R., & Müller, S. (2021). Gender, candidate emotional expression, and voter reactions during televised debates. *American Political Science Review*, 115(4), 1242-1257.
- Brescoll, V. L. (2012). Who Takes the Floor and Why: Gender, Power, and Volubility in Organizations. *Administrative Science Quarterly*, 56, 622–641.
- Brunsbach, S. (2011). Machen Frauen den Unterschied? Parlamentarierinnen als Repräsentantinnen frauenspezifischer Interessen im Deutschen Bundestag. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 3-24.
- Bundeswahlleiter (2018). *Ergebnisse früherer Bundestagswahlen*. Online am 06.04.2021 abgerufen unter: https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/397735e3-0585-46f6-a0b5-2c60c5b83de6/btw_ab49_gesamt.pdf.

- Burkhardt, A. (1992). "Das ist eine Frage des Intellekts, Frau Kollegin!". Zur Behandlung von Rednerinnen in deutschen Parlamenten." In S. Günthner & H. Kotthoff (Hrsg.), *Die Geschlechter im Gespräch. Kommunikation in Institutionen*, 287–309. Stuttgart: Metzler.
- Burkhardt, A. (2004). *Zwischen Monolog und Dialog. Zur Theorie, Typologie und Geschichte des Zwischenrufs im deutschen Parlamentarismus. Reihe Germanistische Linguistik*, 250. Tübingen: Niemeyer (Reihe Germanistische Linguistik 250).
- Burkhardt, A. (2016). German Parliamentary Discourse since 1848 from a Linguistic Point of View. In P. Ihalainen, C. Ilie & K. Palonen (Hrsg.), *Parliament and Parliamentarism. A comparative history of a European concept* (S. 176-191). New York: Berghahn Books.
- Bush, S. S., & Zetterberg, P. (2021). Gender quotas and international reputation. *American Journal of Political Science*, 65(2), 326-341.
- Chaqués-Bonafont, L., & Cristancho, C. (2021). The Gender Divide in Issue Attention. *European Journal of Political Research*, 1-18.
- Childs, S. & Lovenduski, J. (2013). Political Representation. In G. Waylen, K. Celis, J. Kantola und S. L. Weldon (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Gender and Politics* (S. 1-27). Oxford: Oxford University Press.
- Cialdini, R. B., & Trost, M. R. (1998). Social influence: Social norms, conformity, and compliance. In D. T. Gilbert, S. T. Fiske, & G. Lindzey (Hrsg.), *The handbook of social psychology, Volume 2* (4. Aufl.) (S. 151–192). Boston: McGraw-Hill.
- Crenshaw, K. (1989). Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. *University of Chicago Legal Forum*, 1.
- Deutscher Bundestag (k. D. a). *Dokumente. Drucksachen*. Online am 09.09.2021 abgerufen unter: <https://www.bundestag.de/drucksachen>.
- Deutscher Bundestag (k. D. b). *Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags. Anlage 4 - Richtlinien für die Fragestunde und für die schriftlichen Einzelfragen*. Online am 04.06.2021 abgerufen unter https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/go_btg/anlage4-245184.
- Deutscher Bundestag (k. D. c). *Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags. VI. Tagesordnung, Einberufung, Leitung der Sitzung und Ordnungsmaßnahmen*. Online am 01. Dezember 2021 abgerufen unter: https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/go_btg/go06-245164.
- Deutscher Bundestag (k. D. d). *Kürschners Volkshandbuch*. Online am 01. Dezember 2021 abgerufen unter: <https://www.bundestag.de/services/glossar/glossar/K/kuerschner-249700>.

- Deutscher Bundestag (2020). *Auf einen Blick. Das Plenum des Deutschen Bundestages*. Online abgerufen am 01.12.2021 abgerufen unter: <https://www.btg-bestellservice.de/pdf/20056000.pdf>.
- Eagly, A. H. (1987). *Sex differences in social behavior: A social-role interpretation*. Hillsdale, NJ: Erlbaum.
- Eagly, A. H. & Karau, S. J. (2002). Role Congruity Theory of Prejudice Toward Female Leaders. *Psychological Review*, 109(3), 573–598.
- Eckes, T. (2004). Geschlechterstereotype: Von Rollen, Identitäten und Vorurteilen. In R. Becker et al. (Hrsg), *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung* (S. 165-176). Wiesbaden: VS.
- Eagly, A. H. & Wood, W. (2012). Social role theory. In P. A. Van Lange, A. W. Kruglanski & E. T. Higgins, *Handbook of theories of social psychology: Volume 2 [Online Version]* (S. 1-19). SAGE Publications Ltd.. doi: <https://www.doi.org/10.4135/9781446249222.n49>.
- Eagly, A. H., Nater, C., Miller, D. I., Kaufmann, M., & Sczesny, S. (2020). Genderstereotypes have changed: A cross-temporal meta-analysis of US public opinion polls from 1946 to 2018. *American psychologist*, 75(3), 301.
- Elsässer, L., & Schäfer, A. (2018). Die politische Repräsentation von Frauen und der Umbau des Sozialstaats. *Politische Vierteljahresschrift*, 59(4), 659-680.
- Erikson, J. & Josefsson, C. (2018). The Legislature as a Gendered Workplace: Exploring Members of Parliament's Experiences of Working in the Swedish Parliament. *International Political Science Review*, 40(20), 197-214.
- Euchner, E. & Frech, E. (2020). Mandated Representation: Exploring the Consequences of Gender Quota Design on Parliamentary Activity, *Parliamentary Affairs*, 0, 1-27.
- Feldkamp, M. F. (2018). Deutscher Bundestag 1998 bis 2017/18: Parlaments- und Wahlstatistik für die 14. bis beginnende 19. Wahlperiode. *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 49(2), 207-222.
- Gelman, A., & Hill, J. (2006). *Data analysis using regression and multilevel/hierarchical models*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Göbel & Munzert (2021). The Comparative Legislators Database. *British Journal of Political Science*, 1-11.
- Hargrave, L., & Blumenau, J. (im Druck). No Longer Conforming to Stereotypes? Gender, Political Style, and Parliamentary Debate in the UK. *British Journal of Political Science*.
- Hilbe, J. M. (2007). *Negative Binomial Regression*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Höhm, D. (2019). When Do Female MPs Represent Women's Interests? Electoral Systems and the Legislative Behavior of Women. *Political Research Quarterly*, 1–14.

- Inter-Parliamentary Union (2020). *Women in parliament: 1995–2020*. Online am 01. November 2021 abgerufen unter: <https://www.ipu.org/resources/publications/reports/2020-03/women-in-parliament-1995-2020-25-years-in-review>.
- Ismayr, W. (2006). *Der Deutsche Bundestag im politischen System der Bundesrepublik Deutschland* (2. Aufl.). Wiesbaden: VS.
- Ismayr, W. (2012). *Der Deutsche Bundestag* (3., völlig überarb. und aktualisierte Aufl.). Wiesbaden: VS.
- Kathlene, L., (1994). Power and influence in state legislative policymaking: the interaction of gender and position in committee hearing debates. *The American political science review*, 88(3), 560–576.
- Kantola, J., & Rolandsen Agustín, L. (2019). Gendering the representative work of the European Parliament: A political analysis of women MEP's perceptions of gender equality in party groups. *Journal of Common Market Studies*, 57(4), 768-786.
- Kleiber, C. & Zeileis, A. (2016). Visualizing Count Data Regressions Using Rootograms. *The American Statistician*, 70 (3), 296–303.
- Konak Unal, S. (2020). The role of gender in Turkish parliamentary debates. *Turkish Studies*, 1-28.
- Lewandowsky, M., Giebler, H., & Wagner, A. (2016). Rechtspopulismus in Deutschland. Eine empirische Einordnung der Parteien zur Bundestagswahl 2013 unter besonderer Berücksichtigung der AfD. *Politische Vierteljahresschrift*, 57(2), 247-275.
- Marcinkowski, F. (2000). Die Medien-Öffentlichkeit des Parlaments in der „Verhandlungsdemokratie“. Theoretische Überlegungen und empirische Befunde zur Parlamentsberichterstattung von Presse und Fernsehen. In O. Jarren, K. Imhof & R. Blum (Hrsg.), *Zerfall der Öffentlichkeit?* (S. 49-73). Wiesbaden: VS.
- Martin, S. (2011a). Parliamentary Questions, the Behaviour of Legislators, and the Function of Legislatures: An Introduction. *The Journal of Legislative Studies*, 17(3), 259-270.
- Martin, S. (2011b). Using parliamentary questions to measure constituency focus: An application to the Irish case. *Political studies*, 59(2), 472-488.
- Mediendienst Integration (2017). *Politische Teilhabe. Abgeordnete mit Migrationshintergrund im 19. Deutschen Bundestag*. Online am 15.11.2021 abgerufen unter: https://mediendienst-integration.de/fileadmin/MDI_Recherche_Bundestag_2017.pdf.
- Mediendienst Integration (2021). *Politische Teilhabe. Abgeordnete mit Migrationshintergrund im 20. Deutschen Bundestag*. Online am 15.11.2021 abgerufen unter: https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Recherche_Bundestag_2021_Mediendienst.pdf.

- Metz, T., & Jäckle, S. (2016). Hierarchical, decentralized, or something else? Opposition networks in the German bundestag. *Legislative Studies Quarterly*, 41(2), 501-542.
- Mueller, R. (2011). Fun in the German Parliament?. In D. E. Popa, & V. Tsakona (Hrsg.), *Studies in Political Humour: In Between Political Critique and Public Entertainment* (S. 33-59). Amsterdam: John Benjamins Publishing Company.
- Murray, R. (2010). Second Among Unequals? A Study of Whether France's Quota Women are Up to the Job. *Politics & Gender*, 6, 93-118.
- Och, M. (2020). Maninterrupting in the German Bundestag: Gendered Opposition to Female Members of Parliament?. *Politics & Gender*, 16(2), 388-408.
- Okimoto, T. G., & Brescoll, V. L. (2010). The price of power: Power seeking and backlash against female politicians. *Personality and Social Psychology Bulletin*, 36(7), 923-936.
- Olschweski, A. (2000). Die Verschriftung von Parlamentsdebatten durch die stenographischen Dienste in Geschichte und Gegenwart. In A. Burkhardt, & K. Pape (Hrsg.), *Sprache des Deutschen Parlamentarismus: Studien Zu 150 Jahren Parlamentarischer Kommunikation* (S. 336-353). Wiesbaden: VS.
- Open Discourse (k. D. a). *Daten und Methodik*. Online am 27.10.2021 abgerufen unter: <https://opendiscourse.de/daten-und-methodik>.
- Open Discourse (k. D. b). *Über Uns*. Online am 27.10.2021 abgerufen unter: <https://opendiscourse.de/ueber-uns>.
- Ostermeyer, G. (1956): Beifall, Mißfallen, Tumulte im Parlamentsprotokoll. *Neue Stenographische Praxis*, 4, 1-22.
- Pearson, K. & Dancey, L. (2011). Elevating Women's Voice in Congress: Speech Participation in the House of Representatives. *Political Research Quarterly*, 64, 910-923.
- Phillips, A. (1998). *The Politics of Presence*. Oxford: Oxford University Press.
- Pitkin, H. (1967). *The Concept of Representation*. Berkeley: University of California Press.
- Proksch, S.-O., & Slapin, J. B. (2014). *The Politics of Parliamentary Debate*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Redaktion Datenhandbuch (2018). 6.6 Koalitionen und Opposition im Bundestag. *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages [Onlineausgabe]*. Online am 02. November 2021 abgerufen unter: https://www.bundestag.de/resource/blob/196254/b1ee801f86cbd4d2cc33d808fce5ffe0/Kapitel_06_06_Koalitionen_und_Opposition_im_Bundestag-data.pdf.
- Redaktion Datenhandbuch (2021a). 5.4 Fraktionsstärke und Fraktionswechsel. *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages [Onlineausgabe]*. Online am 01.12.2021 abgerufen unter:

- https://www.bundestag.de/resource/blob/196154/03a8a1926085a1650646822729803758/Kapitel_05_04_Fraktionswechsel-data.pdf.
- Redaktion Datenhandbuch (2021b). 5.7 Partei- und Fraktionsvorsitzende. *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages [Onlineausgabe]*. Online am 01.06.2021 abgerufen unter: https://www.bundestag.de/resource/blob/294002/0bf2e1a2dc4543ae80f11e219a406178/Kapitel_05_06_Vorstaende_der_Fraktionen_und_Groupen-pdf-data.pdf.
- Redaktion Datenhandbuch (2021c). 7.11 Regelungen zur Debattendauer. *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages [Onlineausgabe]*. Online am 01.06.2021 abgerufen unter: https://www.bundestag.de/resource/blob/196288/dac46e4464ebf275361cba97229096e2/kapitel_07_11_regelungen_zur_debattendauer-data.pdf.
- Redaktion Datenhandbuch (2021d). 8.2 Verzeichnis der Ausschüsse. *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages [Onlineausgabe]*. Online am 01.06.2021 abgerufen unter: https://www.bundestag.de/resource/blob/196162/51b6f5a965e21d02c0830973f0bab8fd/Kapitel_08_02_Verzeichnis_der_Aussch_sse-data.pdf.
- Remschel, T., & Kroeber, C. (2020a). Every Single Word: A New Data Set Including All Parliamentary Materials Published in Germany. *Government and Opposition*, 1-20.
- Remschel, T., & Kroeber, C. (2020b). Every Single Word: A New Data Set Including All Parliamentary Materials Published in Germany. *Harvard Dataverse, V2 [Data Set]*. Online abrufbar unter: <https://doi.org/10.7910/DVN/7EJ1KI>.
- Richter, F.; Koch, P.; Franke, O.; Kraus, J.; Kuruc, F.; Thiem, A.; Högerl, J.; Heine, S.; Schöps, K. (2020). Open Discourse. Harvard Dataverse, Version 3.0. Online am 01.06. 2021 abgerufen unter: <https://doi.org/10.7910/DVN/FIKIBO>.
- Schindler, P. (1999). *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Gesamtausgabe in drei Bänden. Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages*. Baden-Baden: Nomos.
- Schneider, M. C., & Bos, A. L. (2019). The application of social role theory to the study of gender in politics. *Political Psychology*, 40, 173-213.
- Siefken, S. T. (2018). *Parlamentarische Kontrolle im Wandel. Theorie und Praxis des Deutschen Bundestages*. Baden-Baden: Nomos.
- Siefken, S. T. (2020). Parlamentarische Kontrolle und Opposition – realistische Grundlagen für ein dynamisches Verständnis. In S. Bröchler, M. Glaab, H. Schöne (Hrsg.), *Kritik, Kontrolle, Alternative. Regierungssystem und Regieren in der Bundesrepublik Deutschland* (S. 163-192). Wiesbaden: VS.
- Spiecker (2020). Laute Männer, leise Frauen? - Geschlechtsspezifische Partizipation von Bundestagsabgeordneten an schriftlichen Fragen und parlamentarischen Reden im Vergleich [*Unveröffentlichte Hausarbeit*].

- Strasser, S. & Sobolewski, F. (2019). So arbeitet der Deutsche Bundestag. 19. Wahlperiode. *Kürschners Politikkontakte*. Rheinbreitbach: NDV.
- Taylor-Robinson, M. M. (2014). Gender and Legislatures. In S. Martin, T. Saalfeld und K. W. Strøm (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Legislative Studies* (S. 250-266). Oxford: Oxford University Press.
- Tutz, G. (2010). Regression für Zählvariablen. In C. Wolf & H. Best, (Hrsg.), *Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse* (S. 887–904). Wiesbaden: VS.
- Twenge, J. M. (1997). Attitudes toward women, 1970–1995. A meta-analysis. *Psychology of Women Quarterly*, 21(1), 35-51.
- Vallejo Vera, S., & Gómez Vidal (im Druck), A. The Politics of Interruptions: Gendered Disruptions of Legislative Speeches. *Journal of Politics*. <https://doi.org/10.1086/717083>.
- Wang, V. (2014). Tracing Gender Differences in Parliamentary Debates: A Growth Curve Analysis of Ugandan MPs' Activity Levels in Plenary Sessions, 1998-2008. *Representation*, 50, 365–377.
- Wood, W., & Eagly, A. H. (2012). Biosocial construction of sex differences and similarities in behavior. In J. M. Olson & M. P. Zanna, *Advances in experimental social psychology* (Vol. 46, S. 55-123). Burlington: Academic Press.

Anhang

Persönliche Kommunikation

Die persönliche Kommunikation mit den Bundestagsfraktionen sowie dem Open Discourse-Team wurde aus Datenschutzgründen aus dieser veröffentlichten Version der Masterarbeit entfernt.

Zusätzliche Abbildungen und Tabellen zu Regressionen

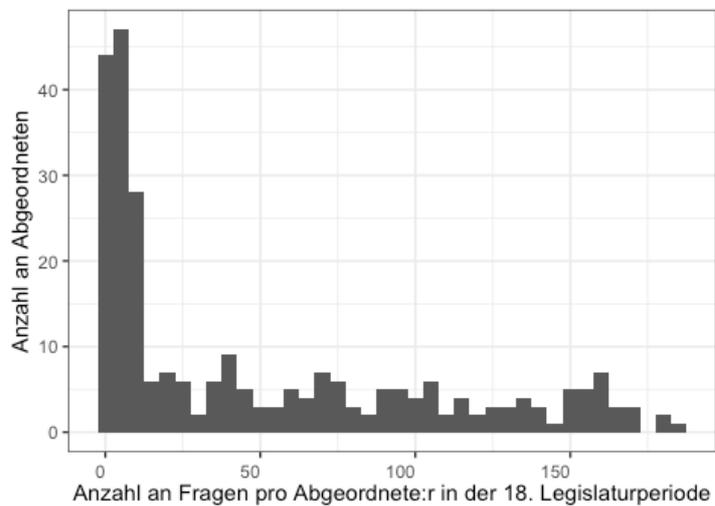


Abbildung 25: Anzahl gestellter schriftlicher Fragen in der 18. Legislaturperiode.

Anmerkung: Die Klassenbreite beträgt 5.

Datengrundlage: Remschel & Kroeber, 2020b.

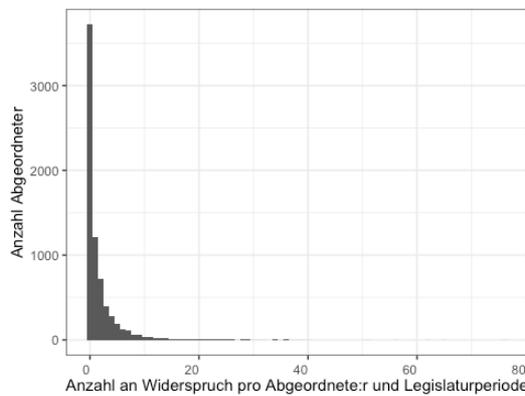
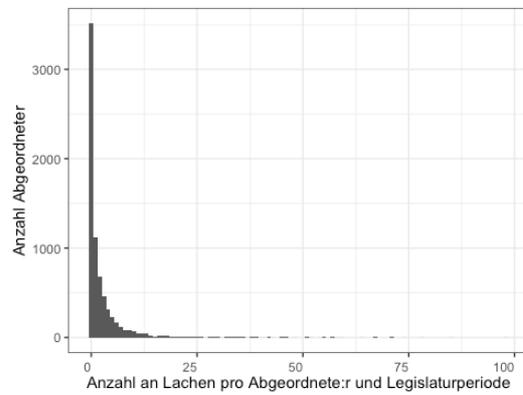
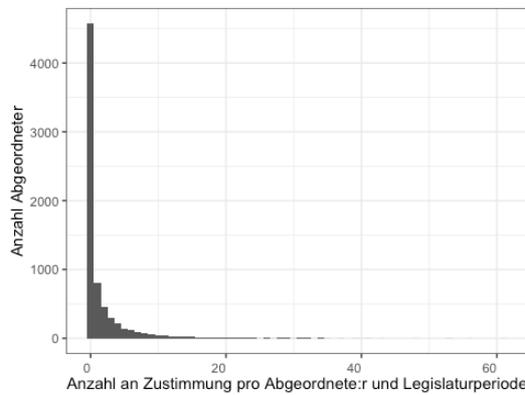
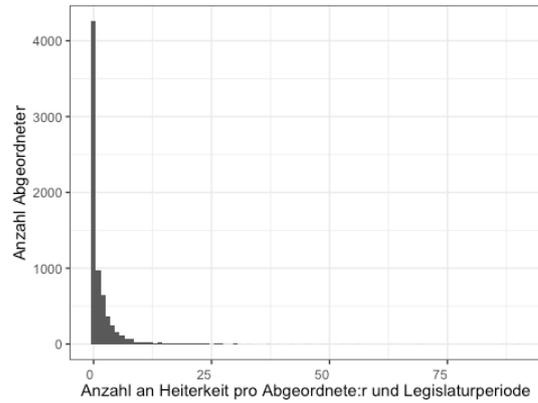
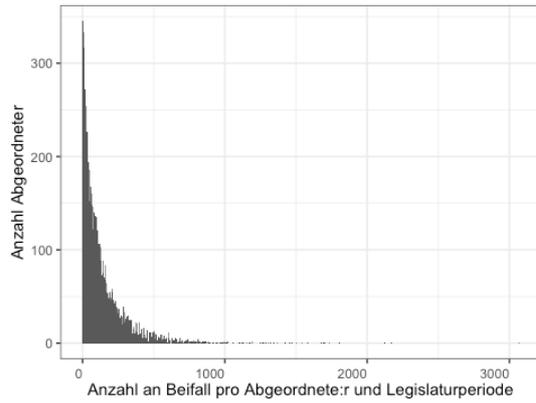
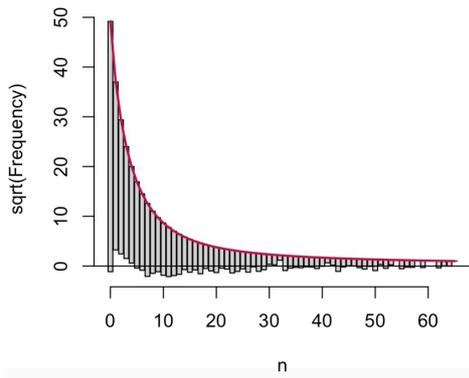


Abbildung 26: Verteilung der Anzahl an Beifall, Heiterkeit, Zustimmung, Lachen und Widerspruch pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode im achten bis 19. Deutschen Bundestag.

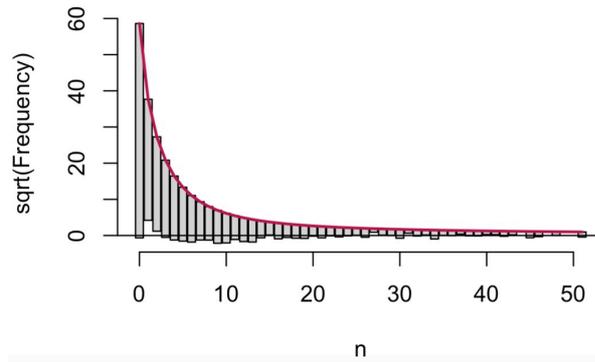
Anmerkung: Die Klassenbreite beträgt bezüglich des Beifalls fünf und bezüglich der restlichen Reaktionen eins.

Datengrundlage: Richter et al., 2020.

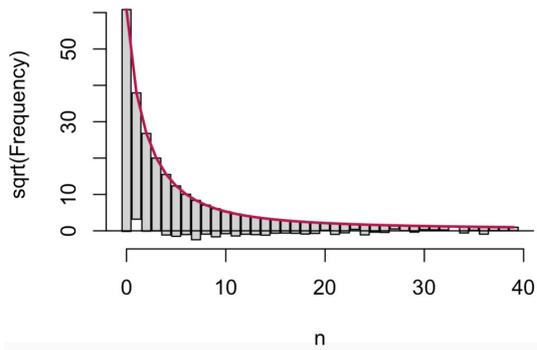
Negative Reaktionen



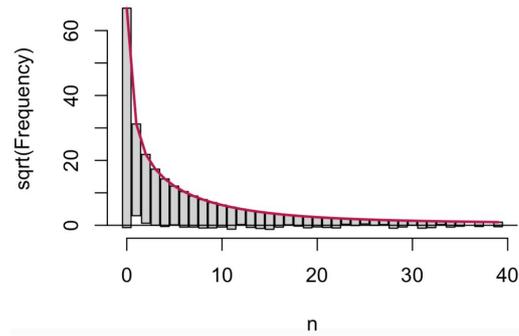
Lachen



Zustimmung



Widerspruch



Heiterkeit

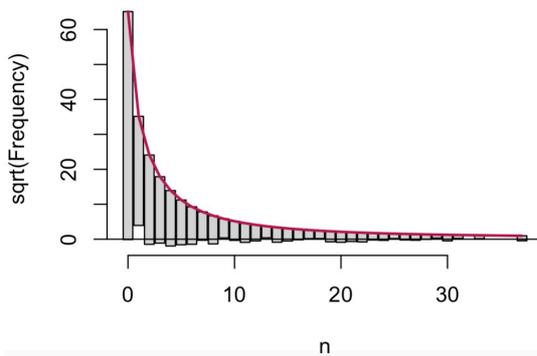


Abbildung 27: Rootogramme für die Anpassung meiner negativen Binomial-Regressionsmodelle an Reaktionsdaten mit exzessiven Nullen.

| Legislaturperiode | Zugehörigkeit | N Schriftliche Fragen | % Schriftliche Fragen |
|--------------------------|----------------------|------------------------------|------------------------------|
| 8 | Regierungspartei | 2345 | 38.2 |
| 8 | Oppositionspartei | 3797 | 61.8 |
| 9 | Regierungspartei | 2912 | 37.8 |
| 9 | Oppositionspartei | 4783 | 62.2 |
| 10 | Regierungspartei | 5892 | 37.3 |
| 10 | Oppositionspartei | 9905 | 62.7 |
| 11 | Regierungspartei | 4718 | 31.4 |
| 11 | Oppositionspartei | 10302 | 68.6 |
| 12 | Regierungspartei | 5760 | 34.7 |
| 12 | Oppositionspartei | 10839 | 65.3 |
| 13 | Regierungspartei | 3135 | 21.1 |
| 13 | Oppositionspartei | 11739 | 78.9 |
| 14 | Regierungspartei | 1444 | 12.2 |
| 14 | Oppositionspartei | 10363 | 87.8 |
| 15 | Regierungspartei | 406 | 3.8 |
| 15 | Oppositionspartei | 10323 | 96.2 |
| 16 | Regierungspartei | 2780 | 22.8 |
| 16 | Oppositionspartei | 9387 | 77.2 |
| 17 | Regierungspartei | 1156 | 6.5 |
| 17 | Oppositionspartei | 16766 | 93.5 |
| 18 | Regierungspartei | 1315 | 10.1 |
| 18 | Oppositionspartei | 11641 | 89.9 |

*Table 10: Verteilung der schriftlichen Fragen auf Regierungs- und Oppositionsparteien.
Datenquelle: Remschel & Kroeber, 2020b.*

| Legislaturperiode | Geschlecht | (Vize-)Fraktionsvorsitzende |
|--------------------------|-------------------|------------------------------------|
| 8 | Frau | 3 |
| 8 | Mann | 20 |
| 9 | Frau | 3 |
| 9 | Mann | 20 |
| 10 | Frau | 7 |
| 10 | Mann | 23 |
| 11 | Frau | 7 |
| 11 | Mann | 22 |
| 12 | Frau | 7 |
| 12 | Mann | 23 |
| 13 | Frau | 6 |
| 13 | Mann | 21 |
| 14 | Frau | 11 |
| 14 | Mann | 23 |
| 15 | Frau | 12 |
| 15 | Mann | 21 |
| 16 | Frau | 19 |
| 16 | Mann | 29 |
| 17 | Frau | 12 |
| 17 | Mann | 29 |
| 18 | Frau | 14 |
| 18 | Mann | 25 |
| 19 | Frau | 20 |
| 19 | Mann | 31 |

Table 11: Anzahl weiblicher und männlicher Fraktionsvorsitzender.

Datengrundlage: Bergmann et al, 2018a; Redaktion Datenhandbuch, 2021b, S. 8f.; 13f.; 16f.; 19f.; 23f.. Richter et al., 2020.

| | Lachen | Widerspruch | Beifall | Zustimmung | Heiterkeit |
|--|-------------------------------|-------------------------------|-------------------------------|-------------------------------|-------------------------------|
| Mann | 1.33 ^{***} (0.06) | 1.15 ^{***} (0.05) | 0.92 ^{***} (0.02) | 0.96 (0.05) | 1.48 ^{**} (0.07) |
| Union | 1.58 ^{***} (0.07) | 1.34 ^{***} (0.06) | 0.84 ^{***} (0.02) | 1.04 (0.05) | 0.97 (0.05) |
| FDP | 1.64 ^{***} (0.10) | 1.41 ^{***} (0.09) | 1.29 ^{***} (0.04) | 1.77 ^{***} (0.13) | 1.19 [*] (0.09) |
| Grüne | 1.33 ^{***} (0.10) | 1.20 ^{**} (0.08) | 1.20 ^{***} (0.04) | 1.25 ^{**} (0.11) | 1.33 ^{***} (0.11) |
| Linke | 2.70 ^{***} (0.22) | 1.47 ^{***} (0.13) | 1.22 ^{***} (0.05) | 1.09 (0.15) | 1.17 (0.12) |
| AfD | 8.37 ^{***} (1.61) | 4.34 ^{***} (0.72) | 0.03 ^{***} (0.00) | 1.22 (0.76) | 0.51 ^{***} (0.10) |
| Oppositionspartei | 0.84 ^{***} (0.03) | 1.15 ^{***} (0.05) | 0.99 (0.02) | 1.00 (0.04) | 1.08 (0.05) |
| (Vize-)Ausschussvorsitz | 0.81 ^{**} (0.06) | 0.97 (0.07) | 1.09 ^{**} (0.03) | 1.12 (0.08) | 1.19 [*] (0.09) |
| (Vize-)Fraktionsvorsitz | 1.03 (0.08) | 0.97 (0.08) | 0.93 (0.04) | 1.04 (0.10) | 0.81 [*] (0.08) |
| (Vize-)Parlamentarische Geschäftsführung | 1.41 ^{***} (0.14) | 1.50 ^{***} (0.15) | 1.19 ^{***} (0.06) | 0.93 (0.11) | 1.19 (0.14) |
| Alter | 0.99 ^{***} (0.00) | 0.99 ^{***} (0.00) | 0.99 ^{***} (0.00) | 0.99 ^{***} (0.00) | 1.00 (0.00) |
| Redelänge | 1.00 ^{***} (0.00) |
| 9. LP | 0.49 ^{***} (0.05) | 0.52 ^{***} (0.07) | 0.68 ^{***} (0.03) | 0.67 ^{***} (0.05) | 0.76 [*] (0.10) |
| 10. LP | 1.22 [*] (0.11) | 1.88 ^{***} (0.19) | 1.28 ^{***} (0.05) | 1.25 ^{**} (0.09) | 1.14 (0.13) |
| 11. LP | 1.04 (0.10) | 2.63 ^{***} (0.27) | 1.38 ^{***} (0.06) | 1.14 (0.08) | 1.23 (0.14) |
| 12. LP | 0.61 ^{***} (0.06) | 2.44 ^{***} (0.24) | 1.94 ^{***} (0.08) | 0.43 ^{***} (0.03) | 1.01 (0.12) |
| 13. LP | 1.11 (0.10) | 2.86 ^{***} (0.28) | 2.23 ^{***} (0.09) | 0.31 ^{***} (0.02) | 1.42 ^{**} (0.16) |
| 14. LP | 1.28 ^{**} (0.11) | 2.51 ^{***} (0.25) | 2.21 ^{***} (0.09) | 0.10 ^{***} (0.01) | 1.35 ^{**} (0.15) |
| 15. LP | 1.21 [*] (0.11) | 2.11 ^{***} (0.21) | 2.16 ^{***} (0.09) | 0.03 ^{***} (0.00) | 1.18 (0.14) |
| 16. LP | 0.68 ^{***} (0.06) | 2.04 ^{***} (0.21) | 2.73 ^{***} (0.11) | 0.04 ^{***} (0.00) | 1.78 ^{***} (0.20) |
| 17. LP | 1.21 [*] (0.11) | 2.10 ^{***} (0.21) | 2.70 ^{***} (0.11) | 0.01 ^{***} (0.00) | 1.93 ^{***} (0.21) |
| 18. LP | 0.64 ^{***} (0.06) | 1.60 ^{***} (0.17) | 3.07 ^{***} (0.13) | 0.02 ^{***} (0.00) | 2.79 ^{***} (0.31) |
| 19. LP | 0.96 (0.09) | 1.46 ^{**} (0.15) | 4.27 ^{***} (0.18) | 0.01 ^{***} (0.00) | 3.04 ^{***} (0.33) |
| <i>N</i> | 6817 | 6825 | 6792 | 6828 | 6842 |
| Log Likelihood | -10150.74 | -9162.76 | -34745.62 | -6681.98 | -8271.05 |
| AIC | 20351.47 | 18375.51 | 69541.24 | 13413.95 | 16592.11 |

Tabelle 12: Effekt des Geschlechts auf die Anzahl an erhaltenen Reaktionen pro Abgeordnete:r und Legislaturperiode ohne Ausreißer.

Anmerkung: Die negativen Binomial-Regressionskoeffizienten sind als *Incidence Rate Ratios* angegeben. Die Referenzkategorie bezieht sich auf die erhaltenen Reaktionen einer SPD-Abgeordneten in der achten Legislaturperiode. Signifikanzniveau: *** $p < 0.001$; ** $p < 0.01$; * $p < 0.05$.
Datengrundlage: Bergmann et al., 2018a; Redaktion Datenhandbuch, 2019, S. 1-15; ebd., 2021b, S. 8f.; 13f.; 16f.; 19f.; 23f.; 2021d, S. 24-31; Richter et al., 2020.

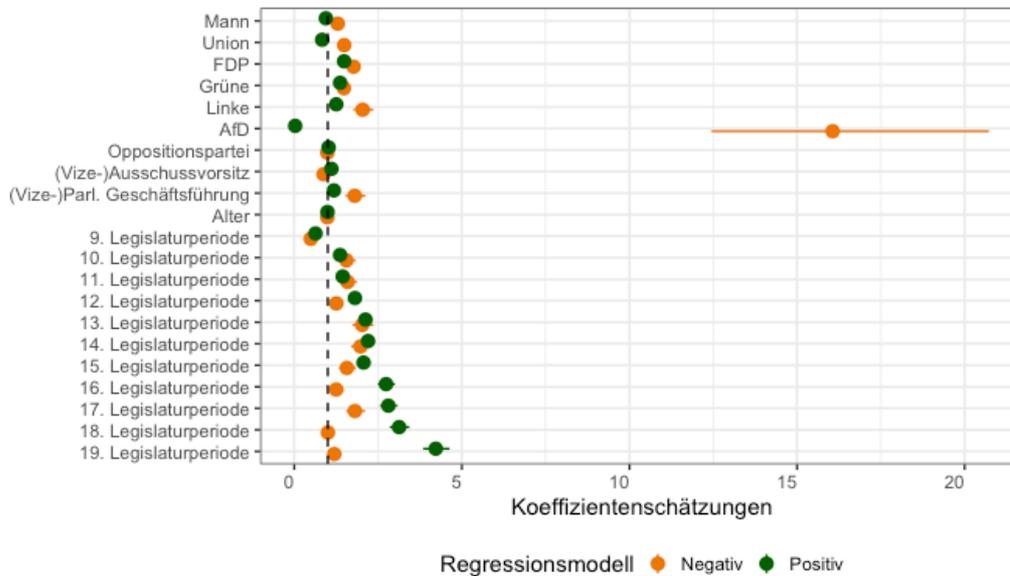


Abbildung 28: Starker Effekt der AfD-Fraktion auf Anzahl erhaltener negativer Reaktionen.
Anmerkung: Koeffizientenschätzungen entsprechen dem ersten und dritten Modell in Tab. 6. Die Whiskers markieren die 95 Prozent-Konfidenzintervalle, sind aber aufgrund des disproportionalen Effekts der AfD-Fraktion für alle anderen Koeffizienten in dieser Abbildung nicht mehr gut erkennbar.

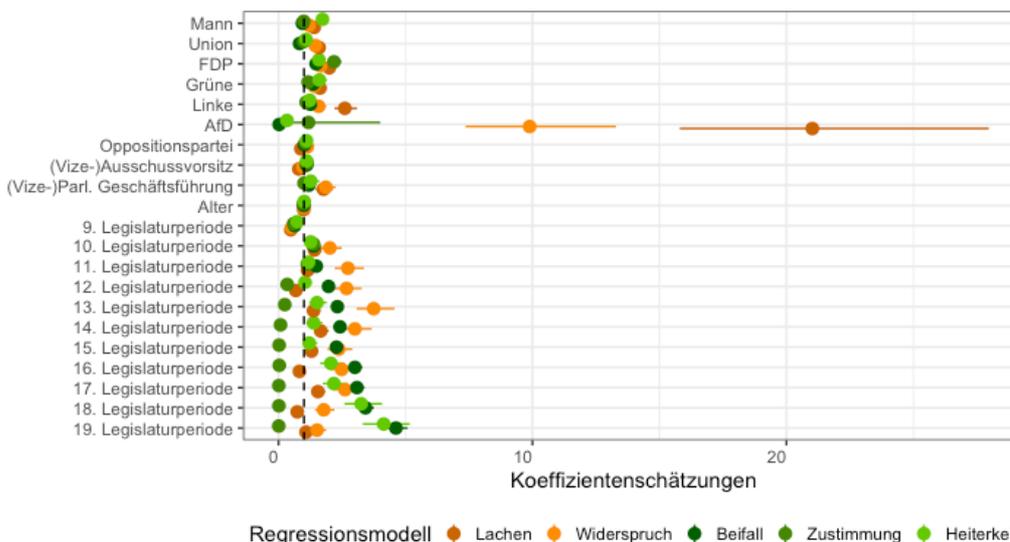


Abbildung 29: Starker Effekt der AfD-Fraktion auf Anzahl an negativ konnotiertem Lachen und Widerspruch.
Anmerkung: Koeffizientenschätzungen entsprechen den Modellen in Tab. 7. Die Whiskers markieren die 95 Prozent-Konfidenzintervalle, sind aber aufgrund des disproportionalen Effekts der AfD-Fraktion für alle anderen Koeffizienten in dieser Abbildung nicht mehr gut erkennbar.